ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK & WELTWIRTSCHAFT

V. JAHRGANG / 1928

HEFT 5 MAI

BERLIN

KURT VOWINCKEL VERLAG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Hon.-Prof. an der Universität, General-Major a. D., München O 27, Kolberger Str. 18, Telephon 44444, *Dr. E. Obst*, o. Prof. an der Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14, Telephon Nord 8186, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, Freiligrathstr. 9, Telephon West 5948, und *Dr. O. Maull*, a. o. Prof. an der Universität Frankfurt a. M., Franz-Rücker-Str. 23, Telephon Maingau 5117

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *A. Ball*, Berlin W 9, Linkstr. 25, Tel. Nollendorf 7348,

unter ständiger Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 80. *Schriftleitung:* Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83

V. JAHRGANG / HEFT 5 / MAI 1928

AUFSÄTZE ZUR WELTPOLITIK:

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

LITERATURBERICHT:

EINZELHEFT RM. 2.50

VIERTELJAHR RM. 6.— / JAHRGANG GEBUNDEN RM. 30.—

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

MITARBEITER DIESES HEFTES:

Joseph *Caillaux*, ehem. französischer Finanzminister, Paris — Maximilian *Esterer* (Siemens & Halske A.-G.), Siemensstadt b. Berlin — Dr. Gerhard *Herrmann*, Leipzig, Haydnstr. 7 — Dr. Karl *Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Walter *Knoche*, Santiago, Chile, Casilla 3457 — Dr. Otto *Maull*, a. o. Professor an der Universität, Frankfurt a. Main, Franz-Rücker-Str. 23 — Dr. O. *Meister*, Graz, Burggasse 16 — Dr. Kleo *Pleyer*, Berlin-Steglitz, Grunewaldstr. 15 — Franz *Rassel*, Berlin — Dr. Paul *Ruprecht*, Syndikus der Dresdner Kaufmannschaft, Dresden — Dr. Walter *Vogel*, o. Professor a. d. Universität, Berlin SW, Großbeerenstr. 92 — * * *, Wellington (Neuseeland)

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRUNEWALD HOHENZOLLERNDAMM 83

JOSEPH CAILLAUX:

EUROPA IN ZEHN JAHREN

I. Zusammenschluß oder Untergang

Der Politiker verdient den Ehrentitel Staatsmann erst dann, wenn er befähigt ist, e politische Zukunft vorauszufühlen und wenn er den Mut aufbringt, unbeirrt von en Tagesmeinungen seine Zeitgenossen vor etwaigen von ihm erkannten Zukunfts- efahren zu warnen. „Man dient nur seiner Zeit, wenn man ihr vorauseilt", schrieb h einmal in einem meiner Werke. Allerdings ist die Rolle des Propheten stets benso undankbar wie schwierig gewesen. Wir brauchen nur in den Seiten der eltgeschichte zu blättern, um genügend Belege dafür zu finden, daß Männer, die ch der Aufgabe unterzogen, ihre Zeitgenossen vor Zukunftsgefahren zu warnen, in hwere Bedrängnis gerieten, ja daß sie diesen Bedrängnissen oft genug unterlagen.

Wie wird Europa in zehn Jahren aussehen? Zehn Jahre! in der Menschheits- eschichte fürwahr nur ein kurzer Zeitabschnitt, im Leben des Einzelnen eine ziemliche anne. Ich fürchte, daß nach Ablauf dieser zehn Jahre die Alte Welt sich noch nicht von er Betäubung, in die sie durch den Weltkrieg versetzt wurde, völlig erholt haben wird. ie hervorstechende Eigenschaft des heutigen Europa ist die Schwerfälligkeit der ölker. Sie gleichen einem Menschen, der lange geschlafen hat, im Schlaf von bösen räumen gequält wurde und der nun langsam erwacht und unter den Nachwir- ungen dieser bösen Träume leidet. Man kann nicht verlangen, daß ein solcher ensch in seiner dumpfen Benommenheit sich bereits im Vollbesitz seiner geistigen nd körperlichen Kräfte befindet. Die quälende Unruhe der schaurigen Nacht steckt och in ihm, die Traumbilder schrecken ihn; sie werden ihn auch weiterhin be- hweren, bis er voll erwacht ist und der böse Traum durch die Eindrücke des euen Tages allmählich in das Unterbewußtsein sinkt. Noch aber ist der Schläfer hwach, er möchte aufstehen, wagt es aber nicht. Nur die Zeit kann ihn beruhigen; e allein kann ihm das Selbstvertrauen zurückgeben, das notwendig ist, ihn wieder einem vollwertigen Menschen zu machen.

Dieser symbolische Schläfer hat indessen das noch unbestimmte Gefühl, daß die tzt in ihm steckende Kraftlosigkeit allmählich von ihm weichen wird. Er ahnt, ß er sich einem Wendepunkt seines Lebens nähert, daß er sozusagen vor einem reuzweg steht und nun zwischen zwei Wegen zu wählen hat. Welchen Weg soll einschlagen? Unschlüssig zaudert er. „Hier ist der Weg zum Frieden." „Dort hrt der Weg zum Kriege", sagt man ihm. Sicherlich würde er mit Freuden den sten Weg einschlagen, wenn er sicher wäre, daß man ihn nicht täuscht. Da aber nt es in seinem Innern warnend: „Vorsicht, Vorsicht, man sucht dich zu hinter- hen! Die Wegweiser an der Wegekreuzung sind falsch. Der Weg, der zum Frieden hren soll, ist genau so wie der andere von Abgrunden umgeben, die du fürchtest; uer über die Straße aber ist ein Drahtverhau errichtet mit spitzen Stacheln, an

denen du dein Fleisch blutig ritzen wirst, auf dem Pfade befinden sich Sumpflöcher, in die du versinken wirst. Der andere Weg dagegen, den man den Weg zum Kriege nennt, ist breit und eben. Auf ihm wirst du unbehindert, im vollen Besitz deiner Freiheit und aufrechten Ganges dahinschreiten können. Bist du aufmerksam genug, so wirst du den Abgrund, der sich auch an seiner Seite befindet, zu vermeiden wissen.

Dieses Gleichnis wird meine Voraussagen etwas verständlicher machen.

Es gibt im heutigen Europa kaum einen gebildeten Menschen, der nicht das Schlagwort gehört hätte: Für Europa gibt es nur eine Wahl, entweder Zusammenschluß oder Untergang.

Zusammenschluß! Leicht gesagt, aber schwer getan!

Man muß zunächst bedenken, daß alles politische Geschwätz völlig nutzlos ist, ja daß selbst von den Regierungen unterschriebene Dokumente, welche die Versicherung gegenseitiger Zusammenarbeit enthalten, und nach deren Wortlaut alle Konflikte nach Möglichkeit ausgeschaltet werden sollen, ebenfalls nur von geringem Wert sind. Sie würden wie Strohhalme von dem Sturm der Leidenschaft und des Völkerhasses hinweggefegt werden, wenn ein solcher Sturm wieder einmal ausbricht. Um eine solche Katastrophe zu vermeiden, müssen die Abkommen, welche zwischen den einzelnen Nationen bestehen — und über die ich mit Vorbedacht nichts Böses sagen will, denen ich auch einen gewissen Wert nicht absprechen will, und zwar weniger ihres Inhalts als vielmehr ihres Zieles wegen — in doppelter Weise ergänzt werden, nämlich einmal durch psychologische und zweitens durch wirtschaftliche Momente.

Man hat während des Weltkrieges oft behauptet, daß, wenn die Soldaten, die sich in den Unterständen gegenüberliegen, dieselbe Sprache sprechen würden, der Krieg bald beendet sein würde. Die Nationen der Alten Welt werden indessen niemals ihre Muttersprache aufgeben, wir können sie aber vielleicht mit der Zeit dazu bringen, eine gemeinsame, übergeordnete Sprache zu verstehen. Wir müssen, um mich der etwas bizarren Ausdrucksweise Briands zu bedienen, es ihnen beibringen, „europäisch" zu sprechen und zu verstehen. Eine Welle gemeinsamer Ideen muß sich über Europa ergießen, welche die nationalen Auffassungen überschwemmt und allmählich sämtliche Nationen mit der gleichen Ideologie durchdringt, sie beherrschend, ohne die nationale Ideologie zu zerstören oder zu verletzen.

Die Lösung dieser Aufgabe ist außerordentlich schwierig. Die Intellektuellen der einzelnen Nationen müssen sie jedoch zu lösen versuchen. Ich habe das Gefühl, daß der überragende Teil der europäischen Intelligenz es bereits eingesehen hat, daß es sich hier um eine kulturelle Wiedergeburt, eine Renaissance, handelt, um nichts Geringeres als um eine Erneuerung der Zivilisation unter Völkern, die sich den Gedankengängen dieser Zivilisation bisher verschließen.

Wird die Intelligenz Europas in den nächsten Jahren dieser großen Aufgabe gewachsen sein? Ein Professoren- und Studentenaustausch, Konferenzen in Berlin und Wien über französische und englische Fragen, Besprechungen in London und Paris über deutsche Probleme, Veröffentlichungen von Abhandlungen, die versöhnend wirken können, das sind sicherlich nützliche Schritte auf dem richtigen Wege. Es sind indessen nur die ersten Schritte. Solange die Regierungen nicht ihre Hand dazu bieten, und solange es keine Organisation gibt, welche die vielfachen Versuche, zu einer Einigung der Völker zu gelangen, einheitlich zusammenfaßt, kann nichts Entscheidendes erreicht werden.

So groß auch mein Vertrauen in die Macht geistiger Bewegungen ist, so sehr ich davon überzeugt bin, daß gegenwärtig bei den Gebildeten aller Nationen das dringende

erlangen nach einer Gemeinschaft der Geister vorhanden sein mag, so bin ich doch
ı Sorge darum, daß diese große Bewegung nur geringen Erfolg aufzuweisen haben
ird, solange sie nicht durch wirtschaftliche Interessen zusammengehalten und von
ınen getragen wird. Die Notgemeinschaft wirtschaftlicher Interessen besteht indessen
nd wird sich im Laufe der Zeit in immer stärkerem Maße fühlbar machen.

II. Der Weg ins Freie

Man hat oft genug behauptet, daß sich Europa im Laufe des letzten Jahrhunderts zu
nem riesigen Fabrikbetriebe entwickelt habe, der 100 Mill. Arbeiter mehr enthält,
ls er zu ernähren imstande ist, und dem es nur gelingt, dieses Arbeiterheer am
eben zu erhalten, indem er seine Fertigfabrikate gegen die Rohstoffe und Lebens-
ıittel verhältnismäßig junger Länder wie der weiten Gebiete Nord- und Südamerikas
owie Australiens und der alten Gebiete Asiens eintauscht. Der Weltkrieg hat natur-
emäß zu einer Verschiebung der internationalen Industriewirtschaft geführt. Er hat
ationen, die von Europa bisher mit Fertigfabrikaten beliefert wurden, deren sie
ur Aufrechterhaltung ihres Lebens bedurften, dazu veranlaßt, entweder eine Eigen-
ıdustrie zu errichten oder ihre Bedürfnisse auf anderen Märkten — besonders in
en Vereinigten Staaten — zu decken. Die Alte Welt muß sich also vor allem zu
elfen suchen, indem sie die Verbraucherkraft ihrer eigenen Bevölkerung in einer
Veise erhöht, daß sie im Innern den Markt findet, den sie im Auslande verloren hat.

Zu dieser Konsumsteigerung bedarf es vor allem einer Erweiterung der engen
ationalen Märkte, um auf diese Weise bessere Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Die
rweiterung der nationalen Märkte setzt eine freihändlerisch orientierte Handels-
olitik und liberale Handelsverträge voraus, die allmählich zu einem großen freien
uropäischen Markte führen.

Durch solche Maßnahmen könnte ganz Europa zu einer großen Interessengemein-
chaft zusammengeschweißt und ein Zukunftskrieg unmöglich gemacht werden. Es
ürde eine ähnliche Entwicklung eintreten, wie wir sie in den Vereinigten Staaten
inst beobachten konnten, als anläßlich eines schweren Streites zwischen zwei Staaten
er amerikanischen Union, der unmittelbar in einen Waffenkampf auszuarten drohte,
ie Aufhebung der Zollschranken in diesem ungeheuren Landgebiet gesetzlich fest-
elegt wurde. Die unmittelbare Folge dieser Bestimmung war, daß von einem Krieg
wischen den beiden streitenden Staaten nicht mehr die Rede war.

Eine Utopie für Europa! werden viele sagen. Die Alte Welt wird nie eine Auf-
ebung der Zollschranken gutheißen. Die protektionistischen Vorurteile, in denen
ie Handelspolitik Europas stagniert, werden zu geschickt von privaten Interessen
erteidigt. Ich gebe zu, daß es schwierig sein würde, die Gegnerschaft der großen
onzerne, der Stahl- und Kohlenindustriellen zu überwinden, vorausgesetzt, daß diese
ch überhaupt der großen Reform widersetzen würden. Aber ist nicht auch die
eistige Einstellung der europäischen Industrieführer durchaus günstig im Sinne
iner europäischen Verständigung? Das internationale Stahlkartell, der Chemietrust,
nd sie nicht die Keimzellen einer ungeheuren europäischen Industrieentente? Und
enn diese Entente sich noch weiter ausdehnt, werden dann nicht die Zollschranken
anz von selbst fallen?

Es bestehen heute um so mehr Chancen für eine solche Entwicklung, als eine
ußerordentlich interessante Bewegung, die wir heute bereits am Wirtschaftshorizont
rblicken können, sich weiter ausdehnen wird, nämlich der Druck der amerikani-
chen Konkurrenz auf Europa. Die amerikanische Industrie verfügt zwar als sichere

Kalkulationsgrundlage über einen ungeheuren Inlandsmarkt; sie wird aber im Falle einer Übersättigung dieses Marktes — die Gefahr besteht heute in starkem Maße — zweifellos versuchen, die Alte Welt unter einer Flut ihrer Waren zu ersticken, wenn Europa nicht dagegen ankämpft, und zwar mit denselben Waffen, wie sie Amerika anwendet. Es wäre tatsächlich für Europa nicht ratsam und auch keineswegs wirkungsvoll, diese amerikanische Industrieinvasion mit der Einleitung einer Schutzzollpolitik zu bekämpfen. Das wäre nur ein Kinderspiel, wie etwa wenn ein kleiner Knabe am Strande einen winzigen Sandhügel aufrichtet, um der hereinbrechenden Flut abzuwehren. Wie die amerikanische Industrie, so bedarf auch die europäische Industrie eines großen Binnenmarktes, um die Gestehungskosten ihrer so vielartigen Erzeugnisse zu verringern. Nur eine allgemeine Industrieentente wird es ermöglichen, dieses Ziel zu erreichen.

Da es in der Natur der Menschen liegt, zu solchen weitgehenden Abkommen, deren Durchführung überdies sehr schwierig ist, nur dann zu greifen, wenn die Notwendigkeit sie dazu zwingt, so kann Amerika durch den Druck seiner Konkurrenz, ohne es zu wollen, Europa einen großen Dienst erweisen.

Erwarte ich nicht etwa zu viel? Hege ich nicht zu großes Vertrauen in die menschliche Vernunft, wenn ich innerhalb dieses Zeitraumes von zehn Jahren ein neues geeintes Europa erwarte, das sich allmählich zu einer großen einheitlichen Nation entwickelt? Ich wäre durchaus damit zufrieden, wenn in einem Zeitraum von zehn Jahren die Alte Welt beginnen würde, sich im Sinne einer solchen wirtschaftlichen Solidarität zu orientieren.

Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird, muß allein die Zukunft lehren. Erfüllt sie sich nicht, verharrt Europa in seinem jetzigen Zustand, so gerät seine Existenz in schwere Gefahr. In sich getrennt, von Interessenkämpfen zerwühlt, wirtschaftlich aufs schwerste bedroht, wird es langsam dahinsiechen. Es wird versuchen, sich wie ein schwerkranker Mensch, der bei dem Gedanken an einen chirurgischen Eingriff zittert, trotz seiner immer größer werdenden Schwäche dahinzuschleppen.

Hier hat die europäische Intelligenz, die ich, soweit sie für derartige altruistische Gedankengänge überhaupt empfänglich ist, immer als den wahren Träger des Fortschrittes in der Welt angesehen habe, eine große Aufgabe zu erfüllen. Ihr liegt es ob, die schlummernde Weltmeinung aufzurütteln, indem sie Europa über seinen wahren Zustand aufklärt. Sie darf nicht müde werden zu wiederholen, daß ein Zusammenschluß für Europa eine Lebensfrage ist.

Alle diejenigen, welche ernstlich und ehrlich wegen der Fehler und Schwächen der Friedensverträge, besonders des Versailler Friedensschlusses beunruhigt sind, müssen zeigen, daß es nur eine Friedenssicherheit gibt, die darin besteht, daß sich die Alte Welt ändert und so die Fehler unserer Diplomatie wieder gutmacht. Diese Erfolge lassen sich durch die Wiederholung der Methoden einer veralteten Diplomatie jedoch nicht erzielen. Man erreicht nicht allzu viel, wenn man die Grenzen einfach verschiebt; die großen Schwierigkeiten können nur überwunden werden, wenn man die Staaten organisch miteinander verknüpft und verbindet, indem man übergeordnete Organisationen schafft, denen man die Aufgabe überträgt, für die Sicherheit zu sorgen und für die angestammten Rechte unterdrückter Minderheiten einzutreten.

Helfen wir diesen aussichtsreichen Weg zu bereiten, außerhalb dessen es keine Sicherheit für Europa gibt. Suchen wir zu verhindern, daß unserem gemeinsamen Vaterland Europa das Schicksal Babylons oder Ninives bereitet wird!

HERMANN LAUTENSACH:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

Geopolitisches von der spanisch-portugiesischen Grenze

Die Staatsgrenze zwischen Spanien und Portugal ist einer der ältesten Züge der erzeitigen politischen Landkarte Europas. Entwickelte sie sich in allen wesentlichen 'eilen ihres jetzigen Verlaufes doch schon in der Zeit zwischen 1089 und 1251 . Chr., d. h. in den 162 Jahren, während deren Portugal seine staatliche Unabhängig- eit von Kastilien und Leon ertrotzte und im Kampfe gegen die Araber seine Herr- chaft bis an die Südküste der Iberischen Halbinsel vortrug. Während der Zeit der wangsweisen Einführung der spanischen Dynastie in Portugal (1580—1640) ernied- igte sich die Bedeutung dieser Grenze zu dem Rang einer Binnengrenze innerhalb es Reiches der spanischen Habsburger, aber mit der Befreiung vom spanischen Joch elang es den Portugiesen, ihre Grenze nahezu genau in der alten Gestalt wieder- erzustellen. Hatte dieselbe in den ersten Jahrhunderten ihres Bestehens, von portu- iesischer wie von spanischer Seite betrachtet, den Charakter einer Angriffsgrenze vgl. die Besprechung von K. Haushofers „Grenzen" im Literaturbericht dieses Heftes), o wurde sie nach der Abschüttelung der spanischen Herrschaft in dem Maße, wie panien die Unmöglichkeit seiner Wiedereroberungsversuche einsah, zu einer Gleich- ewichtsgrenze, die zeitweilig bedenkliche Kennzeichen einer verkehrs- und reizarmen 'rägestauungsgrenze annahm. Die Veränderungen, die der Grenzverlauf nach 1640 rhielt, sind daher nur geringfügig. Gewaltsam wurde durch den Friedensvertrag on Badojoz (6. Juni 1801) den Portugiesen von den Spaniern mit Hilfe Frankreichs ler Kreis Olivenza (südlich Badajoz) entrissen. Andere Grenzgemeinden, z. B. Sabugal, egura, Albuquerque, gingen bei den bis ins 18. Jahrhundert hinein sehr häufigen leiraten zwischen der portugiesischen und spanischen Dynastie als Hochzeitsgut us der einen in die andere Hand über. In einigen dieser Fälle ergaben sich infolge ler Unbestimmtheit der Überlassung später staatsrechtliche Unklarheiten, so daß der 'eil der Staatsgrenze, der das Guadianabecken durchzieht, noch gegen Ende des 9. Jahrhunderts eine Reihe von kleinen „strittigen Gebieten", die aber sämtlich ohne tändige Bevölkerung waren, berührte. In dem Maße, wie in der zweiten Hälfte des origen Jahrhunderts die Politik der Großmächte immer weitere Räume in ihren Bereich zog und die tatsächliche Machtstellung der beiden iberischen Staaten immer mpfindlichere Schwächungen erfuhr, wuchs deren Neigung, das Gemeinsame der eiderseitigen Interessen zu betonen, die altüberlieferten Gegensätze, die auch heute och in historischen Erinnerungsfeiern eine bewußt betonte Rolle spielen, zu über- rücken und die bestehenden Streitfragen durch Übereinkommen gleichberechtigter 'artner zu bereinigen. Ein erstes Übereinkommen dieser Art wurde am 27. März 1893 eschlossen. Durch dasselbe wurde ein 170 qkm großer Streifen Landes, der sich on Barrandos um die Bergkette der Picos de Aroche herum auf Rosal de Cristina

zu zog, so aufgeteilt, daß $^3/_5$ an Spanien, $^2/_5$ an Portugal fielen. Der portugiesische Anteil wurde zusammen mit dem Gelände der Nordost-Abdachung der Picos, das schon zuvor zu Portugal gehört hatte, 1894 als „Contenda de Moura" der Verwaltung des Kreises Moura unterstellt. Eine als Ganzes strittige oder neutrale Contenda de Moura, die vielbenutzte deutsche Karten der Iberischen Halbinsel zeigen, hat es nie gegeben. In der gleichen Weise wurde durch die Grenzregulierung vom 29. Juni 1926 ein schmaler strittiger Streifen zwischen dem Guadiana und Rio Cuncos aufgeteilt. Geist und Inhalt dieser Verträge zeigen deutlich den Gleichgewichtscharakter der spanisch-portugiesischen Grenze. Daß diese Teilungen nicht Halbierungen sind, erklärt sich natürlich aus der geopolitischen Ungleichheit der beiden vertragschließenden Teile.

Bekanntlich deckt sich Portugal mit dem Teil der Westabdachung der Iberischen Meseta, der sich allmählich zum Atlantischen Ozean senkt, während das nördlichste Fünftel, das mit hohen Gebirgen ans Meer tritt, von der spanischen Landschaft Galizien eingenommen ist. Bei dieser Lage Portugals ist es sehr verständlich, daß die spanisch-portugiesische Grenze nicht mit irgendwelchen scharf hervortretenden Naturgrenzen zusammenfällt. In ihrem Bereich lassen vielmehr alle physisch-geographischen Züge einen ganz allmählichen Übergang von W nach O erkennen. Es ist unmöglich, aus der Betrachtung des Grenzbereichs allein irgendeine Auffassung über das Vorhandensein oder Fehlen einer physisch-geographischen Individualität Portugals zu gewinnen, und Urteile, die von diesem Standpunkt aus gefällt worden sind, müssen von vornherein schief sein. Als eine sekundäre Folge des hohen Alters der spanisch-portugiesischen Grenze und als ein untrügliches Zeichen ihres Gleichgewichtscharakters fallen jedoch zahlreiche anthropogeographische Grenzen völlig oder nahezu mit ihr zusammen. Die auffälligste dieser Grenzen ist die Sprachgrenze. Olivença, das, wie oben erwähnt, erst 1801 an Spanien fiel, ist zweisprachig. Häufig wird in den Grenzdörfern noch heute ein zwischen beiden Sprachen stehender Übergangsdialekt gesprochen, und die nördlich des Rio Miño heimische galizische Mundart steht dem Portugiesischen bedeutend näher als dem Kastilianischen, das zur spanischen Schriftsprache geworden ist. Sieht man von diesen nebensächlichen Einzeltatsachen ab, so kann man mit Recht behaupten, daß die Staatsgrenze gleichzeitig die spanisch-portugiesische Sprachgrenze ist. Aber wie gesagt, diese und andere anthropogeographische Grenzen haben sich erst nachträglich der Staatsgrenze angepaßt. Es ist somit tatsächlich unmöglich, irgendwelche Erscheinungen der Landschaft ausfindig zu machen, die erklären könnten, warum die Staatsgrenze in ihrer tatsächlichen Lage sich zu diesem auffällig hohen Stabilitätsgrad entwickelt hat. Sicher haben die portugiesischen und spanischen Historiker, wie Alexandre Herculano und Oliveira Martins, Rafael Altamira y Crevea und Don Modesto Lafuerte recht, wenn sie das metaphysisch-persönliche Moment bei der Entstehung jener Gleichgewichtslage stark in den Vordergrund stellen.

Ist somit die spanisch-portugiesische Grenze durchaus nicht an eine scharfe Sonderung verschiedener Landschaften gebunden, so ist sie trotzdem auf weite Strecken eine naturentlehnte Grenze. Nirgends tritt die Vorliebe des Romanen für die Wasserlaufgrenze, die K. Haushofer trefflich charakterisiert („Grenzen", S. 162 f.), so kräftig hervor wie hier. Hält sich doch die spanisch-portugiesische Grenze auf rund zwei Drittel ihrer Gesamtlänge von 1209 km an Wasserläufe bis herab zu der Mindestgrößenordnung, wie sie die beiderseitigen Generalstabskarten (1 : 100 000) berücksichtigen, eine Tatsache, die um so bemerkenswerter ist, als ja drei Viertel der Grenze

e Hauptrichtung Nord-Süd haben und diese sich mit der Hauptstromrichtung unter ahezu rechtem Winkel schneidet! Auf diesen Wasserlaufstrecken ist die spanisch- ortugiesische Grenze meist eine ausgesprochen verkehrsfeindliche Schutzgrenze. Denn ne Flüsse durchströmen vorwiegend enge Kerbtäler, die scharf und hunderte von etern tief in die Mesetaabdachung eingeschnitten sind. Zudem werden sie von esigen Winterhochwässern geschwellt, die ihren Spiegel um maximal 35 m (!) heben nd sie wochenlang gänzlich unpassierbar machen. Noch heute sind die langen „inter- ationalen" Laufstrecke der Hauptströme Miño, Duero, Tajo und Guadiana nur an einer nzigen Stelle (zwischen Valença und Tuy, im äußersten Norden) von einer Brücke berspannt. Diese Wasserlaufgrenzen konnten in älterer Zeit, wo der Gesichtspunkt er gegenseitigen autarken Abschließung überwog, als geeignet gelten, zumal — mit usnahme der 50 untersten Kilometer von Miño und Guadiana — keines jener ternationalen Laufstücke auch nur den primitiven Ansprüchen der Schiffahrt mit arken genügt. Heute dagegen tritt gebieterisch ein anderer Gesichtspunkt in den ordergrund. Gerade auf den internationalen Strecken senken sich die großen Ströme on den Hochflächen der Meseta zu den Tiefen der Küstennähe herab und ent- ickeln daher ein stattliches Gefälle. Die Enge der Kerbtäler macht die Anlage von taumauern leicht, und so fordern gerade diese Strecken zur Kraftnutzung unbedingt eraus. Allen anderen voran steht der Duero, der sich auf der NNO—SSW gerichteten ternationalen Laufstrecke zwischen Paradela und Barca d'Alva von 450 auf 146 m enkt. Verhandlungen zwischen Spanien und Portugal über die hydroelektrische Nut- ung der internationalen Strecke des Duerolaufes hatten schon unmittelbar nach dem nde des Weltkrieges begonnen, waren jedoch 1920 abgebrochen worden. Sie kamen rneut in Fluß und zu überraschend schnellem Abschluß, nachdem ein königlich- panisches Dekret vom 23. August 1926 die Anlage je eines großen Regulierungs- eckens im Rio Esla bei Ricobayo und im Rio Duero bei Villardiegua — beide dicht berhalb der internationalen Strecke — angeordnet hatte. Der Staatsvertrag zwischen panien und Portugal vom 11. August 1927 ist das Muster eines sorgfältig aus- earbeiteten, alle möglichen Verwicklungen im voraus berücksichtigenden Wasser- raftabkommens zwischen zwei gleichberechtigten Partnern, ein Vorbild für zukünftige aitteleuropäische Energieverteilungsverträge, die nicht mehr den einen der beiden nliegerstaaten von vornherein entrechten und aller Wassernutzungsmöglichkeiten urch brutale Gewalt berauben dürfen, wie es 1920 und 1923 an Rhein und Weichsel eschehen ist. Der genannte spanisch-portugiesische Vertrag überläßt die Nutzung es ganzen Duerogefälles zwischen dem Beginn der internationalen Laufstrecke bis ur Tórmesmündung an Portugal, die des Gefälles zwischen der Tórmesmündung nd dem Ende der internationalen Strecke bis Barca d'Alva an Spanien. Der unterste panische Staudamm muß jedoch aus Gründen der Geländeformung etwas oberhalb on Barca d'Alva errichtet werden, und so erhält Portugal das Recht, bei einer etwa- gen Nutzung der nationalportugiesischen Laufstrecke unterhalb von Barca d'Alva as restliche unterste Stückchen des internationalen Stromweges in seine oberste ationale Staustufe mit einzubeziehen. Sehr genaue Bestimmungen verhindern, daß ie Nutzungsrechte in die Hände kapitalkräftiger Fremder geraten können, andere be- ücksichtigen einen etwaigen zukünftigen Zusammenschluß der beiderseitigen nationalen Nutzungsorganisationen und die Schiffbarmachung des internationalen Stromstückes. Genau geregelt sind ebenso die Enteignungsverfahren, die jeder Staat zugunsten des nderen im Staubereich auf seinem Ufer vorzunehmen hat, sowie die Hoheitsrechte n den Staubecken sowie auf den Staudämmen. Eine sofort einzusetzende, aus je drei

Vertretern beider Staaten bestehende ständige Kommission mit beratenden, beschließenden und fiskalischen Rechten wird die Annahme und Ausführung der beiderseitigen Kraftprojekte sowie die spätere Betriebsführung überwachen. Sie tagt abwechselnd in Madrid und Lissabon. Für den Fall, daß diese Kommission infolge Stimmengleichheit nicht zu bindenden Beschlüssen kommen kann, ist ein unparteiischer Sondervorsitzender vorgesehen, dessen Person in juristischen Streitfragen vom internationalen Gerichtshof im Haag, in technischen vom Eidgenössischen Polytechnischen Institut in Zürich bestimmt werden soll. Alles in allem ist dieser wichtige Vertrag für den schwächeren Partner durchaus nicht ungünstig. Portugal erhält immerhin rund 30 % der Gesamtenergie der internationalen Duerostrecke und wird gleichzeitig Mitnutznießer der Regulierungsarbeiten, die Spanien, wie geschildert, unter hohen Kosten auf seinem Boden dicht oberhalb derselben allein ausführt. Auf diese Weise überwinden die beiden iberischen Staaten allmählich die Gefahr der Trägestauung, die ihrer Grenze jahrhundertelang anhaftete, und bauen immer stärker das Ideal der Gleichgewichtsgrenze aus, von der Haushofer sagt, daß sie beiderseits gleich instinktsichere oder gleich bewußte Lebensformen zugleich scheidet und verbindet, und die er eine der dauerhaftesten Grenzlebensformen nennt. Die Möglichkeit rascher Fortschritte in dieser Richtung ist dadurch zur Zeit besonders groß, daß die beiden iberischen Staaten, der eine Königreich, der andere Republik, im Grunde augenblicklich die gleiche Staatsform, die parlamentlose Militärdiktatur, besitzen.

Zu dem Grenzsaum, in dem die Lebensräume beider Staaten ineinandergreifen, gehört praktisch auch die atlantische Seegrenze Spaniens und ganz besonders Portugals. Auch in bezug auf sie sind Verträge in Vorbereitung, deren wichtigster sich auf die Fischereinutzungsrechte bezieht. Portugal betrachtet seit alters die Viermeilenzone an seinen Küsten als sein Hoheitsgebiet. Da der Fischreichtum der vor den spanischen Küste gelegenen Gewässer schon bedenklich nachgelassen hat, finden sich spanische Fischereifahrzeuge in großer Zahl vor der portugiesischen Küste ein. Insbesondere dringen die in Vigo stationierten kleinen Fischdampfer ständig bis zur Mondegomündung vor. Sie wollen nur die Dreimeilenzone als portugiesisches Hoheitsgebiet anerkennen, und so ereignet sich alle paar Wochen der Fall, daß solche Fischereifahrzeuge von den portugiesischen Behörden beim Fischen innerhalb der Viermeilenzone betroffen, in den nächsten Hafen eingebracht und dort festgehalten werden. Der bevorstehende Fischereivertrag wird solche immer wieder die alten nationalen Gegensätze nährenden Zwischenfälle künftig ausschließen.

Karl Haushofer:
BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

So klar wir uns sein mögen, daß Vergleiche zwischen geschichtlichen Entwicklungen innerhalb der Monsunländer und Europas nur mit großer Vorsicht durchgeführt werden können, so wird man doch für ein Verständnis der augenblicklichen Schwebelage in China an die immerhin bestehenden Vorstellungen vieler Leser von den Zuständen in der zweiten Hälfte des dreißigjährigen Krieges anknüpfen dürfen.

Zwischen Chiang-Kai-Sheks erstem und zweitem Generalat von Nanking aus besteht ein ähnlicher dynamischer Unterschied, wie bei Wallenstein: wohl ist die

roße Idee noch da, aber „der alte Respekt ist eben fort". Daher die Notwendigkeit ınes Paktes zu Dreien mit Feng-Yu-Hsiang, dem Herrn von Shansi, Honan und ansu von vielfach erprobter Untreue, und mit Yen-Shi-Shan von Shansi. Yen leicht einem jener klugen Territorialherren der dreißigjährigen Kriegszeit, die ihre



Verkehrsskizze der Mandschurei

eiche, wohl verwaltete Stammlandschaft lang aus dem Wirrwarr halten konnten, ber schließlich zur Parteinahme genötigt wurden. Damit wird bisher geretteter Vohlstand in die Masse geworfen: Kohle, Waffenbestände, leidlich disziplinierte ruppen; es entsteht ein neuer Reiz für die Andern, die bisher Kriegsschauplätze tellten, und von selbst entsteht auch gesteigerte Gefahr für Chang-Tso-Lins Stellung

in Peking und die an sich schon genug geschlagenen Teile von Honan, Süd-Chili und Shantung, aus denen die Massenflucht der Bevölkerung fortdauert. Diese Volksverschiebung bewirkt eine Volksverdichtung der Nordmandschurei und Steigerung ihrer Soyabohnen-(Öl-Rohstoff)-Leistung und ihrer sonstigen Beiträge zum Weltmarkt. Auch wenn dieses Neuland „nur noch etwa 50 Millionen aufnehmen kann", so wirkt sich eine solche Bevölkerungsverschiebung etwa von der Volkszahl Deutschlands auf jungfräuliche Böden vom Umfang Mitteleuropas in Macht- und Wirtschafts-Verlagerungen ganz genügend aus, vielleicht ungefähr so, wie das Hineinwerfen der nordamerikanischen Weizenböden in die Weltwirtschaft. Henry W. Kinney (Far Eastern Review, Shanghai Nr. 2, 1928) in: „Recent and current events in Manchuria" ist dafür eher ein vorsichtiger, als kühner Beurteiler; er zeigt den Zusammenhang des neuesten Eisenbahn-Ausbaues mit Wirtschaftsentwicklung und Wanderbewegung.

Die heutige Mandschurei ist — wie die beigefügte Skizze zeigt — ein durch China, Rußland und Japan vom Meer zurückgeschnittenes Raumgebilde von abenteuerlicher Restform mit etwas mehr als 1 Mill. qkm. Flächenraum, wenn man den tatsächlich hinzugenommenen Teil der inneren Mongolei hinzurechnet. Als natürliche Landschaft aber, deren nördliche Lebensader, nicht Grenze der Amur ist (zu der ebenso die dünn bevölkerte, erst in der Mitte des 19. Jahrhundert abgetrennte russische Küstenprovinz mit Wladiwostok gehört, wie die Südspitze mit Dairen und Port Arthur), vermag sie mit fast unberührten Bodenschätzen und großenteils jungfräulichen Böden eine Bevölkerung von etwa 85 (vorsichtigste Schätzungen) bis 100 Millionen einschließlich der heutigen etwa 35 zu tragen.

Die Einwanderung (1927 allein etwa 1 Million aus Shantung), und das Emporschnellen der Ausfuhrziffern, namentlich für Soyabohnenöl, sind Anzeichen dafür, daß die chinesischen Wirren die drei östlichen Provinzen diesem Zustand schneller entgegenführen, als es sonst die japanischen und russischen Hemmungen zugelassen hätten. Nun aber findet unter den Augen der beiden, dagegen ohnmächtigen Besetzungsmächte von 1898 und 1905 eine friedliche Rückeroberung größten Maßstabes durch die Chinesen statt. Von den in der Skizze angedeuteten neuesten Bahnen sind bereits Sipingkai—Taonan—Tsitsikar, Hulan—Suihwa—(Hailun), u. Kirin—Hailungchön mit chinesischem Kapital unter chinescher Leitung gebaut, oder doch begonnen; Kirin-Tunghwa wird unter japanischer Leitung, aber mit chinesischer Arbeit und chinesischem Geld gebaut, ebenso die Stichbahnen ins mongolische Grenzgebiet, z. B. von Takushan nach Payantala.

Über der Zukunft der Mandschurei aber malt sich deutlich die Möglichkeit des Zusammenarbeitens amerikanischer Wirtschaftskraft, japanischer Personalorganisation und Sicherheitsgewähr und chinesischer Individualleistung, so, wie sie Elbert H. Gary, der verstorbene Führer des Stahltrusts, Lamont, der Vertreter Morgans erkannten, und wie ihr George Bronson Rea vorarbeitet — im Gegensatz zu J. B. Powell und der „China Weekly Review". Dahinter stehen mehr als zwei Milliarden Goldmark produktive japanische Werte in amerikanischer Hand.

Auch hier wird ein Glied der großen Kette sichtbar, die das Wirken der III. Internationale gegen die kluge und umsichtige Tätigkeit des russischen Außenkommissariat unter Tschitcherin sich selbst schmiedet.

Man könnte glauben, der Zusammenbruch der südchinesischen Stellung der Sowjets könnte belehrende Wirkung genug haben; aber die Verhaftung der deutschen Ingenieure und Monteure, der neueste Bruch der Versprechungen gegenüber Japan

igen, daß der kommunistische Übereifer mit Gewalt die gesamte Außenarbeit
oskaus auf der ganzen Linie zerschlagen will. Die Ro-No-To in Japan zahlt zu-
ächst die Kriegskosten für die Erneuerung der Stellung des Kabinetts Tanaka, viel-
icht aber auch in absehbarer Zeit für die verronnene Möglichkeit einer deutsch-
ssischen Kontinentalpolitik, wie einer mitteleuropäisch-russisch-ostasiatischen, an
e wir — wenigstens als Gegengewicht gegen die überragenden Erfolge der ozeanischen
ächte — lange Zeit geglaubt haben, weil wir die Einsicht der sie erstrebenden
ssischen Staatsmänner kannten, die aber anscheinend doch nicht stark genug
nd, um gegen den innenpolitischen Fanatismus das Steuer zu halten.

In diesen Zusammenhang glauben wir den innerpolitischen Schlag des Kabinetts
anaka in Japan einordnen zu müssen, der wohl noch mehr gegen seine Katheder-
zialisten, als gegen die werdende Arbeiterpartei gerichtet ist. Senator Hiram Bing-
ams Husarenritt gegen Dr. Sun-Yat-Sens Vermächtnis ist eine transpazifische Be-
eitmusik dazu. In den Philippinen ist an Stelle von Leonard Wood der ehemalige
riegsminister Oberst Henry L. Stimson getreten, der versuchen wird, in den Bahnen
eonard Woods zu wandeln, und — neben einem gewissen Entgegenkommen an die
elbstverwaltungswünsche — die Unabhängigkeit auf Nimmermehr zu vertagen. So
enigstens klingt seiner vielen Reden kurzer Sinn.

Erholung des beinahe schon totgesagten kolonialen Macht-Types von den meisten
iner 1927 ausgestandenen Schrecken wird man als den sehr ungewünschten Er-
olg des allzu ungehemmten Doktrinarismus der in die russisch-asiatische Außen-
olitik hineinregierenden III. Internationale verbuchen dürfen.

Trotz einem in Bengalen sehr geschäftstüchtig gegen britische Waren aufge-
ogenen Boykott zog die Simon-Kommission in Indien, von Provinz zu Provinz,
obei die Landessitte den klugen alten Skeptikerkopf ihres Führers von Blumen-
etten umkränzte. Sie hat die örtlich sehr starke Selbstverwaltung des wichtigen
unjab trotz dem allindischen Boykott zur Zusammenarbeit zu bringen gewußt und
e vereinzelten Gegner aus der Starre des Widerstandes loszulösen verstanden, und
der Opposition in Delhi manchen festen Stand unter den Füßen weggezogen, wie
erichte aus Lahore, Madura und Madras beweisen.

„Indien in den Augen Europas“ hat Dr. Taraknath Das einen schönen und ge-
hlossenen Vortrag überschrieben, den er in New York gehalten hat und im Februar-
eft der Calcutta Review (S. 181 bis 200) erscheinen ließ. Wir sehen aus ihm nicht
ur, wie Europa über Indien denkt, sondern auch, wie die indischen Emigranten
ern die Welt des Westens zu dem Gedanken ihrer Evolution eingestellt sehen möch-
en. Der Aufsatz ist voll feiner Beobachtungen und zeigt, wie scharf einzelne der
ndischen Emigranten ihre Augen offen halten und die kleinen Schwächen Europas
hen. Aber zwischen den Zeilen steht auch zu lesen, wie unvollkommene Organe
ndien sich bisher zur Eingliederung in die Weltorganisation geschaffen hat.

Eine andere besonders schwache Seite enthüllt der Maharaja von Bikanir, wenn
sich in diesem Frühjahr an die „schwarzen Schafe“ unter seinen 108 fürstlichen
ollegen wendet (Ausdruck des Manchester Guardian), um einige scheinbar heut-
tage recht selbstverständliche Grundsätze fürstlicher Selbsterhaltung freiwillig von
nen zu erlangen: „Klare und reinliche Scheidung des Privatvermögens und der
ivilliste vom öffentlichen Eigentum; Sicherheit für Leben und Eigentum durch die
inführung einer wirksamen und unkorrumpierten Polizei zur Aufrechterhaltung
on Recht und Ordnung; Unabhängigkeit der Richter; Vorherrschaft des Gesetzes;
tetigkeit der öffentlichen Dienste; Wirksamkeit und Dauer einer geordneten Ver-

waltung und wohltätiger Herrschaft im Dienst des öffentlichen Wohls und der Zu friedenheit der Beherrschten!"

Das wären eigentlich lauter selbstverständliche Dinge! Wenn uns nicht das gu fernöstliche Sprichwort bekannt wäre: „Todai moto kurachi" — Unter dem Leucht selbst ist es am dunkelsten! — müßten wir uns wundern, daß alle diese selbstve ständlichen Forderungen gerade unter den fürstlichen Verbündeten der indobritische Krone nicht längst erfüllt sind. Aber der Korrespondent des Manchester Guardia bemerkt kühl, daß man erst sehen müsse, wie viele der Kollegen dem Mahnruf d Maharaja von Bikanir Folge leisten würden, obwohl ihn dieser indische Fürst, unte stützt vom Vizekönig, zu einem formellen Antrag in der Fürstenkammer verdich tet hat.

Beachtung verdient dabei der Absatz über die Fürstenrechte Indiens: „. . . G schichte ist vergebens gelesen, wenn sie nicht lehrt, daß nur die brutale Gewa Staaten dazu bringen kann, sich dem Wegwischen von Verträgen zu unterwerfen . . . die Tatsache, daß man indische Fürstenrechte ganz anders wertbeständig einschätz als europäische, auch wenn sie ganz anders mißbraucht werden.

„Die Schwierigkeiten, zu einer konstitutionell gerechten und moralisch faire Lösung des indischen Fürstenstaaten-Problems zu gelangen, können allerdings kaum übertrieben werden." Hindernisse für die Gewinnung einer gemeinsamen Plattform sind einmal die ganz verschiedene Natur der Entstehung des Vertragsverhältniss zur indischen Krone „und die Größenabstufung der 108 anerkannten indische Staaten von großen, gut(?)regierten Fürstentümern, wie Hyderabad, Kashmir, Mysor Baroda, Gwalior, Bikanir bis herab zu verlotterten, schlecht bewirtschafteten Klein gauen und Reichsdörfern" und ihre ganz verschiedene Binnenstruktur und Ve waltung.

Dazu kommt als häufige Fehlerquelle in der Beurteilung indischer und europäisch Staatskultur die ganz verschiedene Dynamik süd- und nordasiatischer Räume, d etwa am besten in folgenden verkehrsgeographischen Vergleichszahlen sich ausdrück

Eisenbahnen nach	Netzlänge	Mill. Pass. km.	Mill. T. Güter km.
Ver. Staaten	402 586	58 529	641 054
Deutschland	57 894	48 434	55 905
Indien	62 086	32 713 (!)	32 531 (!)
Rußland	74 463	19 040 (!)	47 800

(Nach d. intern. stat. Jahrbuch d. Völkerbundes. Genf, 1927.)

Unter solchen Verhältnissen dürfte das von Sir John Simon als Schlußergebn seiner Indienfahrt abzufassende Schriftstück zu den geopolitisch bedeutsamsten Nach kriegsarbeiten des indopazifischen Beobachtungsgebietes gehören. Deshalb auc wohl hat er Lord Burnhams und zwei seiner anderen Gefährten Ausflug durch d Nordwestprovinzen nicht mitmachen können. An dieser Stelle kann er ja auc sicher sein, daß wirklich alles Nötige vorgesehen ist, wofern es nur die britisc Reichspolitik fertig bringt, das größere und weitere Hinterland ruhig zu halten, d von dem Etappen-Hauptort der Nordwestgrenze, Lahore, an nach Südosten liegt.

„Die Lösung des Weltproblems der Versöhnung von Ost und We muß auf dem Boden Indiens herausgearbeitet werden." Das ist ein gut Leitwort für Sir John Simons Leistung, die ja mit ihren vollen Schwierigkeiten jet erst beginnt, genau so, wie die der Niederlande in Insulinde. Deren Gesand schaft in Berlin bestätigen wir gerne, daß der Antrag auf Schaffung einer größere Anzahl Sitze für die Eingeborenen (30) gegenüber 31 (einschließlich des Vorsitze

n für Europäer und andere Orientalen) von der niederländisch-indischen Regierung sgegangen ist, die sicher Mittel und Wege finden wird, auf den weitsichtigen egen des seinerzeitigen Generalgouverneurs Graf Limburg-Stirum auf gleichläufigen nien mit Sir John Simon weiterzuschreiten.

Wer aus Erfahrung weiß, wie leicht ein einziger Funke in solchen Fällen in nur sehr auffangbereite Leitungen zu Massen überspringen kann, wie gespannt insche, wie euramerikanische Nerven so entscheidende Vorbereitungen zu weltgehichtlichen Weiterentwicklungen empfinden, umtasten und mit ihren Schwingungen gleiten, der wird das Vorgehen der Untersuchungskommission in Indien mit htung vor ihrer Klugheit anerkennen müssen, — ganz gleich, wie er zu ihren sichten eingestellt sei. Die indischen Swaraj-Fuhrer stehen vor einer sehr schweren ntscheidung, wenn sie nun wieder eine Aussprache am runden Tisch ablehnen, zu r Punjab und Burma, zwei der wichtigsten Landschaften, bereits ihre Zustimmung geben haben.

In dieser Loslösung der beiden wichtigen Übergangslandschaften vom mittleren m nahen Osten, dem Punjab, und vom mittleren zum fernen Osten, Burma, s der Einheit der allindischen Front des Boykotts und des Widerstandes um jeden eis auch gegen weitgehende Zugeständnisse liegt ein geopolitischer Meisterstreich, nz ebenso, wie in der verborgenen, aber offenbar zwingenden Einwirkung des zekönigs auf die indischen Fürstenstaaten zu zeitgemäßen Reformen, die sonst ihr aumdrittel, ihr Bevölkerungsfünftel von Indien mit Sicherheit in die Arme revotionärer, statt evolutionärer Entwicklungen getrieben hätten.

Der Sammlungspolitik gleichmäßigen Widerstandes und Auftriebs zur Selbstbemmung in Asien, die das Außenkommissariat der Sowjets lange Zeit so geschickt fgebaut hatte, wirkt also eine sehr geschickte, trennende, aber in vielen Einzeliten aufbauende, positive Politik amerikanischen, britischen, französischen und ederländischen Kolonial-Diplomatentums entgegen; und das gerade in dem Augenick, wo die Ungeduld der dritten Internationale, „den ganzen Bau des russischen restiges im Osten in Grund und Boden ruiniert", um mit George Sokolsky zu reden n Inquiry in Russia, Manchester Guardian 1928, VIII Foreign Policy, „Lost Prestige the East").

Das ist die Leitnote des Frühjahrs 1928 im indopazifischen Raum. Unser Notizich verzeichnet noch den Tod des greisen Japan-Pioniers Dr. William Elliot riffis im Alter von 85 Jahren, der im Jahr 1870 Japan zum ersten Male betrat, 1926 zum letztenmal besuchte und außerordentlich viel zur Kenntnis und gechten Würdigung des Inselreichs in den Ver. Staaten getan hat. Dankbar verahren wir seine von ungebeugter Alterskraft zeugenden letzten Zeilen. Wir vericlinen weiter das Erscheinen der wertvollen Anschauungen von Sir Frederic hyte über das „China Problem" im „China Expreß and Telegraph" (15. März 1928, 186—191), und die durch eigene Schuld der Sowjets stark eingeschränkte Wirkung s Russenbesuchs von Graf Goto, der als „Comrade (Towarischtsch) Count Goto" mentlich von den Kolonial-Japanern in der Mandschurei bei der Rückkehr schlecht fgenommen wurde.

Aus den indopazifischen Randländern ist zu berichten, daß sie in ihrem Verlten der gegenläufigen Strömung in den Entscheidungsgebieten schon Rechnung agen, wie es in der Verhandlungsbereitschaft von Ibn Saúd z. B. zum Ausdruck kommt.

Rein kulturpolitisch scheint der lange Streit über die künftige Lage der Hochhule von Ceylon im nationalistischen Sinne, aber auch geopolitisch richtig zu

Gunsten von Kandy gegen Colombo und das von einem Mäcen begünstigte Jaffna entschieden zu sein.

Kulturpolitisch wichtig ist auch die Neu-Erscheinung eines in englischer Sprache abgefaßten, reich mit Karten und Bildern ausgestatteten Berichts des japanischen Innenministeriums über das Erdbeben von 1923 und seine Auswirkungen. Es hat fünf Jahre gedauert, bis das stolze Volk endlich seine furchtbare Wunde offen sehen ließ, und es wird reichlich noch zwei Lustren dauern, bis es den Folgeschaden so weit überwunden haben wird, um mit dem Gewicht vom August 1923 wieder im Rate der Völker zu stehen, also etwa so lange, bis auch der deutsche Volks- und Kulturboden vom schlimmsten Druck wieder erholt sein kann.

Aber gerade die Riesenräume des indopazifischen Gebiets und ihr langwelliger politischer Rhythmus lehren uns, daß das Leben der Völker zum Glück nach anderen Einheiten gezählt werden muß, als das fluchtigere der Einzelnen, und daß ihnen Schicksalsschläge auf lange Entwicklungen zum Heil werden können, die den Einzelnen, die Familie, den Stamm und Gau vernichten würden, wenn sich diese Entwicklungen nur auf den in fünf Jahrtausenden erprobten, nicht ungestraft zu verlassenden geopolitischen Richtlinien bewegen, die wir gar nicht sorgfältig genug aus dem Gewirr des Tages herauslösen und deuten können.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Verfemung des Kriegs. — Amerikanisch-englische Flottenfrage. — Plan der Erweiterung des Panamakanals und des Baus eines Nicaraguakanals. — Marokkointeressen der Union. — Ende des Streits zwischen der Union und Holland um Palmas. — Amerikanische Wahlen. — Unruhen in Venezuela. — Kommunistenverhaftungen in Kuba. — Mexiko. — Die politische Selbständigkeit Kanadas. — Der deutsche Flug über den Atlantik.

Die Diskussion über die Verfemung des Kriegs ist zwischen Amerika und Frankreich weiter gepflogen worden, und mit Deutschland und den anderen Großmächten hat sie begonnen. Die neue Note Briands gibt ihrem Ton und ihrem Inhalt nach zu verstehen, wie ernst es eigentlich Frankreich ist, diese Unterhaltung mit einem Ergebnis abzuschließen. Im Gegensatz zu der Antwort Kelloggs ist sie verbindlich und entgegenkommend und verharrt keineswegs mehr auf dem ursprünglichen französischen Standpunkt, sondern sucht sich dem amerikanischen stark zu nähern, dem sie aber auch die ganze Verantwortung zuschiebt. Frankreich sucht sich mit dem Gedanken eines vielseitigen Vertrags zu befreunden, der ihm von vornherein recht fern lag; allein, es gedenkt dabei der internationalen Verpflichtungen, die ihm aus seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund, aus den Locarnoverträgen und aus anderen Neutralitätsverträgen erwachsen. Die französische Regierung erachtet ferner für notwendig, daß ein solch vielseitiger Vertrag auf der völligen Gleichheit aller Staaten und nicht nur auf der bestimmter Staaten beruhe. Wenn man ferner nicht wolle, daß der Vertrag, der ein Instrument des Fortschritts und des Friedens sein solle, eine Hemmung im politischen Leben bedeute, so müssen im Falle eines Vertragsbruches durch einen der Unterzeichner die andern Vertragschließenden ihrer Verpflichtungen gegenüber diesem enthoben sein. Schließlich entnimmt die französische Regierung aus den Äußerungen Kelloggs, daß jedem Staate das Recht auf legi-

ne Verteidigung zukomme. Besonders unter dieser Voraussetzung glaubt sie fest-
llen zu sollen, daß die Meinungsverschiedenheiten in den früheren Verhandlungs-
ppen mehr in den Worten als in dem Inhalt des Problems zu sehen seien. Die fran-
sische Regierung ist darum nun bereit, die seit Juni 1927 mit der amerikanischen
sgewechselte Korrespondenz der Prüfung der deutschen, britischen, italienischen
d japanischen Regierung zu unterbreiten und einen Vertragsentwurf vorzuschlagen.
e Unterzeichner würden bei aller Wahrung ihres Rechts auf legitime Verteidigung
Rahmen der bestehenden Verträge feierlich erklären, daß sie „den Krieg als
strument der nationalen Politik, d. h. als Handlungsmittel ihrer persönlichen,
ontanen und unabhängigen Politik verdammen". Das würde im einzelnen heißen,
ß sie keinerlei Angriffe oder Invasion gegeneinander vornehmen wollen und alle
onflikte, die zwischen ihnen entstehen, auf dem Wege schiedsgerichtlicher Methoden
szutragen gesonnen sind. Es müsse aber daran festgehalten werden, betont die Note
ch einmal, daß eine Verpflichtung nur dann für die Unterzeichner vorliege, wenn
le Staaten diese teilten, d. h. daß der Vertrag nur dann in Kraft treten könne,
enn ihm alle Staaten, denen er ja offenstehe, beigetreten seien. Nur wenn die
nterzeichner gemeinsam beschlössen, daß der Vertrag trotz gewisser Enthaltungen
irkung habe, könne von der letzteren Einschränkung abgesehen werden. Da die
nerikanische Regierung zugestimmt hat, daß die französisch-amerikanische Korre-
ondenz den vier genannten Regierungen übermittelt wird, schien darin der Weg
weiteren Verhandlungen zu sehen zu sein. Die französische Presse ging sogar so
eit, darin die stillschweigende Zustimmung der amerikanischen Regierung zu den
anzösischen Vorbehalten zu sehen. Im Grunde ist damit allerdings nur die Basis
nes möglichen Vertragsabschlusses vergrößert und auf die sechs Großmächte aus-
dehnt worden. Mitte April ist nun tatsächlich im Einverständnis mit der franzö-
schen Regierung der französisch-amerikanische Notenwechsel in London, Berlin,
om und Tokio samt einem von Amerika ausgearbeiteten Paktentwurf überreicht
nd damit ein Schritt getan worden, der unter Umständen den Vertragsabschluß
hr zu fördern vermag, der aber doch einen besonderen Weg eingeschlagen hat. In
en englischen Zeitungen wird die klare Formulierung der amerikanischen Zirkular-
ote gerühmt, die man Briands oben analysierter, recht verklausulierter Antwort be-
immt nicht nachsagen kann. Die Zirkularnote darf einer frohen Aufnahme in
eutschland und Japan sicher sein; doch auch englische Stimmen treten nachhaltig
r sie ein, weil sie dem Weltreich den äußeren Frieden und ungestörten inneren
usbau verspricht. In der amerikanischen Note wird betont, daß die französischen
berlegungen keineswegs irgendwelche Abänderungen für einen mehrseitigen Vertrag
otwendig machen. Der Krieg wird in dem Vertragsentwurf als Mittel zur Lösung
ternationaler Streitigkeiten und als Werkzeug staatlicher Politik verurteilt. Die
egelung aller Konflikte solle auf friedlichem Wege erreicht werden. Der zwischen
en sechs Großmächten abzuschließende Vertrag solle dem Beitritt eines jeden ande-
en Staates offenstehen. Obwohl die französische Regierung sich mit dem Sonder-
hritt der amerikanischen im Prinzip einverstanden erklärte, hat sie inhaltlich Vor-
ehalte gemacht, erklärt, daß die Vereinigten Staaten diesen Schritt unter ihrer
leinigen Verantwortlichkeit täten, daß sie sich der amerikanischen These nicht an-
hließe, und daß sie an die vier Mächte Mitteilungen, die ihr notwendig erscheinen,
chten, vornehmlich einen rein französischen Vertragsentwurf senden werde. Das
ill heißen, daß es noch eines wesentlichen Ausgleichs bedarf, bis eine Überein-
immung der Meinungen zwischen Amerika und Frankreich erzielt ist. Es bleibt

zunächst abzuwarten, ob eine solche erzielt werden kann, zumal ja ganz offensicht-lich die französische Politik, die lediglich einen Rückversicherungsvertrag mit Amerika schließen wollte, durch den amerikanischen Plan des allgemeinen Pakts empfindlich durchkreuzt und in ganz andere Bahnen gelenkt worden ist. Immerhin wird man schon jetzt voraussehen können, daß Frankreich nicht abseits stehen kann, wenn ein Antikriegspakt zwischen mehreren Großmächten nach amerikanischem Vorschlag zustande kommt. Sehr schwer ist bis heute noch die Einwirkung eines solchen Anti-kriegspaktes auf die Schulden- und Reparationsfragen abzuschätzen, über die jetzt schon manche Vermutung umläuft. Immerhin muß zugegeben werden, daß Ver-knüpfungen und Wechselwirkungen der beiden Probleme naheliegen und anzuneh-men sind. Der französische Paktentwurf ist inzwischen den Mächten überreicht wor-den. Er vermeidet jegliche Polemik gegenüber Amerika und beschränkt sich im gan-zen auf die Betonung der oben erwähnten Vorbehalte. Diese Vorbehalte sind es aber gerade, die die einfachen Linien des amerikanischen Vorschlags stören. Man spricht mit gutem Recht, wenn man diesen Vorschlag skizzieren will, von einem „Frieden mit Vorsichtsmaßregeln".

Man muß sich hüten, bei dem Verfolgen des Ringens idealistischer Ideen die Welt nur in pazifistischem Lichte sehen zu wollen und zu meinen, daß sich nun mit einem Male das Wesen der Staaten wandeln könne, daß mit dem Durchbruch einer solchen Idee der Himmel auf Erden einziehen werde. Viel enger, als man gemeinhin glaubt, sind die Bemühungen um das Zustandekommen eines Antikriegsvertrags mit außerordentlich realen Zielen verknüpft. Hat doch unstreitig Frankreich den Anti-kriegspakt mit Amerika zur Rückversicherung seiner europäischen Machtpolitik an-gestrebt und nicht viel anderes als eine Rückendeckung bei der reichsten Macht der Welt gesucht. Darum ist der Übergang von den „weltbeglückenden" Zielen zu denen gar greifbarer Realpolitik sehr leicht zu finden und läßt die ersteren auch gar nicht so weit außerhalb alles sonstigen politischen Weltgeschehens stehend er-scheinen. Darum hat schon vor geraumer Zeit mit gutem Recht einmal Macdonald behauptet, daß die Sicherheit der Vereinigten Staaten und Englands nicht in der Stärke der Flotten beruhe, sondern in den Abkommen, die es möglich machen, die Flotten abzurüsten, und hat dabei gezeigt, wie eng Friedensbewegungen mit dem realen Staatsinteresse verknüpft sind. Sind ja doch die großen Mächte besser gesichert, wenn sie einander nicht angreifen können, als wenn sie sich in dauerndem Rüstungs-fieber stetig bedrohen. Wenn man den Sinn solcher Entwicklung verstehen will, so wird man ihn in dem *Suchen der Weltpolitik nach den ihr eigenen Formen* sehen müssen, einem *Prozeß, der infolge des engen Verkehrszusammen-schlusses des Weltganzen erst in unserer Zeit wirklich akut geworden ist.* Es wird dabei nicht wundernehmen dürfen, daß immer wieder neben den auftauchen-den, dieser Weltgemeinschaft adäquaten Methoden der Verständigung zum Zusammen-leben in einer großen Lebensgemeinschaft auch im Grunde überlebte, die Gemeinschaft störende Methoden auftauchen. Der Gedanke des Wettrüstens wechselt mit dem der Ab-rüstung, nicht selten sogar in demselben Kopf. So vermag neben den Antikriegsbe-strebungen auch unmittelbar *die amerikanisch-englische Flottenfrage* zu stehen. Im Grunde geht darum heute die Frage um die Sicherung der Freiheit der Meere durch die großen Seemächte, ohne daß dafür schon irgendwelche brauchbare Formeln zur Diskussion gefunden worden wären. Es ist höchst bezeichnend, daß in engem Zusammenhang mit der latenten Flottenfrage auch *der Plan einer Er-weiterung des Panamakanals und des Baus eines zweiten Atlantik-Pa*

fikkanals durch Nicaragua laut wird. Auf die Angriffnahme des letzteren ist der geopolitisch Denkende schon längst gefaßt gewesen. Haben sich doch die Ameriner schon 1916 durch Zahlung von 3 Mill. Dollar an Nicaragua das Baurecht auf esen Kanal gesichert, ferner das Recht, am künftigen Endpunkt des Kanals, bei nseca, eine Marinestation errichten zu dürfen; schließlich haben sich die Vereinsatler einen 99jährigen Pachtvertrag in bezug auf die großen und kleinen Cornseln vorbehalten. Allerdings hat auch schon 1923 Costarica seine Ansprüche anmeldet, die noch entschädigt werden müssen. In gewissem Sinne hat Nicaragua erjüngst eine deutliche Antwort auf die imperialistische Politik der Vereinigten aaten gegeben, indem die bisher unionsfreundliche konservative Partei im nicaraaischen Abgeordnetenhaus die Abstimmung gegen das Stimsonabkommen mit 23 gen 17 Stimmen verursacht hat, demzufolge amerikanische Marinetruppen die mmenden Wahlen in Nicaragua schützen sollten.

Imperialismus und Seeherrschaft der Union beschränken sich nicht lediglich auf e amerikanische Welt. Immerhin hat es überrascht, daß sich die Vereinigten Staaten re Stellungnahme zu jeder Entscheidung, die auf der kommenden Pariser Tangernferenz zwischen England, Frankreich, Italien und Spanien getroffen werde, rbehalten werden, während sie an der Tangerkonferenz von 1923, an der nur ankreich, England und Spanien teilnahmen, uninteressiert waren. Anderweitig hat 23 Jahre dauernder Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Holnd um die Souveränität über die kleinen Palmas-Inseln seine schiedsrichtliche Erledigung gefunden. Holland glaubte sich seit Jahrzehnten im unstrittenen Besitz der zwischen den holländischen Talauten und der Philippineninsel indanao gelegenen Eilande. Es hat die Inseln 1885 der Residentschaft Menado zuteilt, zu der auch die Talautinseln gehören und 1892 die holländische Niedersung Misangas gegründet, als 1906 Amerika die Zugehörigkeit zu Holland auf und der Grenzlinienbestimmung des spanisch-amerikanischen Abkommens von ris bestritt (1898). Die schiedsrichterliche Entscheidung, die der Schweizer Rechtslehrte Professor Dr. Max Huber, Mitglied des Richterkollegiums des Haager Intertionalen Gerichtshofs, in seiner früheren Eigenschaft als Präsident des Gerichtshofs lte, hat die Inseln Holland zugesprochen.

Während in der Kandidatenliste der vereinstaatlichen Präsidentschaftsahlen noch keinerlei Klärung eingetreten ist, Coolidge neuerdings wieder versichert t, daß er keinesfalls kandidieren werde, der Sinclairskandal das Ansehen der Republiner sehr geschädigt hat, ist die Präsidentenwahl in Argentinien zwar unter oßer Erregung, aber ohne eigentliche Unruhen vor sich gegangen. Der achtzignrige Hipolyto Irigoyen, eine ungemein starke Persönlichkeit, der, von 1916 bis 22 Präsident, in konsequenter Führung die argentinische Republik fern von dem iegsgetriebe gehalten hat, ist abermals ans Steuer des argentinischen Staatsschiffs treten. Man sieht in Irigoyen den berufenen Führer des Lateinamerikanertums und eint, daß man sowohl in Washington wie in Genf mit dem Einfluß seiner überragenn Persönlichkeit zu rechnen habe. Auch dem Lande scheinen unter der zweiten äsidentschaft dieses Mannes innere Wandlungen bevorzustehen, da Irogyens Steuerd Agrarprogramm über das Wirtschaftsprogramm der Sozialisten in mancher Hinht hinausgeht. So kennt bis jetzt Argentinien weder Einkommen- noch Kapitaluer. Ebenso hemmt die weitverbreitete Latifundienwirtschaft die systematische siedlung des Landes. In der Beseitigung dieser Kardinalübel sieht Irigoyen die oßen Aufgaben, an deren Lösung er zu arbeiten hat. Es sind Aufgaben, deren

Verfolgung ihm sicher die bittere Feindschaft der kapitalkräftigen und besitzenden Kreise eintragen wird.

Die im letzten Bericht erwähnten Unruhen in Venezuela haben einen größeren Umfang angenommen. Von weiteren studentischen Unruhen und von einer Militärrevolte in Caracas ist die Rede, die sich gegen die derzeitige Regierung richten. Die Erregung soll im ganzen Lande groß sein. Doch kann über den Umfang der Bewegung und ihre vermutliche Entwicklung wenig gesagt werden, da eine scharfe Zensur nur dürftige Nachrichten ins Ausland dringen läßt.

In Havanna sind hundert Kommunisten verhaftet worden. Dabei konnte festgestellt werden, daß sie in Verbindung mit Moskau standen.

Die amerikanisch-mexikanische Aussöhnung hat Mexiko über einen schweren außenpolitischen Konflikt hinübergerettet. Die Ausführungsbestimmungen zu dem geänderten Ölgesetz beseitigen die Hauptschwierigkeiten. Die ausländischen Ölgesellschaften verlieren ihre vor dem Jahre 1917 erworbenen Rechte nicht, die auf unbeschränkte Zeit anerkannt werden. Auch brauchen sie nicht als mexikanische Firmen zu arbeiten. Die einzige Beschränkung besteht für sie darin, daß sie ihren Besitz nur an Mexikaner, nicht an Ausländer verkaufen dürfen. Allein mit dieser außenpolitischen Entspannung ist die innere Ruhe nicht hergestellt worden. Erst neuerdings kam es in dem Staate Guanajuato wieder zu einem blutigen Gefecht zwischen Regierungstruppen und Rebellen. In jüngerer Zeit sind wieder zahlreiche Verhaftungen rebellischer Katholiken, die gegen die Kirchengesetze verstoßen haben, vorgekommen, auch Hinrichtungen sind hier und da vorgenommen worden. Die Zahlen darüber schwanken sehr. So fehlt dauernd die Befriedung, die dem Lande sehr not täte.

Ein paar Vorgänge beleuchten in ungemein scharfer Weise die Selbständigkeit des Domion of Canada gegenüber dem britischen Mutterland. Den Beitritt zu dem inzwischen gescheiterten englisch-ägyptischen Vertrag hat Kanada geglaubt ablehnen zu müssen, da der Vertrag in seiner Wirkung einer militärischen Allianz gleichkomme, die es im Interesse des Weltfriedens vermeiden wolle. Ebenso hat der Ministerpräsident Mackenzie King schon vorher die Beteiligung Kanadas an der Bildung des Empire-Verteidigungskorps in Indien abgelehnt. Amerikanische Friedensidee paart sich hier mit dem Ringen nach größtmöglicher politischer Selbständigkeit, freilich innerhalb des Reichsverbandes.

Endlich hat deutsche Kühnheit des Hauptmanns Köhl und des Freiherrn von Hünefeld in einem 42-Stundenflug den Westweg von Kontinent zu Kontinent über den Atlantik mit einem Junkersflugzeug erzwungen und damit ein Unternehmen durchgeführt, das in der Fluggeschichte des Nordatlantischen Ozeans einzigartig dasteht. Dem bewundernswerten Erfolge kann selbstverständlich die Notlandung auf Greenly Island keinen Abbruch tun. Flieger wie Flugzeug haben gezeigt, daß sie dem Wüten der Elemente auf dem nordatlantischen Weg zu trotzen verstanden. Immerhin wird sich die Route für einen regelmäßigen Verkehr nicht eignen, so sehr sie auch den Vorteil der Kürze in sich birgt. Darum hat auch wieder neuerdings eine englisch-amerikanische Finanz- und Industriellengruppe, die die Gründung einer Gesellschaft zum Betrieb einer transatlantischen Luftverkehrslinie beabsichtigt, als Route zwischen Neuyork und London den Weg über die Azoren in Aussicht genommen, der von Amerika aus in 48, nach Amerika in 60 Stunden von Luftschiffen befahren werden soll.

GERHARD HERRMANN:

WELTWIRTSCHAFTLICHER BERICHT

ie Aufhebung des Stevenson-Plans. — Der Kampf in der Erdölwirtschaft. — Die Zusammenschlüsse im Seekabelwesen. — Der Stand der Reparationsfrage.

In den Ereignissen der Berichtsperiode prägt sich die markanteste Strukturwand-ıng der Weltwirtschaft, ein Problem des vergangenen wie der kommenden Jahr-ehnte, besonders deutlich aus: Dies ist der Kampf zwischen dem britischen Welt-eich und den U. S. A. um die weltwirtschaftliche Hegemonie. Und immer ist es Groß-ritannien, daß diesen nach außen ebenso friedlichen wie im Kern erbitterten Kampf ı der Defensive führt. Mag es in der Kautschukfrage als Hauptproduzent mit dem erbraucherinteresse der U. S. A. ringen oder den Kampf gegen die Übermacht ameri-anischen Erdöls führen, oder auch nur seine Herrschaft über das Weltkabelnetz zu erteidigen suchen, immer muß es Schlappen hinnehmen, eine Position nach der ndern aufgeben. Selbst dem vorsichtigen Betrachter erscheint der Ausgang dieses ingens — auf lange Sicht gesehen — unzweifelhaft. Denn die beiden in letzter nstanz entscheidenden Faktoren, die Kräfte des Bodens und der Geschichte, begün-tigen Amerika. Seine Bevölkerung ist zahlreicher und unverbrauchter, seine Boden-chätze reicher und vor jedem politischen Zugriff gesichert. Aus dem Zusammen-irken beider Momente ergibt sich ein größerer Kapitalreichtum, dies ausschlag-ebend im Zeitalter des Kapitalismus: New York verdrängt London, der Dollar das 'fund.

Die kurz vor Ostern im Unterhaus erfolgte Erklärung Baldwins über die Auf-ebung des Stevenson-Plans stellt ein geopolitisches Ereignis erster Ordnung dar und ürfte für die zukünftige Gestaltung der Gummiwirtschaft der Welt von einschnei-ender Bedeutung sein. Dieser sogenannte Stevenson-Plan war 1922 mit Unterstüt-ung des britischen Kolonialamts ins Leben gerufen worden, um die seinerzeit in roßer Notlage befindlichen Pflanzer Ceylons und Malayas durch Produktionsein-chränkungen und entsprechende Befestigung des Gummipreises zu schützen. Dies ar möglich, da damals fast 70 % der Weltgummiproduktion unter britischem Ein-uß standen. Abgesehen von den Gummiplantagen der malayischen Staaten und eylons wurde noch ein Drittel der niederländisch-indischen Produktion von eng-schen Gesellschaften kontrolliert. Insoweit unterscheidet sich der Stevensonplan icht wesentlich in seiner Wirkung von der Manipulation anderer Rohstoffe, wie es brasilianischen Kaffees oder des kanadischen Weizens. Was jedoch dieser Gummi-ıanipulation ihre eminent politische Note gibt, ist die Tatsache, daß dem 70 proz. roduktionsmonopol Großbritanniens ein ebensolches Monopol der U. S. A. gegen-bersteht. Wenn sich auch der Stevensonplan grundsätzlich gegen alle Verbraucher ichtet, sind tatsächlich die Amerikaner davon am schärfsten betroffen. Kein Wunder lso, wenn seit Jahren in den U. S. A. mehr oder weniger scharfe Proteste gegen diese

Monopolisierung laut wurden und Herbert Hoover unter dem Druck dieser Stimmen die Bekämpfung aller ausländischen Produktionsmonopole sich zur Aufgabe setzte. Abgesehen von meist recht leeren Drohungen mit Repressalien schritten die amerikanischen Interessenten zu sehr wirksamen Gegenmaßnahmen.

Durch Errichtung eines Gummipools seitens der Großverbraucher, meist Autoreifenfabrikanten, und Gründung einer Kautschukbörse in New York gelang es, in den letzten Jahren die Preisschwankungen des Gummi zu vermindern. Dank der hohen Gummipreise blühte eine besondere Industrie der Gummiregeneration auf, deren Produkte ständig steigenden Absatz fanden. Daneben errichteten amerikanische Gesellschaften in Niederländisch-Indien, auf den Philippinen, in Mexiko und Liberia eigene Plantagen, wovon die ersteren bereits nennenswerte Erträge erzielten.

Wenn nun nach fünfjähriger englisch-amerikanischer Spannung das britische Ministerium sich ziemlich plötzlich zur Aufhebung des Stevensonplanes mit Wirkung ab 1. November 1928 entschloß, so ist das gewiß nicht eine Verbeugung vor den U. S. A., sondern aus Selbstinteresse geschehen. Die Vormachtstellung der Malayenstaaten und Ceylons erwies sich nämlich als nicht stark genug, um die Restriktion mit der nötigen Schärfe durchzuführen. Die Nutznießer dieser Politik waren vielmehr die Gummipflanzer Niederländisch-Indiens, die zwar die erhöhten Gummipreise mit einsteckten, aber an keine Produktionseinschränkung gebunden waren, so daß ihr Anteil an der Weltgummierzeugung von 4,3 % im Jahre 1913 auf 32,6 % im Jahre 1926 emporschnellte, bei einer Erhöhung der Gesamtproduktion von 114 000 t auf 648 000 t.

Ein weiterer Grund für die Aufhebung ist die starke Zunahme des Verbrauchs, nicht zuletzt infolge der ungeheuren Zunahme der Automobilindustrie. Der heutige Verbrauch soll sogar bereits die Produktion übersteigen. Daher drängten die Großproduzenten Malayas und Ceylons selbst auf die Abschaffung des Stevensonplanes. Die Leidtragenden hierbei dürften die kleineren Produzenten, die nicht rationell genug wirtschaften, die amerikanische Regenerationsindustrie und der Gummihandel sein.

Die Manipulation eines Weltrohstoffes gehört zu den heikelsten Aufgaben internationaler Wirtschaftspolitik. Ein Gelingen solcher Maßnahmen ist selten und nur bei Berücksichtigung einer Menge geopolitischer, psychologischer und technischer Faktoren möglich. Daß die englische Regierung sich ohne unmittelbaren Zwang zur Aufhebung der Gummirestriktion entschloß, zeugt für den vorbildlichen Weitblick und die Elastizität britischer Wirtschaftspolitik, die Maßnahmen annulliert, wenn die Vorbedingungen ihrer Wirksamkeit sich geändert haben.

Seit ungefähr sechs Jahren, nämlich der Konferenz von Genua, tobt der Kampf zwischen den beiden Erdölkonzernen, der Standard Oil Co. und der Royal Dutch and Shell Co. Der Anlaß ist bekanntlich das „gestohlene" russische Petroleum, dessen Diebesgutscharakter Sir Henry Deterding, der Leiter der englischen Gruppe, nicht genug betonen kann, nachdem es ihm selbst 1922 in Genua mißglückt war, ein Verkaufsmonopol für das russische Erdöl zu erlangen. England führt den Petroleumkrieg nach zwei Fronten, gegen die U. S. A. und gegen Rußland; so ist z. B. Deterding einer der Drahtzieher der Arcos-Haussuchung gewesen, aber auch auf diesem Gebiete ohne Erfolg.

Die Bemühungen, den russischen Erdölexport, die wichtigste Stütze der Handelsbilanz und unentbehrlich zur Beschaffung von Maschinen und Geräten für den russischen Wiederaufbau, zu schwächen, sind mißlungen. Im Gegenteil hat die enge Zusammenarbeit Rußlands mit der Standard Oil die russische Petroleumausfuhr 1927

m 20 % erhöht. Besonders erbitterte Formen hat der Kampf zwischen Standard Oil nd Royal Dutch neuerdings auf dem indischen Markt angenommen, wo die ameri-anische Gesellschaft auf Grund ihrer günstigen Lieferungsverträge mit den Russen onkurrenzfähig geworden ist. Diesen Einbruch der Amerikaner in bisher unbestrit-enes Gebiet haben die Briten mit einem scharfen Preisdumping beantwortet, das, n bisherigen Ausmaß fortgesetzt, der Royal Dutch einen jährlichen Verlust von chätzungsweise 12,5 Mill. $ bringen muß, gegenüber 4 Mill. $ der amerikanischen esellschaft. Es scheint, als ob die breitere Kapitalbasis der Standard Oil dieser ein ingeres Durchhalten ermöglicht. Daß Sir Deterding neulich persönlich zu Verhand-ungen nach New York reiste und eine Reihe der beteiligten englischen Gesellschaften ir das vergangene Jahr keine Dividende zahlte, sind bedenkliche Schwächesymptome.

Daß man sich auf beiden Seiten zu solchen Verlustkämpfen hinreißen ließ, hat atürlich mehr als nur wirtschaftliche Ursachen, greift in rein politische Sphären ber. Dies der Grund, warum der auf dem Umweg über Rußland ausgetragene ampf von den beteiligten Regierungen mehr oder weniger offen unterstützt wird.

Überraschenderweise ist es in allerneuester Zeit in Deutschland zu einer Maß-ahme gekommen, die möglicherweise ein Anfang zum Ende des Erdölweltkrieges edeuten könnte. Die Vertriebsgesellschaften der amerikanischen, britischen und ussischen Petroleumerzeuger haben sich friedlich an einen Tisch gesetzt und eine emeinsame Regelung für Absatzbedingungen und Preise des Erdöls in Deutschland etroffen. Da dieses Gentleman-agreement aber vorläufig sehr kurz befristet ist und er deutsche Markt von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung ist, bleibt ab-uwarten, ob diese Maßnahme in der Erdölwirtschaft weitere Kreise ziehen wird. u oft schon ist das Ende des Ölkonfliktes in Aussicht gestellt worden, um solchen lutmaßungen nicht skeptisch gegenüberzustehen.

Mitte März kam aus England die Nachricht, daß die Eastern Telegraph Co. und ie Marconi Wireless Co. sich zusammenschließen wollen mit einem Kapital von st 54 Mill. Pfund Sterling, größer alsso, als das der I. G. Farbenindustrie A.-G. inter dieser zunächst nicht sehr wichtig erscheinenden Transaktion verbirgt sich doch eine in ihren geopolitischen Auswirkungen höchst bedeutsame Tatsache: näm-ch die Konkurrenz zwischen der Kabel- und der drahtlosen Telegraphie. Ob ein urz darauf erfolgter Zusammenschluß amerikanischer Kabelgesellschaften hiermit Beziehung steht, läßt sich noch nicht beurteilen. Bei der bekannten Abneigung der ngländer gegen jede Art von Kartellierung oder Fusion und der überragenden Stellung er Eastern Telegraph Co. im Seekabelwesen ist es klar, daß diese Maßnahme nicht nz freiwillig erfolgt ist. Wenn man einen Konkurrenten so über die Achsel an-eht, wie dies die englischen Kabelgesellschaften in ihren Äußerungen noch vor urzem taten, dann unterstellt man sich nicht ohne einer gemeinsamen Holding Co. an verbindet sich nur mit Gegnern, die man fürchtet. Es ist einleuchtend, daß die adiotelegraphie dem Kabel weit überlegen ist, besonders im Kriege, denn es dürfte aum eine Wirtschaftsorganisation geben, die mit so geringen Mitteln zu zerstören ist ie Kabelanlagen. Der Radiotelegraphie gehört die Zukunft, auch wenn vorläufig das abel noch eine beherrschende Stellung einnehmen wird, bis es hoffentlich gelingt, die eheimhaltung auch der drahtlosen Telegramme zu gewährleisten. Hat die Technik diese ufgabe gelöst, dann dürfte eine weitere Vormachtstellung Großbritanniens zerstört sein.

Im Stand der Reparationsfrage haben sich in den letzten Monaten kaum wesent-che Änderungen vollzogen, da die bevorstehenden Wahlen in Deutschland, Frank-ich und den U. S. A. das Hauptinteresse auf innerpolitische Fragen richten. Doch hat

der allmählich herannahende Beginn des Dawes-Normaljahres, das ab Herbst 1928 Deutschland eine Belastung von 2,5 Milliarden bringen soll, zu vorläufig unverbindlichen Fühlungnahmen über die Revision des Dawes-Planes und die Festsetzung einer Gesamtsumme geführt. Durch die außerordentliche Zurückhaltung der zuständigen Stellen dringt leider über die näheren Pläne und Absichten nur wenig Zuverlässiges und Konkretes in die Öffentlichkeit. Doch läßt die Rührigkeit Parker Gilberts, der sich nach seiner Rückkehr von Washington mit den Regierungen in London, Paris und Rom in Verbindung setzte, immerhin Rückschlüsse zu. Auch die viel beachtete Rede Poincarés in Carcassone, worin er sich zu einer geschäftlichen, nicht politischen Regelung der Reparationsfrage ausdrücklich bekannte, dürfte unter dem Eindruck der Unterhaltung mit Gilbert konzipiert sein.

In den Gläubigerstaaten ist das Revisionsinteresse dadurch gesteigert worden, daß mit wachsender Belastung Deutschlands ihre eigenen Industrien der deutschen Konkurrenz immer mehr ausgesetzt sind. Aus diesem Dilemma, maximale Belastung Deutschlands, minimale Konkurrenzgefährdung der Gläubigerstaaten, sucht man nun neuerdings durch Erweiterung des Sachlieferungssystems einen Ausweg. Während bisher im allgemeinen die deutschen Sachlieferungen, soweit Frankreich als Hauptgläubiger in Frage kommt, nur zu Wiederaufbauzwecken und in geringem Umfang für den laufenden Bedarf der Wirtschaft benutzt wurden, will man jetzt dazu übergehen — dahin zielende Gesetzentwürfe sind bereits von der Kammer angenommen —, die deutschen Sachlieferungen für die Errichtung öffentlicher Arbeiten, besonders in den französischen Kolonien, in Anspruch zu nehmen.

Zunächst soll in Verdon, in der Nähe von Nizza, unter Verwendung von ca. 500 deutschen Arbeitern eine Talsperre errichtet werden. Ferner sind bereits Verträge abgeschlossen über den Bau von Eisenbahnen und Bewässerungsanlagen in Madagaskar. Franz.-Westafrika und Indochina im Werte von insgesamt 71 Millionen Mark. Weitere Pläne sind in Vorbereitung. So wünscht z. B. Indochina ein groß angelegtes Bewässerungssystem, um den Ertrag seiner Pflanzungen zu steigern. Das bei weitem größte dieser Projekte aber ist der Bau einer Bahn durch die Sahara, deren Vorarbeiten bald begonnen werden sollen. Es handelt sich hierbei um die Herstellung einer Verbindung von Algier nach Timbuktu, einer Strecke von 2600 Kilometer Länge, deren Bau 1,6 Milliarden Franks kosten soll. Der geopolitische Wert dieser Bahnverbindungen in noch völlig unerschlossene Gebiete ist heute noch nicht zu ermessen, kann aber kaum überschätzt werden.

Diese öffentlichen Arbeiten in den Kolonien stellen für die französische Industrie insofern keine unmittelbare Konkurrenz dar, als das französische Kapital wenig Neigung hat, sich in den Kolonien zu beteiligen, und diese Aufträge ja nicht erteilt worden wären, wenn nicht die Gelder des Reparationskonto dafür zur Verfügung ständen. Auch für Deutschland aber haben die Sachlieferungen gegenüber den Barzahlungen einen Vorteil: Freilich liegen in beiden Fällen einseitige Wertübertragungen vor, ein Verschenken deutscher Leistung, eine Belastung deutscher Steuerzahler; während aber bei Bartransferierungen erst ein entsprechender Ausfuhrüberschuß in scharfem Konkurrenzkampf erstritten werden muß, ist bei dieser Art von Sachlieferungen der Absatz für Deutschland von vornherein garantiert. Es findet hierdurch keine Schmälerung der freien deutschen Ausfuhr statt. Indirekt kommen die so verwandten deutschen Reparationsgelder dadurch wieder der deutschen Wirtschaft zugute, daß andernfalls zum Feiern verurteilte deutsche Unternehmungen und Arbeiter Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten.

PAUL RUPRECHT:

DIE KAUTSCHUKVERSORGUNG DER WELTWIRTSCHAFT

Der Kautschuk, eins der gesuchtesten Erzeugnisse der heutigen Weltwirtschaft, ist er Wissenschaft erst um das Jahr 1740 durch einen in Brasilien reisenden Franzosen ekannt geworden und war fast 100 Jahre danach noch ein ziemlich wertloser rtikel, weil es nach so langer Zeit erst gelungen ist, ihn mit Erfolg zu bearbeiten nd praktisch verwendbar zu machen. Von da ab gewann er jedoch immer größere irtschaftliche Bedeutung, besonders für die Elektrizitäts- und noch mehr für die raftwagenindustrie, deren großartige Entwicklung durch die Entdeckung der Kautchukbearbeitung überhaupt erst möglich geworden ist. Die Verwendung des Kautschuks t aber auch sonst äußerst vielseitig und gibt unzähligen Menschen in der Welt rbeit und Brot. Es sei nur an die Herstellung von Kämmen, Schwämmen, Gummichuhen, Regenmänteln, Bällen usw. erinnert.

Bei weitem der größte Teil des erzeugten Kautschuks wird in Plantagen gewonnen nd nicht mehr wie früher im Urwalde. Während im Jahre 1905 dort noch 60000 t eholt worden sind, war es 1925 nur noch die Hälfte davon, weil die Kosten dieses erfahrens im Vergleich zur Plantagenwirtschaft zu hoch geworden sind.

Die Gewinnung wilden Kautschuks erfolgt hauptsächlich in seinem Ursprungslande rasilien, aus einem Baum, der Hevea brasiliensis. In den weiten Wäldern des Amaonenstromes sollen zwar mehrere hundert Millionen dieser Bäume stehen, doch ist ire Ausbeutung außerordentlich schwierig, weil nicht nur diese Gegenden sehr schwer ugänglich sind, sondern auch weil die Hevea nicht überall, sondern nur in beimmten Teilen, besonders in dem Überschwemmungsgebiet der Stromes wächst. Diese Stellen müssen also vor der Auswertung, und zwar bereits ein Jahr vorher durch esonders erfahrene eingeborene Waldläufer erkundet werden, auf deren Urteil und ft zweifelhafte Zuverlässigkeit der europäische Unternehmer völlig angewiesen ist. ei der Dichtigkeit des Waldes erfordert seine Erschließung zur Freilegung der Bäume ußerordentlich viel Zeit und Mühe, die sich erst lohnen, wenn das auszubeutende tück Land wenigstens fünf Bäume je Hektar aufweist. Infolge der Unwegsamkeit es Waldes haben wieder nur solche Stellen Wert, die durch ihre Lage zum Fluß ünstige Transportmöglichkeiten für den gewonnenen Rohgummi bieten. Da diese rklärlicherweise immer schlechter werden, je weiter ab die Konzessionen von der Mündung liegen, so kann der größte Teil der brasilianischen Kautschukvorräte nicht usgebeutet werden, weil die Transportkosten das Geschäft unrentabel machen, das iel Kapital und dadurch hohe Zinsaufwendungen erfordert. Abgesehen davon und on den Kosten der geschilderten Erkundung verursacht auch noch die Beschaffung er Seringueiros, der eingebornen Arbeiter, erhebliche Ausgaben. Sie sind nicht nur nzuwerben und in wochenlanger Dampferfahrt an die Arbeitsstelle zu befördern, ondern müssen auch für den Aufenthalt im Urwalde, wo Unterbringungsmöglicheiten und ein Magazin für sie zu errichten sind, ausgerüstet werden. Sind die aneworbenen Leute dort angekommen, dann müssen sie sich außerdem noch mühsam on Baum zu Baum einen Weg bahnen, um diese anzuzapfen. Dies geschieht in olgender Weise:

Während der trockenen Jahreszeit, die den dicksten Saft, Latex genannt, liefert, erden in jedem Baum etwa 2 m über dem Erdboden zwei schiefe, nach oben ver-

laufende Einschnitte gemacht, unter denen je ein Becher befestigt wird, der nach 24 Stunden abgenommen wird. Etwa 20 cm unterhalb der ersteren Einschnitte werden diese wiederholt, und zwar so oft, bis man am Boden angelangt ist. Der gewonnene milchartige Saft, der zu etwa einem Drittel Kautschuk enthält, wird auf Formen von Holz oder Ton bis zur Dicke von mehreren Zentimetern gegossen und über Feuer getrocknet. Je nach der Gestalt dieser Formen unterscheidet man zwischen Flaschen- und Plattenkautschuk.

Die Gewinnung des wilden Kautschuks erfolgt also unter ungeheuren Schwierigkeiten und ist infolge der Unzuverlässigkeit der erkundenden Waldläufer mit großen Risiken verbunden. Europäer können sich diesem Geschäft nur widmen, wenn sie Land und Leute genau kennen. Bei dieser Sachlage ist es kein Wunder, daß die Ausbeutung der brasilianischen Wälder mit der Plantagenwirtschaft nicht hat Schritt halten können. Daß man dazu in Brasilien wenigstens bisher nicht in größerem Umfange übergegangen ist, hat seinen Grund in dem Mangel an geeigneten Arbeitern für die schwere Arbeit auf Kautschukplantagen. Die auf den höher gelegenen und daher kühleren Kaffeeplantagen beschäftigten Italiener und Spanier sind ihr nicht gewachsen. Neger sind wieder nicht so fleißig, daß sich die für sie aufzuwendenden Kosten lohnten. Da auch die eingeborenen Indianer für diese Arbeit zu schwach sind, so kommen nur die Bewohner Javas dafür in Frage, die aber wieder nur gegen sehr hohe Bezahlung bereit sind, ihre Heimat zu verlassen. Dazu kommt noch, daß die Hevea brasiliensis nicht in ihrem Ursprungslande, sondern in Ostindien das bessere Erzeugnis liefert.

Dort wird jetzt der bei weitem größte Teil der Weltproduktion an Rohgummi gewonnen, seitdem es vor etwa 50 Jahren einem Engländer gelungen ist, trotz des strengen, von der Regierung Brasiliens zur Behauptung seiner Monopolstellung erlassenen Ausfuhrverbotes einen Posten Heveasamen aus dem Lande herauszubringen. Aus diesem Samen wurden Keimpflanzen gezogen und nach Ceylon, Soerabaya, Kalkutta und Singapore gebracht, von wo diese Kultur auch nach Niederländisch-Indien kam, wo im Jahre 1887 die erste Plantage angelegt worden ist, der immer wieder neue gefolgt sind. Während die Ausdehnung der ostindischen Kautschukpflanzungen im Jahre 1905 nur 400 qkm betrug, wird sie heute auf etwa 15 000 qkm, also den Umfang des Freistaates Sachsen, geschätzt.

Außerdem liefern in Ostindien noch einige einheimische Pflanzen, wie Ficus elastica und Urceola elastica, Rohgummi, der dem von der Hevea stammenden an Festigkeit und Elastizität nachsteht, unreiner und deshalb billiger als dieser ist.

Ferner spielt Afrika noch für die Versorgung der Welt mit Kautschuk eine Rolle, wo er in Portugiesisch- und dem früheren Deutsch-Ostafrika, im Kongogebiet, Sierra Leone und Madagaskar gewonnen wird. Endlich gedeiht im südlichen Mexiko noch eine Kautschuk liefernde Pflanze, die vorläufig nur wildwachsende Castilloa elastica.

Allen diesen Gewächsen ist gemeinsam, daß sie nur in tropischen Gegenden, wenn auch nicht im Sumpfgebiet, so doch in feuchtem Klima gedeihen. Außerdem verlangen sie eine gleichmäßige Temperatur, die möglichst nicht unter 22° Celsius sinken soll, was im allgemeinen Gebiete von über 1000 m Höhe für die Anlage von Kautschukplantagen ungeeignet macht und die Arbeitsverhältnisse erschwert. Diese aber sowie die Transportmöglichkeiten spielen für die Rentabilität der Kautschukkultur eine entscheidende Rolle.

Während bei der Gewinnung des Wildkautschuks wie gesagt schon 5 Bäume je Hektar als eine lohnende Konzession angesehen werden können, weisen die Plan-

gen etwa 250 für die gleiche Fläche auf, mit deren Anzapfung man jedoch erst
n sechsten Jahre beginnen kann, weil sonst das Erzeugnis minderwertig ist und die
rtragsfähigkeit der Pflanzen zu schnell wieder aufhört. Ein normaler zehnjähriger
aum gibt schon 14 l Latex oder 2 kg Rohgummi. Die Verarbeitung des ersteren,
e sog. Koagulation, erfolgt meist auf der Plantage. Erst danach kommt die Ware
nter dem Namen „Rubber" auf die großen Rohgummimärkte in London, New York,
ngapore, Soerabaja oder Amsterdam.

Wenn nun auch die Plantagenwirtschaft letzten Endes wirtschaftlicher ist als die
usbeutung der wildwachsenden Bäume, so ist sie doch auch mit erheblichen Ri-
ken infolge der Gefahr von Unwettern, Hochwasser, vulkanischen Ausbrüchen und
gl. verbunden, die zur Folge haben, daß das Geld dafür nur zu hohen Zinssätzen
erhalten ist. Da es außerdem noch bis zur ersten Ernte sechs Jahre brach liegt,
ist es klar, daß für solche Unternehmungen große Summen erforderlich sind. Sie
it unzureichendem Kapital zu beginnen, ist um so bedenklicher, als die Kautschuk-
reise, wie wir später sehen werden, großen Schwankungen unterworfen sind, die
weilen bis unter den Selbstkostenpreis gehen.

Diese Schwierigkeit ist hauptsächlich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des inter-
tionalen Kautschukmarktes zurückzuführen, zu der wir jetzt, nachdem wir die
ewinnung dieses wichtigen Handelsartikels besprochen haben, kommen.

Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß die Vereinigten Staaten von Amerika als
r bei weitem größte Rohgummiverbraucher der Welt diesen Rohstoff aus dem Aus-
nde, und zwar vor allem von England beziehen müssen und sich dagegen wehren.
on der gesamten Weltproduktion, die für 1925 auf etwa 555 000 t geschätzt wor-
n ist und von der Amerika allein 39 000 t eingeführt hat, sind etwa 31 000 t in
glisch-ostindischen Gebieten und 178 000 t in Niederländisch-Indien geerntet
orden. Wenn diese Zahlen auch keinen Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit
heben können, so zeigen sie doch, daß England hier eine überragende Stellung
nehat, die noch deutlicher hervortritt, wenn man hört, daß auch noch ein großer
il der in den holländischen Kolonien belegenen Gummiplantagen von englischem
pital kontrolliert wird. Der Rest der Welternte entfällt auf die übrigen angegebenen
zeugungsgebiete, besonders auf Brasilien. Nach Amerika folgen als Verbraucher,
doch in weitem Abstande England, Frankreich, Deutschland, das im Jahre 1925
nd 46 000 t Rohgummi eingeführt hat.

Der Hauptgummiverbraucher ist in allen diesen Ländern die Kraftwagenindustrie,
e in Amerika allein 83 % der gesamten Einfuhr für sich besonders beansprucht,
s bei der Ausdehnung des dortigen Kraftfahrwesens nicht verwunderlich ist. Es ist
her erklärlich, daß dieses sonst mit fast allen Rohstoffen, deren es bedarf, versehene
nd diese Abhängigkeit von seinem wirtschaftlichen Hauptkonkurrenten höchst un-
genehm empfindet, zumal nach amerikanischer Statistik England jährlich durch
ne Kautschuklieferungen an Amerika rund 140 Mill. Pfund verdient. Nach einer
rechnung des amerikanischen Handelsamtes erhält England dadurch von Amerika
nau so viel, wie dieses von ersterem für dessen Kriegsschulden erhält.

Wenn auch diese Angaben nicht bezweifelt werden sollen, so ist doch die Stellung
Amerikaner auf dem Gummimarkt nicht so ungünstig, wie sie danach erscheint,
sie durch ihren ungeheuren Verbrauch einen mindestens ebenso großen Einfluß
f die Gestaltung der Gummipreise haben wie die Engländer. Sie haben dies nach
n Kriege dadurch bewiesen, daß sie, als der Verbrauch hinter der Erzeugung zu-
ckzubleiben schien, anstatt zu kaufen, damit zurückhielten oder gar noch ihre

billig eingekauften Vorräte auf den Markt warfen. Während der Gummipreis im Jahre 1910 noch auf 12,8 sh getrieben werden konnte, bewegte er sich 1913 zwischen 4,7 und 2 sh und sank 1920 mit 8 p. sogar unter den Selbstkostenpreis infolge dieser amerikanischen Machenschaften. Dadurch wurden die Engländer zu Gegen-maßnahmen genötigt, die in einer künstlichen Einschränkung des Angebotes durch einen Erzeugungs- und Ausfuhrplan, den sog. Stevensonplan, bestanden haben, der obwohl sich die nichtenglischen Erzeuger in Niederländisch-Indien an seiner Durch-führung nicht beteiligt haben, doch zu einem Erfolge geführt. Dieser scheint aller-dings nur vorübergehend tot gewesen zu sein.

Nach englischen Meldungen hat nämlich erst kürzlich der britische Premierministe das Committee of Civil Research aufgefordert, die Ergebnisse und die Wirksamkei des Gummiausfuhr-Restriktionsplanes zu untersuchen und der Regierung Vorschläge für die künftig zu befolgende Politik zu unterbreiten. Der größte Mangel dieses Planes ist wohl die Tatsache, daß die nichtenglischen Plantagenbesitzer von ihnen nicht erfaßt werden und auf Kosten der unter die Einschränkung fallenden Erzeuger große Gewinne erzielen.

Die von Baldwin am 4. April ds. Js. im Unterhaus gemachte Mitteilung, daß die englische Regierung beschlossen habe, vom 1. Nov. 1928 ab alle Beschränkungen für die Ausfuhr von Kautschuk aus Britisch-Malaya und Ceylon aufzuheben, und damit das Stevenson-Schema außer Kraft zu setzen, ist wahrscheinlich auf diese Zusammenhänge zurückzuführen; der Beschluß der englischen Regierung ist als eine bedeutsame politische und wirtschaftliche Konzession an Amerika anzusehen und nicht nur durch die steigende Kautschukerzeugung der genannten Länder, sondern vermutlich auch durch die zunehmende Wiedergewinnung von Rohkautschuk aus Gummiabfällen in Amerika hervorgerufen worden. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gemeldet hat, haben auf diese Mitteilung des englischen Premierministers sämtliche Kautschukaktien an der Londoner Börse starke Preisstürze erlitten, die den Wert der dort gehandelten Kautschukaktien um etwa 30 Millionen £ verringert haben. Der Kautschukpreis wird, wie man vermutet, auf 7 d für das Pfund fallen und schließlich wird die Kontrolle der Kautschukindustrie in amerikanische Hände übergehen. Damit hätten die dortigen Interessenten ein Ziel erreicht, was sie schon lange erstrebt haben und wozu sie bereit gewesen sind, die größten Kapitalien ein-zusetzen. So ist der amerikanische Autoreifenfabrikant Firestone seit langem bemüht die Negerrepublik Liberia in eine amerikanische Kautschukplantage zu verwandeln doch ist es ihm bisher nicht gelungen, die dafür erforderlichen 80 Mill. Dolla aufzubringen.

Auch der große amerikanische Kraftwagenfabrikant Ford verfolgt derartige Pläne Wie im vorigen Jahr aus New York gemeldet wurde, soll er in Brasilien ein Gebie von 1,2 Mill. Acres für 35 Mill. Dollar erworben und sich eine Landoption au weitere 2,8 Mill. Acres gesichert haben, um dort große Kautschukplantagen anzulegen Wenn auch diese Mitteilung von Ford einige Tage danach abgeleugnet worden ist so ist es doch Tatsache, daß sich mehrere Vertreter seiner Firma in Para aufhalten um die Frage zu studieren. Auch aus Port Limon ist kürzlich gemeldet worden daß die Amerikaner in Costa Rica Gummipflanzungen anlegen wollen, nachdem dort in kleinem Maßstabe angestellte Versuche günstige Ergebnisse gezeitigt haben. Di Regierung ist bestrebt, diese Pläne durch allerlei Begünstigungen zu fördern. Auch hier bestehen Schwierigkeiten für die Erlangung geeigneter Arbeitskräfte, die man von den Kanarischen Inseln zu erhalten hofft.

In diesem Zusammenhange sind noch die von den Amerikanern und zwar der
tercontinental Rubber Co. durch eine ihrer Tochtergesellschaften in Kalifornien
gestellten Versuche mit dem Guayute-Gummistrauch zu erwähnen. Dieser Strauch
rd in einjährigen Setzlingen zu etwa 7200 Stück auf den Acre gepflanzt und ist
r Jahre danach, nachdem er eine Höhe von etwa 2 Fuß erreicht hat, für die Gummi-
winnung reif. Dazu wird er mit der Wurzel unter Wasser in Flintsteinmühlen
mahlen, wobei der Gummi frei wird und sich zusammenballt, um dann durch ein
hwimmverfahren gewonnen zu werden. Dieses Verfahren ist nicht etwa neu, son-
rn ist in Mexiko schon im Jahre 1906 angewandt worden, womit auch seitdem
o Mill. lbs. Gummi aus dem in diesem Lande wild wachsenden Guayutestrauch
wonnen worden sind.

Nach Zeitungsnachrichten aus New York soll es der Intercontinental Rubber Co.
lungen sein, aus den in Kalifornien gezogenen Sträuchern die ersten Gummireifen
r Kraftwagen herzustellen.

Endlich verdient noch die Nachricht Erwähnung, daß die Dupont de Nemours Co.
o ooo Stück Aktien der United Staates Rubber Co. erworben hat, um sich deren
mmiplantagen in Sumatra und Malaga für den Reifenbedarf der General Motors Co.
sichern. Wallstreetkreise sehen in diesen Plantagen den Kern einer großen Fusions-
wegung, die imstande sei, den englischen Anbaubeschränkungen mit entscheiden-
m Erfolg entgegenzutreten.

Daß sie sich darin nicht getäuscht haben, zeigen die obenerwähnten Entschlüsse
r englischen Regierung und die heutigen Verhältnisse auf dem Gummimarkt. Wenn
e Engländer bisher geglaubt haben, daß sie wegen der Schwierigkeiten der Arbeiter-
schaffung für die Kautschukerzeugung die amerikanischen Pläne nicht zu fürchten
auchten, dann sind sie jetzt eines anderen belehrt worden, denn die Aufhebung
s Stevenson-Schemas bedeutet nichts anderes, als daß es den Amerikanern mit
lfe ihres Kapitals gelungen ist, sich — wenn auch noch nicht auf dem Gebiete
r Erzeugung — so doch hinsichtlich der Preisbildung von der englischen Beherr-
hung des Gummimarktes unabhängig zu machen.

Die Gefahr, daß die Herstellung künstlichen Kautschuks den natürlichen in ähn-
her Weise entwerten könnte, wie es mit dem Indigo geschehen ist, war bisher
cht zu befürchten, denn obwohl es gelungen ist, synthetischen Kautschuk herzu-
ellen, so ist doch dessen Erzeugung bis jetzt viel zu teuer gewesen, als daß ihr
gendwelche Bedeutung für die Versorgung der Welt mit Rohgummi zugekommen
re. Ob dieser Stand der Dinge durch ein neues, kürzlich mit großen Erwartungen
gekündigtes Verfahren der deutschen chemischen Industrie zur Herstellung künst-
hen Gummis eine grundlegende Änderung erfahren wird, ist eine Frage, auf die
h heute noch keine Antwort geben läßt. Sollte es aber wirklich gelungen sein, den
türlichen Gummi durch ein gleichwertiges und dabei billiger zu lieferndes Kunst-
odukt zu ersetzen, dann muß dies nach dem Gesagten nicht nur wirtschaftliche,
ndern auch politische Bedeutung haben.

KLEO PLEYER:

SUDETENRAUM UND DEUTSCH-ÖSTERREICH

Es liegt ein dramatischer Zug in der Geopolitik Mitteleuropas. Hochgebirge und Meer, Mittelgebirge und Tiefebene begründen sein vielspältiges Wesen; und doch ruht in der riesigen Abdachung vom Süden nach Norden ein großer Sinn. Nord- und Ostsee, Adria und Pontus strecken ihre Saugarme nach Mitteleuropa hinein; aber die einander widerstrebenden Stromgebiete greifen ineinander und fügen sich zur Einheit. Grundverschiedene Landschaften setzen sich scharf gegeneinander ab und zeigen doch wieder erd- und bluthafte Verbundenheit. Fremde Völkerschaften machen dem vorwaltenden Großvolk Raum und Herrschaft streitig; und doch tragen sie sein Mal auf der Stirn, und doch sind sie ewige Lebensträger seiner Kultur.

Aus dem Formenreichtum des mitteleuropäischen Bodenreliefs hebt sich das böhmisch-mährische Land besonders eigenwillig hervor. Fast scheint es, als seien die bergumrandeten Sudetenländer dem übrigen Mitteleuropa entrückt. In Wirklichkeit wurden sie von Natur und Technik, durch Völker- und Geistesbewegungen innig dem deutsch-mitteleuropäischen Wesens- und Lebensbereich verwoben.

Als Einzugsgebiet der Elbe ist Böhmen dem nordischen Deutschland zugeneigt; dagegen ist sein hinter niedrigen Bodenwellen liegendes Vorland Mähren der Donau tributpflichtig und dem deutschösterreichischen Süden zugewandt. So fügen sich im Sudetenraum wie in einer ungeheueren Fuge die Stromgebiete der Elbe und Donau aneinander. Das böhmische Massiv vermauert nicht, Böhmen und Mähren sind vielmehr Mittelsland zwischen den beiden großen Ländertriangeln des mitteleuropäischen Nordwestens und Südostens.

Sudetenraum und Deutschösterreich sind das fehlende Viertel einer neuen deutsch-mitteleuropäischen Großmacht. Dieses südöstliche Reichsviertel ist selbst kein geschlossenes geopolitisches Gebilde, es zeigt vielmehr dieselbe innere Spaltung und Spannung, aber auch dieselbe höhere Zusammengehörigkeit wie die Ganzheit Mitteleuropa, zu deren Gliedstücken es zählt. In ihrer geographisch-physikalischen, wirtschaftlichen und völkischen Struktur heben die sudeten- und alpenländischen Gebiete sich stark voneinander ab. Dort waltet der Mittelgebirgs-, hier der Hochgebirgscharakter vor. Der Boden beider Ländereien bringt teilweise andere Wirtschaftsgüter und damit auch teilweise andere Wirtschafts- und Sozialverhältnisse hervor. Dort siedeln neben- und durcheinander Deutsche und Slawen; Böhmen ist das klassische Land der Nationalitätenproblematik. Das engere Öster

ch dagegen ist fast durchweg deutsch besiedelt, seine Nationalitätenproblematik
ırzelt nicht im Boden, sondern wandelt auf den Pflastern der Hauptstadt. Neben
d über diesen Verschiedenheiten besitzen Sudeten- und und Ostalpenländer
turgewollte und von der Geschichte verfestigte Gemeinsamkeiten. Das Wiener
cken ist zwar nicht die natürliche Sammelstätte aller böhmisch-mährischen
aftlinien, wie die alte österreichische Schulgeographie glauben machen wollte;
ılreiche Lebenslinien Böhmens laufen nach Nord und Nordwest. Immerhin



Die Karte wurde freundlicherweise vom Deutschen Schutzbundverlag, Berlin, aus seinen „Taschenbüchern des Grenz- und Auslandsdeutschtums" zur Verfügung gestellt

nzentrieren Alpen- und Sudetenländer ihren Beziehungsreichtum in dieses Stück
nauland, dessen eigentümlicher Anziehungskraft sich auch das tschechische
meinwesen nicht entwinden kann. Die Möglichkeit einer gegenseitigen Ergän-
ıg der Wirtschaftsgüter gibt den Sudeten- und Alpenländern die Voraussetzung
er weitgehenden Wirtschaftseinheit. Die Gleichartigkeit der völkisch-sozialen
uktur des südlichen Sudetenraums und des angrenzenden deutschösterreichi-
ıen Landes schafft einen Übergang zu den individuellen Charakterzügen der
den Länder. So sind denn in mehreren mitteleuropäischen Staatsschöpfungen
· Sudetenraum und das Land der mittleren Donau vereinigt gewesen.

Seit neun Jahren erscheint im Sudetenraum der tschechische Stamm als Träge eines deutschfeindlichen Staates. Wollte man den Werdegang des mitteleuro päischen Staatenbildes durch die Milchscheibe einer gewissen tschechoslowakische Staatshistoriographie betrachten, so müßte man glauben, daß die Sudetenlände schon immer wie ein Alp auf der deutschen Geschichte gelastet hätten, und ei selbstherrliches tschechisches Staatswesen mitten im deutschen Lebensbereich auc geschichtlich tief begründet sei. Dem ist nicht so. Die Geschichte der Tscheche im Sudetenraum ist deutsche Reichsgeschichte, auch der tschechisch besiedelt Teil der Sudetenländer war fast ein Jahrtausend lang deutsches Reichsland, wi er seit ebensolcher Zeit auch deutsches Kulturland ist. Unter den Luxemburger ist der völlig kulturdeutsche und großenteils auch volksdeutsche Sudetenraun das Kernstück des deutschen Reiches gewesen. Die politische Verschwisterung de Sudetenländer mit dem Lande der mittleren Donau setzte vermutlich schon in 7. Jahrhundert ein, als der fränkische Kaufmann Samo die tschechische Völker schaft von avarischer Botmäßigkeit freimachte und wahrscheinlich Sudeten- un Alpenslawen, Böhmen und Kärnten verknüpfte. Im 13. Jahrhundert suchte de größte Przemyslide und Hohenstaufersproß Ottokar II. auf einem breiten Land gürtel von der Adria bis zur Ostsee ein neues mitteleuropäisches Reich zu be gründen. Der Sudeten- und Ostalpenraum bis zur Adria waren von Ottoka politisch verbunden worden und sollten des größeren Reiches Stützfläche sein Als 1526 die Länder der böhmischen Krone dem Hause Habsburg verhaftet wu den, fand diese bis zum Ende des Weltkrieges währende politische Verbindun des Sudetenraums mit Österreich bereits starke völkische, verkehrswirtschaftlich kulturelle Klammern vor. Das bairisch-österreichische Volkstum war weit in da südliche Böhmen und Mähren hineingewachsen. Bodenschätze und Erzeugnis Österreichs und der Sudetenländer wanderten hinüber und herüber; namentlic war es der von Prachatitz nach Passau führende Salzhandelsweg, der Böhmen se alters mit dem Donaulande verband. (Auch Linz verdankt seine Bedeutung großen teils der Lage zwischen Böhmen und dem Salzkammergut, heute dem Schiener weg Gmünden—Linz—Budweis.) Als Zeugen deutschböhmisch-donauländische Kulturbeziehungen seien genannt der Vollender des Wiener Stephansturmes Han von Prachatitz und Hans Krumauer, der Baumeister des Passauer Doms. Gefö dert durch die staatliche Gemeinschaft ging die gegenseitige blutliche und geistig Durchdringung der Sudeten- und Donauländer vier Jahrhunderte lang in erhöh tem Maße vor sich. Im Zuge der europäischen Wirtschaftsentwicklung wurde da Donaureich ein hochorganisierter und fast völlig autarker Wirtschaftskörper; dabe bildete sich zwischen den Gliedstücken des Habsburgerreiches, namentlich zwische dem deutschen Donauland und den Sudetenländern ein überaus starkes wechsel seitiges Abhängigkeitsverhältnis aus. Die Sudetenländer wurden zum größte Wirtschaftsgebiet der Monarchie und versorgten mit ihren Rohstoffen und Erzeug

ssen das Konsumgebiet des ganzen Donaureiches. Wien war nicht der Wasser-
pf, sondern das Hirn des riesenhaften Wirtschaftskörpers; hier liefen die vielen
nen Nervenstränge zusammen, welche die österreichische Handelspolitik über
dosteuropa ausgebreitet hielt.

Als im Spätherbst 1918 der Sudetenraum politisch vom Lande der mittleren
onau abgesondert wurde, und neue Zollgrenzen eine alte Wirtschaftseinheit zer-
gten, war der tschechische Nachfolgestaat auch wirtschaftlich weniger übel
ran als Rumpfösterreich. Denn Böhmen und Mähren sind ein mit Bodenschätzen
ch bedachtes, ein wirtschaftlich hochentwickeltes und zudem ein wirtschafts-
rmonisches Gebiet seltener Art. Österreich aber war plötzlich von der sudeten-
ndischen Kohle, dem Lebenselixier seiner Wirtschaft, abgeschnitten. Aber auch
e Tschechoslowakei krankte an den neuen Zollgrenzen. Die bis dahin für das
rbrauchsgebiet einer Großmacht eingestellte sudetenländische Industrie litt nun-
ehr, auf das Verbrauchsgebiet eines Kleinstaates beschränkt, an einer schreck-
ften Überproduktion. Nur für etwa ein Drittel der Erzeugung ist der Binnen-
arkt aufnahmefähig, zwei Drittel müssen auf den Auslandsmarkt geworfen
erden. Zwar hat die Tschechoslowakei ihre wirtschaftlichen Geburtswehen leid-
h überwunden, aber die unerträgliche Schmälerung des Inlandmarktes wird
r sudetenländischen Produktion so lange zu schaffen machen, bis die engen
llmauern fallen und sich ihr der Binnenmarkt eines mitteleuropäischen Zoll-
rbandes auftut. Die Tschechoslowakei wollte sich nach der äußeren Losreißung
n Österreich auch innerlich entösterreichern, und die tschechoslowakische Wirt-
haft sollte nun nicht mehr nach dem österreichisch-ungarischen Süden und
dosten, sondern vornehmlich nach dem französischen Westen gewendet sein.
och es erwies sich bald, daß die natürlichen geopolitischen Gegebenheiten die
rünge der tschechischen Außenpolitik nicht mitmachten, daß die Tschecho-
owakei zum guten Teil nicht nur geistig, sondern auch wirtschaftlich dem
onaulande verhaftet blieb. Von den ersten Folgerungen, die die Tschechen aus
r erkannten Sachlage zogen, soll noch die Rede gehen. Betrachten wir jetzt
e staats- und nationalpolitische Absonderung des Sudetenraums von Österreich.

Wenn die Umgrenzung des neugegründeten tschechoslowakischen Staates nicht
f größere Flächen des deutschösterreichischen Donaulandes übergriff, so geschah
es vor allem dank der dreieinhalb Mill. Deutscher, die im Sudetenraume selbst
deln und in Gemeinsamkeit mit den übrigen nichttschechischen Nationalitäten
r das neugegründete tschechische Staatswesen ohnedies eine kaum tragbare Be-
stung darstellten. Der tschechischen Republik wurde von den Versailler Friedens-
tern soviel nichttschechisches Volkstum überantwortet, daß das tschechische
aatsvolk ihm gerade noch die Wage zu halten vermochte. Selbst nach der un-
dlichen Volkszählung von 1921 stehen 6747000 Tschechen (das sind $50^1/_2$ %
er Staatsbürger) nicht weniger als 6625000 Deutsche ($3^1/_8$ Mill.), Slowaken

(2 Mill.), Magyaren (750000), Ukrainer (460000) und andere Minderheite (280000) gegenüber, das sind $49^{1}/_{2}\,\%$ aller Staatsbürger. Wollten die Begründe des tschechischen Staates nicht im Angesicht der von demokratischen Regunge bebenden Welt die nackte Diktatur des tschechischen Sechsmillionenvolke über zahlenmäßig größere fremde Volksteile und Völkerschaften errichten, s mußten sie wohl oder übel mit der Zuweisung namentlich deutschen Landes un Volkes dort innehalten, wo dem tschechischen Staatsvolk gerade noch die forma demokratische Herrschaft nach dem Verhältnis $50^{1}/_{2} : 49^{1}/_{2}$ ermöglicht wurde So kam es, daß das kühne Annexionsprogramm Hanusch Kuffners aus dem Jahre 1917 nur teilweise verwirklicht werden konnte, daß entgegen dem Wille namhafter Tschechen das linke Donauland von Regensburg bis in die Nähe Preß burgs bei Bayern und Österreich verblieb und nur das Gebiet der obersten Lain sitz mit dem Eisenbahnknotenpunkt Gmünd und das Gebiet von Feldsberg Deutsch österreich entrissen und zur Tschechoslowakei geschlagen wurden (Artikel 27 de Vertrages von St. Germain), die sich sonst im Süden mit den alten Grenzen de Sudetenländer bescheiden mußte. Dennoch deutet das berüchtigte Annexions programm Kuffners die Richtung des tschechischen Expansionswillens an. Da dieser vornehmlich nach Süden gerichtet ist, erklärt sich aus dem geopolitische Gesetz des geringeren Widerstandes und daraus, daß der Tscheche mit dem süd lichen Nachbarland, insbesondere mit Wien und dessen südosteuropäischem Vor feld seit alters vertraut ist.

Nur ein Zehntel der tschechoslowakischen Staatsgrenzen fällt mit den Grenze des tschechischen und slowakischen Volkstums zusammen. Die übrigen neun Zehn tel zerschneiden namentlich die deutsche, magyarische und ukrainische Volks decke. Auch die Südgrenze des tschechischen Staates greift tief in das Siedlungs gebiet des bairisch-österreichischen Stammes vor, wenn der in den Tschechen staat einbezogene deutsche Volksstreifen des südlichen Sudetenraumes auch schmä ler ist als der im nordwestlichen Böhmen. Das tschechische Volkstum reicht nu bei Taus an die bayerische und nur nördlich von Gmünd bis an die österreichisch Grenze heran. Der größte Teil des südlichen sudetenländischen Grenzgebietes is überaus dünn besiedelt, der ungünstigen, gebirgigen und sumpfigen Bodenbe schaffenheit wegen, die besonders dem an ergiebigeren Boden gewöhnten Tscheche wenig Anreiz bietet. Um so rascher bemächtigt sich das tschechische Volkstum der Städte Budweis und Znaim und beraubt so das südböhmische und südmäh rische deutsche Grenzgebiet seiner städtische Zentren. In Budweis lebt nur noch eine $18\,\%$ige deutsche Minderheit, die Budweiser Sprachinsel wird wohl nach wenigen Menschenaltern der Vergangenheit angehören. In minderem Maße ge fährdet ist Znaim, das noch mehr deutsch-bäuerliches Umland besitzt. Zu Schwächung des sudetendeutschen Volkstums in Südböhmen und Südmähre trägt bei, daß Wien auf diese Gebiete wie ein riesiger Saugnapf wirkt.

Durch künstliche Verpflanzung tschechischen Volkes (Versetzung von Staats-
ngestellten, „Bodenreform“, „wirtschaftliche Durchdringung“) wurde stellen-
veise eine Schmälerung und Durchlöcherung des sudetendeutschen Volksbodens
ewirkt, doch dem expansiven Druck des tschechischen Volkstums sind Grenzen
esetzt, die mit dem tschechischen Staatsgrenzen keineswegs zusammenfallen.
chon in der ostmitteleuropäischen Volkstumsbewegung der Hohenstauferzeit war
er tschechische Blutdruck zu gering, als daß er das kraftschäumende Über-
trömen deutschen Blutes in die Sudetenländer hätte hindern können. Auch zur
Iussitenzeit hat das Druckvermögen des tschechischen Volkstums nicht zur Ein-
schechung der Sudetenländer ausgereicht. Alle Zeichen sprechen dafür, daß der
schechische Expansionswille der Gegenwart an derselben biologischen Gegeben-
ieit Halt machen muß.

Trotzdem müssen wir sorgsam der kleinen Wachstumsspitzen achthaben, die
as tschechische Volkstum auch nach dem Süden vorstreckt. Den Insiedlern des
eutschen Landstreifens im südlichen Sudetenraum fällt die erste Verteidigungs-
inie zu, die zweite aber dem angrenzenden Deutschtume Bayerns und Österreichs,
as mit stärkerem Grenzergeist zu erfüllen, ein Gebot der Stunde ist. Die Tschechen
nternehmen den von der Živnostenská banka finanzierten Versuch, in Ober- und
Niederösterreich tschechische Siedller seßhaft zu machen, die zum Teil als Saison-
rbeiter ins Land gekommen sind. Daß dieses Unterfangen besonders im March-
eld mit Erfolg betrieben wurde, zeugt von geopolitischen Überlegungen der
Tschechen.

Vermittels der sogenannten Agrarreform und Wälderverstaatlichung suchen die
Tschechen der für ihren vorgeblichen Nationalstaat ungeheuerlichen Tatsache zu
egegnen, daß fast alle sudetenländischen Grenzgebiete des Staates nicht vom
taatsvolk, sondern von Deutschen besiedelt sind. So trachtet man besonders den
öhmerwald militärgrenzartig mit Tschechen zu besiedeln. Die tschechischen
renzer werden jährlich durch Abertausende tschechischer Touristen seelisch ge-
ärkt; gleichzeitig werden durch solchen tschechischen Massenbesuch dem deut-
chen Grenzvolk Unterlegenheitsgefühle eingeflößt. Hier ist das ganze deutsche
olk zur Gegenwirkung berufen. Im Böhmerwald müßte es von deutschen Tou-
isten wimmeln. Daß die tschechische Staatsverwaltung die Grenzstädte mit be-
onders starken Garnisonen versorgt, ist selbstverständlich. In Preßburg liegt sogar
ine von einem tschechoslowakischen Admiral kommandierte operative Flußflotille
or Anker. — Wer die Kräfteverhältnisse an der österreichischen Nordfront ab-
essen will, muß die Tatsache ins Auge fassen, daß auf österreichischer Seite
egenwärtig nur 18000 (statt der im Vertrag von St. Germain zugebilligten
0000 Mann), auf tschechischer Seite durchschnittlich 150000 Mann unter Waffen
ehen, daß in der Tschechoslowakei das Kadresystem, in Österreich das Söldner-
ystem gilt. Das tschechoslowakische Heer ist technisch gut ausgerüstet. Das Sol-

datentum sitzt dem Tschechen allerdings nicht sehr tief, doch ist er in der Defensive ein hartnäckiger Gegner. Die Nationalitätenproblematik des tchechoslowakischen Heeres wird seine Schlagfertigkeit wohl vermindern, aber nicht aufheben.

Indes, die Entwicklung deutet weniger auf eine kriegerische Auseinandersetzung der Kräfte im südöstlichen „Reichsviertel" hin, als auf ein wirtschaftliches und geistig-politisches Kräftespiel, in dem der österreichische Mensch mit der Findigkeit und Gelenkigkeit seines Geistes ersetzen muß, was ihm an realen Machtmitteln fehlt.

Die Handelspolitik der neuen tschechoslowakischen Republik arbeitete, wie schon betont, anfangs auf eine Loslösung aus dem mitteleuropäischen Wirtschaftsbereich und enge Verknüpfung mit den Westmächten hin. Wien sollte als Handelsmetropole durch Prag ersetzt werden. Schon nach wenigen Jahren unrentabler „atlantischer" Handelspolitik erkannten die Tschechen, daß ihre Wirtschaft im Westen wenig zu suchen und zu finden hatte, sondern wohl oder übel dem mitteleuropäischen Wirtschaftsleben verflochten bleibt. Die innige wirtschaftliche Verfilzung der Tschechoslowakei mit dem Reich trat von Jahr zu Jahr deutlicher zu Tage, kaum minder die natürliche wechselseitige Wirtschaftsbeziehung mit Deutschösterreich. Dieses bedarf der sudetenländischen Kohle, des sudetenländischen Zuckers, der sudetenländischen Textil- und Glaswaren. Die Tschechoslowakei kann zahlreiche Industrieerzeugnisse namentlich Wiens kaum entbehren (Seiden- und Metallwaren). Die südosteuropäischen Absatzmärkte, auf die es die tschechoslowakische Wirtschaft abgesehen hat, können von Wien aus besser bedient werden als von Prag. So haben denn die Tschechen erneut auf die verkehrswirtschaftlichen Mittel Wiens zurückgegriffen, in Wien Verkaufsstellen errichtet und die größte Donaustadt wieder als Emporium Südosteuropas anerkannt. Der Anblick des tschechoslowakischen Verkehrsnetzes mußte solchen Sinneswandel erleichtern. Durch die Franz-Josefsbahn, Nordwestbahn und Nordbahn sind Böhmen-Mähren und Österreich verkehrstechnisch inniger verbunden als die westlichen und östlichen Länder der langgestreckten Tschechoslowakei, durch die Längsachsen des Verkehrs zu legen ein schwieriges und wenig ertragreiches Unternehmen ist. In der erneuten handelspolitischen Hinwendung zu Wien können die Tschechen auch nur bestärkt werden durch die unbedeutenden Erfolge der Preßburger Donaumessen, von denen aus man sich gern den südosteuropäischen Markt erschließen möchte.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Österreichs von der Tschechoslowakei ist allerdings ungleich größer als die umgekehrte. Unter den Herkunftsländern der österreichischen Einfuhr stand die Tschechoslowakei 1926 mit einem Anteil von etwa $19^1/_2$% an erster Stelle, wogegen die österreichische Ausfuhr in die Tschechoslowakei kaum 12% der Gesamtausfuhr betrug. Die Vollendung des Rhein-Main-Donau-Kanals und ein großzügiger Ausbau der alpenländischen Wasserkraftwerke

nten Österreich eines großen Teiles der tschechoslowakischen Kohle entraten
en und damit auch die politische Stellung Wiens zu Prag erheblich verbessern.
elches Druckmittel der österreichische Hunger nach sudetenländischer Kohle dar-
t, erhellt am besten aus der Tatsache, daß die Tschechen im Winter 1919/20
Kohlenausfuhr nach Österreich drosselten, weil die Wiener Gemeindeverwal-
g den tschechischen Schulforderungen nicht ganz nachkommen wollte.)
Die tschechische Staatsführung glaubte ja überhaupt, besonders mit dem großen
etendeutschen Kohlen- und Industriegebiet genug machtpolitische Handhaben
besitzen, um sich das von wirtschaftlicher Autarkie weit entfernte Rumpf-
rreich politisch gefügig zu machen. Es ist tragikomisch zu sehen, wie der
heche den entwendeten sudetendeutschen Boden- und Industriereichtum gegen
wirtschaftsarme Deutschösterreich ausspielt. Schon mit dem Vertrag von Lana
Dezember 1921) suchte Benesch Österreich in jene Kleine Entente einzu-
nen, durch die der Tschechenstaat vom ungarischen Alp befreit und mählich
Vormacht Südosteuropas werden wollte. Dem ersten Versuch sind neue ge-
t. Nichts mußte der tschechischen Außenpolitik mehr im Sinne liegen, als
ch eine Bindung Deutschösterreichs an die Tschechoslowakei jenes vom Reiche
drücken und dem großdeutsch-mitteleuropäischen Reichsgedanken die Idee
s „Zentraleuropa" entgegenzusetzen, das von der Lausitz bis zur Adria und
is reichen soll. Hier verkoppeln sich das sudetenländische und deutschöster-
hische Problem in reichsgefährlichster Art. Es ist vorstellbar, daß über dem
etenraum und dem österreichischen Donauland ein völkerrechtliches Gebilde
ächst, das dem Machtverhältnisse nach aus einem tschechoslowakischen Suzerän
einem österreichischen Unterstaat besteht. Fast dünkt es, als ob der tschecho-
akische Staat sich so eine letztmögliche Sicherung vor der neuen deutschen
ßmacht schaffen wolle.

s wird ihm mißlingen. Das Schicksal hat die Tschechen ins „Herzland Ger-
niens" verschlagen, der größte Teil ihrer Vergangenheit spielte sich im Rah-
des Reiches ab, und ihre Zukunft wird in der deutsch-mitteleuropäischen
ensgemeinschaft liegen. Die natürliche Verbundenheit der sudetenländischen
deutschösterreichischen Frage wird sich darin äußern, daß die Annäherung
tschösterreichs ans Reich zwangsläufig zu einer Annäherung und damit Um-
dlung des tschechischen Staatswesen führt, daß umgekehrt die von weltpoli-
hen Entwicklungen abhängige Umwandlung des französischen Pufferstaates
hechoslowakischer Nation" in ein dem Reich verbundenes Gemeinwesen auch
Reichsgliedschaft Österreichs verfestigt.

us den natürlichsten geopolitischen Gründen ist die Aufrechterhaltung eines
echoslowakischen Staates der heutigen Form unmöglich. Die einzelnen Land-
Volksteile der Tschechoslowakei sitzen nur locker aneinander und gravitieren
allen Weltrichtungen. So drängt das tschechoslowakische Staatsgebiet im

Innern zur Förderalisierung, nach außen hin zum Anfall an eine mitteleuropäisch Völker- und Staatenverbindung.

Die geistige Vorbedingung für die politische Reorganisasion des deutsch-mitte europäischen Raumes ist, daß der Deutsche an jedem Punkte Mitteleuropas si nicht nur der Ganzheit des deutschen Volkstums, sondern auch der Ganzheit d deutschen Lebensraumes geistig bemächtigt, und daß jeder großdeutsche Volk teil die Teilaufgabe erfaßt, die ihm der Dienst an dieser Ganzheit stellt. Die da nötige Umformung der politischen Gefühls- und Gedankensphäre wird und m gerade dem österreichischen Menschen möglich sein.

Der deutschösterreichische Mensch wird, wo er sich ins Großdeutschtum e hebt, auch zum Deutschen und Tschechen der Sudetenländer eine neue Ei stellung gewinnen. Er wird im Sudetendeutschtum nicht mehr ein Anhäng Österreichs sehen, sondern erkennen, daß der Sudetendeutsche eine Eigenbestim mung zu erfüllen hat: den reichsunmittelbaren Dienst des Bindegliedes zwisch dem deutschen Norden und dem deutschen und fremdvölkischen Süden. So ble der Sudetendeutsche zwar der österreichischen Tradition und Aufgabe verbunde aber er nimmt gleichzeitig die noch ältere Tradition seiner Reichszugehörigk wieder auf und sucht sie fortzuführen, indem er die einer nordöstlichen und sü östlichen Lebenslinie entlang auseinanderentwickelten deutschen Volksteile üb den toten Winkel des Sudetenraumes hinweg zu binden trachtet.

Auch seine Haltung dem Tschechen gegenüber wird der österreichische Deutsc berichtigen. Er wird ihn ernster nehmen, als es die Wiener Operette tat. D Tscheche ist nun einmal auf dem Weg durch die Weltgeschichte unser Begleit wir müssen eine neue Form des Zusammenlebens mit diesem Volke finden. Da bedarf es des Deutschen völkisch-universaler Prägung, der mit dem nationa Selbstbewußtsein Sinn für fremdes Volkstum verbindet und die alten österreic schen Methoden der Völkerbehandlung neu anzuwenden weiß.

Der Anbau des sudeten- und alpenländischen Doppelstückes an das Reich w ein staatsschöpferischer Akt von weltgeschichtlicher Tragweite sein. Einst ha Frankreich zynisch die „deutsche Libertät“, d. h. die Zerfleischung des deutsch Volkskörpers gefördert. Als auf dem mitteleuropäischen Spielplatz fremdnationa Mächte sich ein deutscher Reichsbau erhob, stieß der Franzose den pathologisch Schrei nach „Rache für Sadowa“ aus. Mit der Begründung der deutschöst reichischen und tschechischen „Libertät“, mit der Errichtung eines „unabhängig deutschösterreichischen und tschechoslowakischen Staates hat Frankreich die de lichste Rache für Königgrätz genommen, hat Frankreich die deutsch-mitteleu päische Lebenseinheit von neuem zerstört. Diese Einheit in neuen staats- u völkerrechtlichen Formen wieder herzustellen, dieser Einheit die Seele eines ne großdeutschen Volksgeistes einzuhauchen, ist die nationale und universale A gabe, die sich dem Deutschen des zwanzigsten Jahrhunderts aufgetan hat.

FRANZ RASSEL:

GEOPOLITISCHE BINDUNGEN UND KRAFTQUELLEN DES FASCHISTISCHEN ITALIENS II

Zu dem negativen Mittel der behinderten Auswanderung kommen positive ßnahmen, wie jene berüchtigte Junggesellensteuer, Prämien für kinderreiche nilien und vor allem eine zielbewußte Sozialpolitik. Mussolini hat selbst in ner Parlamentsrede vom 26. Mai 1927 die reine Bevölkerungszunahme der wichtig- n Großstädte des Reiches (also unter Fortlassung der Truppenverlegungen, Weg- d Zuzüge usw.) für das Jahr 1926 mitgeteilt. Danach hat Turin um 538 Be- hner abgenommen, Mailand nur um 22 Bewohner zugenommen; Genua weist e Zunahme von 158 Bewohnern auf, Palermo dagegen eine solche von 4177, apel von 6695 und Rom sogar von 7925 Bewohnern. Klar zeigt sich die Be- utung der Industriegebiete für eine ungünstige Entwicklung der Bevölkerungs- vegung. Und planmäßig wird deshalb daran gearbeitet, die italienische Indu- e auf ihre bisherigen Gebiete zu beschränken: „Ihr werdet euch daher er- ren können, daß ich keine Industrien rings um Rom haben will" — so hat ssolini selber jene Zahlen kommentiert. Dagegen wird mit größtem Nach- ck die innere landwirtschaftliche Kolonisation betrieben. Die unfruchtbaren biete des Agro Romano, d. h. des der Hauptstadt zunächst gelegenen Teiles Campagna, werden urbar gemacht, die Trockenlegung und Sanierung der lariaverseuchten Sumpfgebiete macht rasche Fortschritte; und ein Dekret, wo- ch jedes Gemeindegebiet eine Waldparzelle umschließen soll, ist als Anfang einer nmäßigen Wiederaufforstung der entwaldeten Gebirge aufzufassen*).

Im Rahmen des eigenen Staates wird jede Wanderung landwirtschaftlicher Art günstigt. Die dünn besiedelten, fruchtbaren Inseln des Dodekanes verlangen ch zahlreichen Arbeitskräften. Jeder ist willkommen — in der Theorie; die axis läßt indessen die Einwanderung ausländischer Arbeiter nur unter solchen schwerungen zu, daß tatsächlich ein Monopol für die italienischen Arbeits- äfte besteht. Schwieriger liegen die Dinge hinsichtlich der afrikanischen Ko- nien. Der pathetische Satz, daß in Afrika Platz für alle sei, erfährt durch die irklichkeit zunächst noch erhebliche Einschränkungen. Noch immer ist das nterland von Tripolitanien nicht ganz befriedet. Den verlockenden Darstellungen s dem Hinterland besonders von Erythräa, aber auch von Somalia steht die tsache gegenüber, daß die bisherigen Ergebnisse für die wenigen Wagemutigen cht durchweg erfreulich waren; z. B. hat man für Somalia Landlose verkauft Gebieten, die nur mit kostspieliger künstlicher Bewässerung besiedelt werden

*) Vgl. Fr. Rassel, Italienische Wirtschaftspolitik. Preuß. Jahrb. 1928.

könnten. Gerade hier ist noch viel Schutt wegzuräumen, den der Schlendria
vergangener Verwaltungen aufgehäuft hat.

Jedenfalls ist aber das faschistische Italien mit Erfolg bemüht, den bisherige
Zustand chronischer Bleichsucht, wie er durch die fortgesetzten Aderlässe eine
starken Auswanderung gegeben war, zu überwinden und erst das Innere de
eigenen Hauses auszubauen und einzurichten, ehe man sich mit den Nachbar
befaßt. Der Grundgedanke der bevölkerungspolitischen Konzentration läßt viel
Fragen der italienischen Politik in anderer Beleuchtung erscheinen, als es nac
den üblichen schematischen Urteilen bisher zu geschehen pflegte.

Da ist zunächst die Frage der völkischen Minderheiten. Da, wie bereits aus
geführt, der Italiener infolge der geschichtlichen Entwicklung seines Landes ei
Rassenbewußtsein im Sinne anderer Völker gar nicht kennt, so gibt es für di
italienische Auffassung höchstens eine Sprachenfrage, und auch in dieser Hinsich
ist man nicht geneigt, etwa zwischen den Deutschen in Südtirol und den Grieche
und Albanern in Süditalien und Sizilien einen grundsätzlichen Unterschied anzu
erkennen. Der territoriale Besitzstand des Staates ist etwas unbedingt Feststehen
des, woran nicht zu rütteln ist — wenigstens nicht im negativen Sinne; wenn di
Grenzen über das heutige italienische Sprachbereich hinausgreifen, so wird da
militärisch oder geschichtlich begründet, und da man sich so gern auf das römisch
Vorbild beruft, so können die hemmungslosen Italianisierungsversuche der volks
fremden Randgebiete nicht weiter wundernehmen. Die Minderheiten sind auch
zahlenmäßig viel zu gering, um das dynamische Gleichgewicht des Staates nennens
wert zu stören. Diese Frage ist aber eigentlich innenpolitisch zu bewerten un
kann daher hier nicht weiter verfolgt werden; für die faschistische Auffassung is
alles, was sich der „unitarischen Konzentration" widersetzt, letzten Endes gleich
bedeutend mit antifaschistisch — ob es sich um Sprachminderheiten oder Frei
maurer, um Nichtkatholiken oder politische Außenseiter handelt. Der Grundsatz
wer nicht für mich ist, der ist wider mich, wird logisch und mit unerbittliche
Folgerichtigkeit auf allen Gebieten durchgeführt.

Unter einem anderen Gesichtspunkt ist die Anschlußfrage zu bewerten. Ab
gesehen von der überflüssigen Brennerdiskussion hat sich das faschistische Italien
hier bisher bemerkenswerter Zurückhaltung befleißigt. Man weiß eben aus eigene
Erfahrung, daß Zusammengehöriges niemals auf die Dauer getrennt gehalten
werden kann. Aber in der nächsten Zukunft will man den Status quo mit einem
schwachen Österreich als Nachbarn aufrechterhalten. Ich glaube nicht, daß man
sich dabei irgendwelchen Illusionen darüber hingibt, auf diesen schwachen Nach-
barn selber je nennenswerten politischen Einfluß gewinnen zu können. Die Be-
satzungszeit von Innsbruck hat die rein negativen Seiten dieser Frage deutlich ge-
nug veranschaulicht. Indessen ist auch diese Frage von wesentlicher Bedeutung
für die innere staatliche Dynamik des neuen Italien — und umgekehrt. Italien

wird sich dem Anschluß so lange grundsätzlich widersetzen, als es dadurch in die Lage eines unterlegenen Nachbarn gegenüber einem bevölkerungspolitisch kräftigeren Anrainer gelangen würde. Noch ist Deutschland allein Italien um rund 20 Mill. Bewohner überlegen; demgegenüber wirkt Österreich mit seinen $6^1/_2$ Mill. Einwohnern, von denen mehr als ein Viertel in der exzentrisch gelegenen Hauptstadt Wien lebt, als selbständiger Staat wie ein luftleerer Zwischenraum, der den übermächtigen größten Staat Mitteleuropas fernhält, während es als Bestandteil desselben die für Italien doppelt unerwünschte Folge noch verstärkten Übergewichts und unmittelbarer Anrainerschaft bedingen würde. Aber in vielen öffentlichen Kundgebungen des faschistischen Italien ist zwischen den Zeilen zu lesen, daß man angesichts der recht gering gewordenen natürlichen Bevölkerungszunahme in Deutschland und der eigenen Vitalität sich der Hoffnung hingibt, die jetzt noch bestehende Spannung erheblich herabzusetzen, wenn nicht ganz aufzuheben.

Anders liegen die Dinge natürlich hinsichtlich einer Donaukonföderation. Eine solche wäre nur mit Einschluß von Jugoslawien denkbar und würde, ganz ohne Rücksicht auf den rein bevölkerungspolitischen Druck, schon aus den einfachsten strategischen Gesichtspunkten den alten Zustand gegenüber Österreich-Ungarn mit seinen für Italien unerträglichen Spannungen wiederaufleben lassen.

Nichts zeugt für den Eingeweihten besser von der Verständnislosigkeit, mit der weite Kreise des Auslandes dem faschistischen Italien gegenüberstehen, als wenn dessen militaristische äußere Aufmachung und die immer wieder in neuen Abwandlungen mit großem Pathos geäußerten starken Redensarten im Sinne eines kriegerischen Draufgängertums gedeutet werden. Gewiß ist das „dritte Heer", die faschistische Miliz, eine erstaunliche militärische Verstärkung hinsichtlich der reinen Zahlengröße. Aber der planmäßige Ausbau der Miliz war nicht möglich, ohne gleichzeitig am Heeresetat erhebliche Einsparungen zu machen. Die verantwortlichen Kreise in Italien wissen ganz genau, daß gerade die Einrichtung der Miliz zunächst alles andere bewirkt hat, als zur Erhöhung der italienischen Gefechtsstärke beizutragen. Die Klagen der Munitionsfabrikanten über verringerte oder ausbleibende Aufträge dringen freilich nicht in die Öffentlichkeit. Aber es ist klar, daß Italien in absehbarer Zeit jedes Interesse hat, von kriegerischen Verwicklungen ferngehalten zu bleiben. Mit Fug und Recht sind die Meldungen über Kriegsvorbereitungen anläßlich des Konflikts mit Jugoslawien wegen des Vertrages mit Albanien, über Einmarschpläne in Österreich anläßlich der Wiener Unruhen usw. von den amtlichen italienischen Stellen als Ammenmärchen bezeichnet worden. Das faschistische Italien braucht Zeit, um seine weitausgreifenden Pläne ausreifen zu lassen; und die überlegene Klugheit seines Leiters bürgt dafür, daß es diese zwangsläufige Entwicklung nicht durch fragwürdige kriegerische Experimente unnütz gefährden wird.

Das System der Miliz geht Hand in Hand mit den für Italien im Wesentlichen ganz neuartigen und bisher unerhörten Bestrebungen auf körperliche Ertüchtigung der Jugend. Die erstaunliche Entwicklung des italienischen Alpenklubs ist ein äußerliches Kennzeichen dafür, wenn auch natürlich diese Entwicklung schon aus rein klimatischen Gründen in Norditalien besonders rasche Fortschritte macht. Ganz planmäßig und folgerichtig wird das Fundament der staatlichen Wehrhaftigkeit von Grund aus neu aufgeführt; und erst wenn dieses Fundament gesichert ist, wird auch für den Oberbau eine solide Ausgestaltung möglich sein. Erst in solchem Zusammenhang gewinnen die Kindergruppen der „Balilla" und die Jugendorganisationen der faschistischen Pfadfinder („Avanguardisti") eine Bedeutung für Volk und Staat, die über ihre gegenwärtige Rolle einer mitunter recht oberflächlichen militärischen Spielerei weit hinausreicht.

Aber es ist klar, daß eine solche zielbewußt angestrebte Volkswehrhaftigkeit in ihrer unbedingt wirklichkeitsgebundenen Nüchternheit für pazifistische Ideologien irgendwelcher Art kein Verständnis aufkommen läßt. Es muß jedoch betont werden, daß kein Widerspruch darin liegt, wenn Italien mit offensichtlicher Geringschätzigkeit dem Genfer Völkerbunde und seinen übernationalen Bestrebungen gegenübersteht und zur Seeabrüstungskonferenz nur einen Beobachter entsandte, während es gleichzeitig immer wieder seine Friedfertigkeit betont und mit ostentativem Eifer an der Schlichtung internationaler Konflikte wie am Abschluß von Schiedsverträgen teilnimmt. Das faschistische Italien weiß, daß seine Pläne zwangsläufig im Laufe der Zeit sich erfüllen werden, wenn man sie nur ungestört ausreifen läßt; es läßt sich ebensowenig in der Wahl seiner Mittel durch pazifistische Rücksichten einschränken, wie es durch irgendwelche Gewaltsamkeiten die natürliche Entwicklung überstürzen will.

So gleicht denn das faschistische Italien einer Festung mit einem sorgfältig nach allen Richtungen hin vorgeschobenen Glacis, dessen Ausbau und dessen rückwärtige Verbindungen aber noch nicht vollendet sind. Die bevölkerungspolitische Dynamik soll diese Vollendung mit unwiderstehlicher Zwangsläufigkeit in einer gewiß gar nicht einmal so übermäßig nahen Zukunft bewirken. Die hemmungslose Unbedenklichkeit, mit der der neue Staat über geschichtlich Gewordenes oder im Gefühlsleben des Einzelnen Verwurzeltes hinweggeht, erleichtert es der Regierung, das ins Auge gefaßte große Ziel mit unbeugsamer Beharrlichkeit und mit immer neuen Mitteln zu verfolgen. Die provinzielle Neueinteilung im Januar 1927 war mehr als eine Verwaltungsvereinfachung; man braucht nur darauf hinzuweisen, daß die Provinz Neapel in ihren früheren Grenzen (die teilweise in ihrer Begründung bis in die Völkerwanderungszeit hinaufreichen!) eine Volksdichte von 1646, in den neuen nach ihrer Vereinigung mit dem größten Teil der früheren Provinz Caserta dagegen eine solche von 631 Bewohnern auf den Quadratkilometer besitzt, um an der darin liegenden gewaltigen wirtschafts-

nd sozialpolitischen inneren Entspannung (obschon natürlich an der Verteilung der
ewohner selber sich nichts geändert hat) wieder ein Merkmal der weitschauenden
lgemeinen politischen Pläne zu erkennen. Aus dem Kommentar, den Mussolini
lbst zu dieser Neueinteilung gegeben hat, ist zu entnehmen, daß künftig nach
der Volkszählung dort, wo es sich als zweckmäßig erweist, weitere derartige
eränderungen vorgenommen werden können. Die gleichzeitig erfolgte Zusammen-
igung von Zwerggemeinden fällt dagegen überwiegend unter die Maßnahmen
er reinen Verwaltungspolitik, die zweckmäßig im Rahmen der faschistischen
nenpolitik zu erörtern wäre.

Die Festung Italien bildet mit den afrikanischen Besitzungen eine Einheit. Ein-
elne vorgeschobene Brückenköpfe geben Gelegenheit zu lehrreichen Einblicken
die inneren Zusammenhänge der faschistischen Außenpolitik.

Dalmatien ist nach wie vor mit Italien nicht vereinigt. An positiven Gewinnen
außenpolitischer Hinsicht kann die faschistische Regierung bisher nur auf Fiume,
ie Vorschiebung der tripolitanischen Ostgrenze auf den 25. Grad ö. L. (unter Einschluß
er Oase Dscharabub) und die Wiedergewinnung des westlich des Juba gelegenen
eils von Somalia hinweisen. Der im Krieg besetzte Teil von Albanien ist nach
ie vor geräumt, und die kleinasiatischen Träume sind nach der Erstarkung der
euen Türkei verflogen. Selbst der Vorstoß auf Korfu, der nur aus der mangeln-
en Erfahrung des kaum zur Macht gelangten Faschismus, aus seinem revolutio-
ären Tatendrang und aus der in der ersten Zeit vielfach zutage tretenden Über-
ragung innerpolitischer Methoden auf die Außenpolitik zu verstehen ist und
eute nicht mehr denkbar wäre, endete mit einem wenig ruhmreichen Rückzug.

Aber vor all diesen unerreichten Zielen liegen heute gleichsam moralische
rückenköpfe, die sie stärker bedrohen, als dies je mit militärischen Mitteln mög-
ch gewesen wäre. Es gibt nicht nur eine besondere faschistische Organisation,
ie das Interesse an Dalmatien erwecken und wachhalten soll. Man hat nicht nur
Bari eine neue Universität gegründet, deren Hauptaufgabe den Problemen der
alkanländer gewidmet sein soll. Nicht nur liegt vor dem Hafen von Valona die
alienische Festung der Insel Saseno, vor den Buchten von Karien der Dodekanes
it den befestigten Inseln Leros und Kalymnos (dem kleinen Castellorizzo kommt
agegen gegenüber der Steilküste des unzugänglichen Lykien wohl keine beson-
ere strategische Bedeutung zu), schneiden Zara und Lagosta wichtige Teile aus
er jugoslawischen Adriaküste heraus. Man sucht nach Wohnplätzen für den
berschuß der Bevölkerung und verteilt diese planmäßig nicht nur an den
r zusagenden Orten, sondern gerade auch in den politisch wichtigen Gebieten.
er Strom der Saisonarbeiter, die nach wie vor in großer Anzahl alljährlich nach
üdfrankreich ziehen, ist nur noch ein politischer Vortrupp; was hinter den Ku-
ssen vorgeht, wird nur gelegentlich deutlich: die Erleichterung der Naturalisie-
ungsbestimmungen in Frankreich hat in der italienischen Presse einen Entrü-

stungssturm hervorgerufen, der bei äußerlicher Betrachtung der Dinge wenig ver-
ständlich wäre. Gerade in Savoyen und Nizza haben die italienischen Auswanderer
eine politische Aufgabe zu erfüllen: sie sind der Hebel, mit dem, bei entsprechend
gewachsenem bevölkerungsdynamischem Druck des Mutterlandes, die Heimat des
Königshauses wie Garibaldis vielleicht einmal wieder aus den Angeln ihrer
französischen Verklammerung gehoben werden kann.

Ähnliches gilt von Tunis. Hier haben von jeher die Italiener den größten An-
teil der europäischen Bevölkerung gestellt. Freilich handelt es sich um Arbeiter
und kleine Kaufleute; und das Gepräge des Landes, soweit es nicht noch arabisch
ist, ist so wenig italienisch, wie einst dasjenige von Posen polnisch oder von Memel
litauisch war. Aber wenn auch die Zahl der herrschenden Franzosen nicht nur
im Kreise der Beamten und Militärs allmählich eine steigende Bedeutung ge-
wonnen hat, so ist doch Tunis für Italien heute genau so gut Terra irredenta.
Und auch hier erfreuen sich die italienischen Einwohner des besonderen Schutzes
der Heimat. Auch hier wird ihnen bewußt und planmäßig, wenn auch mit ge-
schickter Unauffälligkeit, die gleiche Rolle zugeteilt, die die italienischen Auswan-
derer in Südfrankreich zu erfüllen haben. Es sind hier wie dort bevölkerungs-
politische Brückenköpfe, die einer späteren politischen Entwicklung den Weg zu
bereiten haben. Keinesfalls kommt den Pelagischen Inseln im Meere zwischen
Sizilien und der tunesischen Küste eine offensive Bedeutung zu, obschon sie natür-
lich vorteilhafte Flottenstützpunkte darstellen. Sicherer als alle militärischen Maß-
nahmen müssen jene demographischen Entwicklungen zum Ziele führen, die hier
wie überall die größte Aufmerksamkeit verdienen.

Auch Tripolis ist ein Brückenkopf. Es wird meist nicht beachtet, daß die Grenzen
dieser Kolonie bisher nur im Osten und Westen feststehen. Die Südgrenze ver-
läuft auf den Karten meist längs des 22. Breitengrades; aber hier ist nichts fest-
gelegt, und offiziös hat man in Italien erst unlängst erklärt, daß die seinerzeit
mit der Türkei getroffenen Vereinbarungen, durch welche die französischen und
britischen Interessensphären im Sudan abgegrenzt wurden, seitens der italienischen
Regierung nicht als bindend anerkannt werden könnten. So läßt z. B. der neue
Atlas von Agostini die Südgrenze der Kolonie von den Bergen von Tummo in
südöstlicher Richtung quer durch Tibesti und bis nach Ennedi an der Grenze
von Darfur verlaufen — eine „Annexion" auf dem Papier, die in Frankreich
große Entrüstung hervorgerufen hat und jedenfalls zeigt, daß in diesen Gegen-
den hinsichtlich der politischen Aufteilung noch nicht das letzte Wort gespro-
chen ist. Einstweilen hat Italien kein Interesse daran, diese Fragen einer Ent-
scheidung zuzuführen; denn die Umgebung der Kufra-Oasen wie das ganze süd-
liche Hinterland der Kolonie ist militärisch noch nicht genügend gesichert. Erst
wenn dies der Fall ist und die in den Küstengebieten erfolgreich begonnene An-
siedlung italienischer Bevölkerung weiter ins Innere hinein vorgeschoben werden

kann, werden jene Fragen ihre Bedeutung erlangen, — wenn nicht strategische oder Prestigegründe eine vorzeitige Lösung erforderlich machen*).

Über die italienischen Interessen, die von Tripolis nach Ägypten hinübergreifen, ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt. Jeder Besucher von Alexandrien weiß freilich, daß in dieser Stadt das Italienische eine Umgangssprache ist. Der Besuch des Königs von Ägypten in Italien, wo für ihn starke persönliche Erinnerungen eine Rolle spielen, hat in der italienischen Presse einen besonders herzlichen Widerhall gefunden; auch hier hofft man wohl, durch eine planmäßige bevölkerungsdynamische Beeinflussung endgültig Erfolge erzielen zu können, wie sie der rein militärisch begründeten britischen Oberherrschaft nicht beschieden sein konnten.

Deutlicher ist in der letzten Zeit die Brückenkopfstellung der Kolonie Erythräa hervorgetreten. Der Vertrag mit dem Imam von Jemen ist, unter Berücksichtigung der klimatisch-ethnographischen Unterschiede, im Grunde ein vollkommenes Gegenstück zu demjenigen mit Albanien. Mit unverhohlenem Mißfallen hat man in Italien britische Verhandlungsversuche mit demselben südarabischen Staat begleitet; die Schwierigkeiten der Besiedlung, die im fieberschwangeren Tieflande der erythräischen Küste fast unüberwindlich erscheinen, sind auf dem trockenen arabischen Gegengestade offenbar viel weniger ausschlaggebend. Auch hier erstrebt man zunächst nur Siedelungsland für die Auswanderer — einen „sbocco" für den ständig wachsenden Bevölkerungsüberschuß; aber es kann hier erst recht keinem Zweifel unterliegen, daß der Freundschaftsvertrag mit einem halbzivilisierten einheimischen Fürsten nur der Vorläufer künftiger Pläne sein kann.

So dringt also das neue Italien friedlich und unauffällig, aber planmäßig und nachhaltig und daher wohl auch mit viel sichereren Erfolgsaussichten als die alten Methoden militärischer Kolonialpolitik in das Gefüge der südlichen Randländer des Mittelmeeres ein. Erythräa-Jemen, Sizilien-Tunis sind Meilensteine einer ebenso großartigen wie folgenschweren Politik. Die Minen, die England hier springen läßt, gelten der Verteidigung eines Lebensnerves des britischen Weltreiches: denn die Bedeutung von Gibraltar und Malta, des Suezkanals und des Sudan wird in dem Augenblick illusorisch, wo jene beiden Meilensteine von italienischer Seite wirklich aufgerichtet werden können. Darum hütet sich das offizielle Italien auch wohl, diese Pläne allzusehr ins Sonnenlicht öffentlicher Erörterungen gelangen zu lassen; vielmehr hat es sich anscheinend zunächst anderen, näher liegenden Zielen zugewandt, für deren Erreichung es noch der britischen Freundschaft bedarf.

---

*) Die italienische Stellungnahme zur Frage einer Neuverteilung der afrikanischen Kolonialmandate wie die marokkanische Demonstration sind in ganz ähnlicher Weise zu bewerten: man sucht unter demographischer Begründung nach Kompensationsobjekten, die zu gegebener Zeit die Erreichung der imperialistischen Ziele erleichtern könnten.

Da ist zunächst das Balkangebiet. Albanien in seiner primitven Rückständigkeit und Unaufgeschlossenheit, zugleich den Ausläufern von Apulien so nahe benachbart, bietet einen vorzüglichen „sbocco“ für italienische Unternehmungslust. Es ist in seiner Art natürlich auch eine Art von Brückenkopf; aber die Unwegsamkeit und Unwirtlichkeit des innerbalkanischen Hinterlandes läßt dem Lande keine größere geopolitische Bedeutung zukommen als etwa Dalmatien. Immerhin sind die venezianischen Traditionen nicht vergessen; und zwischen Albanien und dem Dodekanes wird Griechenland mit seinen 6 Mill. Bewohnern immer stärker dem bevölkerungsdynamischen Druck des übermächtigen Nachbarn ausgesetzt sein.

So rundet sich das Bild eines neuitalienischen mediterranen Imperialismus, neben dem alles andere nur Begleiterscheinungen sind. Die Unterstützung Rumäniens, die Annäherung an Ungarn haben wohl auch wirtschaftliche Bedeutung, sind aber doch überwiegend als Gegenspiel gegen die französischen Versuche einer Donaukonföderation zu bewerten, deren Unerträglichkeit für Italien bereits dargelegt wurde. Diese Gegnerstellung zu Frankreich ist also einstweilen aus reinen Sicherheitsgründen zu verstehen: hier steht der gefährlichere Gegner, der zunächst unschädlich gemacht werden muß. Daher ist eine Anlehnung an England das Gegebene, auch wenn darüber die Reibungsflächen und Interessengegensätze mit diesem zunächst in den Hintergrund treten müssen. Aber es ist eine Politik freiwilliger Gefolgschaft, nicht mehr wie früher eine unbedingte Abhängigkeit (oder wenigstens das Gefühl einer solchen) von Verbündeten, die infolge ihrer politischen Vormachtstellung maßgebend waren. Das neue Italien betreibt keine französische oder englische, keine alliierte oder sonstwie gebundene, sondern eine rein italienische Politik, die von Fall zu Fall ihre Entscheidungen trifft und den anderen Mächten sich anschließt oder fernbleibt und die alle ihre Beziehungen auch zu anderen Staaten den eigenen großen und weitschauenden Zielen unterordnet.

Freilich ist eine solche Politik auf weite Sicht nur dann möglich, wenn auch die wirtschaftlichen Bindungen und Abhängigkeiten nicht allzu übermächtig werden. Auch in dieser Hinsicht sucht das faschistische Italien mit Erfolg die alten Fesseln abzustreifen. Um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die Getreideeinfuhr zu drosseln, hat man acht Jahre nach dem Kriege eine stärkere Ausmahlung des Brotgetreides verordnet, die nicht gerade zur Verbesserung dieses Hauptnahrungsmittels beigetragen hat. Und wenn auch diese Verordnung aus innerpolitischen Gründen für Sizilien wie für die von Österreich „erlösten“ neuerworbenen Gebiete keine Geltung hat, so wird sie doch sonst im ganzen Lande mit größter Strenge durchgeführt. Die Sperre für die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte, die lebhafte Propaganda für die Erzeugnisse der einheimischen Industrie dienen dem gleichen Ziel, ohne Rücksicht darauf, daß sie dem Geiste der abgeschlossenen Handelsverträge widersprechen oder — wie etwa im Falle des deutsch-italienischen Luftverkehrs, wo deutschen Flugzeugen die paritätische

Behandlung lange verweigert wurde — eine intensivere Ausgestaltung des internationalen Verkehrs erschweren. Die autarkischen Bestrebungen der italienischen Wirtschaftspolitik sind oft Gegenstand des Spottes, der Kritik und schärfster Bekämpfung; aber sie sind ein notwendiges Glied im logischen Zusammenhang einer weitgespannten Gesamtpolitik — wobei natürlich nicht gesagt werden soll, daß die ausschließliche Beschränkung auf die rein italienischen Gesichtspunkte gerade in der Wirtschaftspolitik praktisch durchführbar oder auch nur zweckmäßig ist.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, auch unter dem Vorbehalt mancher Kritik im einzelnen, daß das neue Italien im Gegensatz zur Vergangenheit die geopolitischen Gegebenheiten und Möglichkeiten nicht mehr mit tatenloser Resignation als ein unvermeidliches Schicksal mit guten und bösen Seiten hinnimmt, sondern sich mit Erfolg bemüht, diese Gegebenheiten und Möglichkeiten im Rahmen eines politischen Programmes dienstbar und nutzbringend zu machen, dessen äußere Umrisse der römischen Vergangenheit entlehnt sein mögen, dessen Methoden und Inhalt jedoch durchaus neuartig und vielleicht für die Zukunft richtungweisend sind.

*
* *

DIE NEUE HEBRIDEN-INSELGRUPPE IM STILLEN OZEAN II

und ihr britisch-französisches „Kondominium"

Um 1906 war die Situation derartig kritisch geworden, daß die beiden Regierungen in recht unliebsame Verlegenheit gerieten. Der Kabelwechsel in dieser Angelegenheit soll während eines jener Werbediners stattgefunden haben, als König Eduard in Paris weilte und sich gern von den Poincaréschen Flüsterstimmen der den Weltfrieden sichernden Einkreisung des deutschen Vetters umbuhlen ließ. So bot sich hier gleich einmal eine Probe praktischer Bestätigung der platonischen entente cordiale, und man beschloß mit der Geste des sich innigen Verstehens, das beiderseitige enfant terrible in der fernen Südsee unter gemeinsames Kuratel zu stellen. Zur Ehrung des gerade anwesenden Königs von Spanien wurde bei Anregung des Kondominiumgedankens dann diesem die Ernennung eines Spaniers als Präsidenten des Vereinigten Obersten Gerichtshofes überlassen. Es zeugt vom feinen Verständnis der heiklen Lage und vom Witz des Königs, daß er einen schwerhörigen und sprachunkundigen alten Herrn mit dem deutungsreichen Namen Compte de Buena Esperanza erwählte. Dis englisch-französischen Vereinbarungen wurden am 20. Oktober 1907 ratifiziert; nach Erledigung der langwierigen Vorarbeiten trat dann am 2. Dezember 1907 die neue Verwaltung in Kraft und Tätigkeit.

Berücksichtigt man nun, daß die Bevölkerung des gesamten Kondominiums, das auch die Banks und Torresinseln einschließt, im Jahre 1906 kaum 70000 Eingeborene zählte, deren Anzahl um 1914 auf 65000 und inzwischen auf 55000 zurückgegangen sein soll, daß ferner, über die vielen Inseln verstreut, kaum 1200 Weiße daselbst ansässig sind, und daß von dieser kleinen Zahl wiederum 18% Beamte und fast 20% Missionsangestellte sind, daß schließlich der jährliche Durchschnittsexporthandel zwischen 1922—1925 kaum 170000 Sterling erreicht, so erhellt sich schon ziffernmäßig die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit des Gebietes und die ganze Farce der politischen Konstruktion, deren großzügiger Verwaltungsapparat die Karikaturwirkung nur verstärkt. Der englische High Commissioner von Fiji und der französische Generalgouverneur von Neu-Kaledonien sind administrativ oberste Verwaltungsinstanz, indessen ihre weite Entfernung vom Schauplatz gibt den Resident Commissioners in Port Vila eine weit größere Selbständigkeit, als ursprünglich zugedacht. Diese beiden englischen und französischen Kommissare haben wieder je einen örtlichen Vertreter und verschiedene Untervertreter auf den größeren entlegenen Inseln. Hinzu kommen die Inspektoren, die Ober- und Untersekretäre, die Dolmetscher, Registraturbeamten, Schreiber und Boten, ferner die Post-, Zoll- und Polizeibeamten usw., und diese ganze Herrlichkeit in doppelter Garnitur. Alsdann die englischen und französischen Gerichtsbeamten, sowie die des Obergerichts mit seinem spanischen Präsidenten, dem zur Rechten und Linken je ein englischer und ein französischer Richter beisitzen, ergänzt durch zwei holländische Oberbeamte als Staatsanwalt und Advokat der Eingeborenen. Auf diese Weise konnte sich bald das unscheinbare Port Vila ein stattliches, neues Gepräge verleihen und mit seinen vielen repräsentativen Verwaltungsgebäuden manch wesentliche Kolonialstadt in den Schatten stellen.

Von den ungefähr 1200 Weißen gibt es einschließlich der Beamten und Missionare nur gegen 340 Engländer in der Gruppe, während die Franzosen ungefähr 800 betragen: der Rest setzt sich aus sonstigen Ausländern zusammen. Die Deutschen wurden bald nach Kriegsausbruch deportiert. Ziffernmäßig sind die Franzosen also unbedingt überlegen. Abgesehen von den Beamten und Missionaren, einigen Dutzend Kaufleuten und Gewerbetreibenden, auch begnadeten Sträflingen aus Neu-Kaledonien, besteht die Hauptanzahl der Franzosen aus Plantagenbesitzern und deren Aufsichtsbeamten. Es handelt sich bei ihnen zumeist um Kaffee-, Kakao- und Baumwollplantagen, die mit geringen Ausnahmen schlecht angelegt und häufig vernachlässigt sind. Einerseits liegt der Betrieb ganz in Händen landwirtschaftlich ungeschulter Menschen, die beim plötzlichen Auftreten der unausbleiblichen Tropenkrankheiten der Kulturen versagen mußten, auf der anderen Seite fehlte es seit Jahrzehnten an der erforderlichen Menge eingeborener Arbeiter, die sie nicht zu behandeln wissen und häufig

nug mißhandelt und ausgebeutet haben. Unterernährung, dumpfe, feuchte aubhüttenbehausung, übermäßige Beschäftigung, unfähige und nachlässige rankenbehandlung sind noch die mildesten und durchaus nicht vereinzelten hattenseiten dieses Kapitels, das reich an kriminellen Teilen ist. Wie bereits wähnt, legt man den Presbyterianern zur Last, die Arbeiter von französischen antagen zurückzuhalten. Der Vorwurf ist berechtigt, doch nicht minder die oralische Begründung auf seiten der Missionare. Seit Kriegsende sollen die anzosen die Arbeiterfrage durch Einführung chinesischer Kulis bedeutend leichtert haben. Die Behandlung soll auch einige Jahre lang auf Grund sorgmer Überwachung durch Regierungsinspektoren leidlich gewesen sein, inessen tauchen bereits wieder die Angriffe der englischen Missionare auf, so daß an annehmen kann, daß der alte Schlendrian der Aufsichtslosigkeit erneut einsetzt hat.

Daß sich die französischen Pflanzer überhaupt so lange halten konnten, vernken sie einerseits der geradezu leichtsinnigen Kreditgewährung der französihen Bank- und Warenhäuser Ballande fils und G. de Béchade und mehr noch r vielen Vergünstigungen seitens ihrer Regierung, die ihnen fast den vollen infuhrzoll ihrer Produkte nach Frankreich zurückvergütet. Dies gibt den Fransen den englischen Pflanzern gegenüber einen ungeheuren Vorsprung, erhalten e doch auf diese Weise etwa 80% höhere Preise als die durchschnittlicher Norungen. Die wirtschaftliche Überlegenheit der numerisch erheblich überlegenen anzosen ist also eine rein künstliche. Die Engländer argumentieren außerdem, aß sie selbst, trotz gegenteiliger französischer Behauptungen, wirtschaftlich übergen wären, da der Löwenanteil des allerdings nur 170000 Pfund Sterling beagenden Exporthandels durch ihre Hände gehe, indem sie fast den gesamten oprahandel der Weißen und der Eingeborenen kontrollierten. Wenn schon der anzösische Einfuhrhandel für den Konsum der Weißen größer als der ihrige sei, uf der andern Seite würden wieder die Einfuhrwaren für den Handel mit den ingeborenen größtenteils durch englische Firmen via Australien bezogen. Ferner ien die meisten französischen Plantagen überschuldet und verschrieben, während ie Nußpflanzungen der Engländer meistens unbelastet, jedenfalls aber existenzhig wären. Ebenso arbeiteten sämtliche englischen Handelsfirmen mit leidlichem ewinn, die französischen dagegen seit Jahren mit schweren Verlusten. Sie önnten ihr Fiasko lediglich durch die den ihnen verschuldeten Pflanzungen ugute kommenden Subsidien decken. Zu guter Letzt würde der ganze Kunstapparat er Neuen Hebriden überhaupt zusammenbrechen, falls die englisch-australische chiffahrtsverbindung eingestellt würde; sie sei der Lebensnerv der weitverzettelen Gruppe, die, wäre sie auf die unregelmäßigen Verbindungen der französischen eukaledonien-Dampfer angewiesen, im Handel bald ebenso verfallen müßte wie er Arbeitsbetrieb auf den Plantagen.

Die ständige Kontroverse zwischen Franzosen und Engländern besagt zur G
nüge, daß die Einsetzung und Verwaltung des Kondominiums als Mi
erfolg zu betrachten ist. Da der Gemeinschaftsgedanke von vornherein nicht n
vernachlässigt, sondern von den Franzosen durch amtliche Handlungen u
Äußerungen seitens der Kommissare und Unterbeamten geradezu bekämpft wurd
indem die individuellen nationalen Tendenzen immer wieder ausschlaggebe
waren, so wurde dieser Gedanke überhaupt zur Phrase. Auf der anderen Sei
muß man den Engländern bestätigen, daß sie mit geradezu pedantischer Genaui
keit die Gemeinschaftsvereinbarungen, oft gegen die eigensten Interessen, befol
haben. Was in dieser Beziehung bis 1914 galt, soll sich inzwischen nur no
schärfer ausgeprägt haben, und sowohl die englischen Missionen als auch d
englischen Pflanzer verhehlen ihre Mißstimmung nicht länger und fürchten, f
gern zu müssen, daß man sie letzten Endes französischen Aspirationen opfern wi
Und aus ebendiesem Grunde haben seit einiger Zeit wieder die scharfen Angrif
eingesetzt, die die Engländer allgemein teilen, aber der Führung der Presby
terianer überlassen, denn sie allein können mit nötigem Nachdruck und Einflu
die englisch-australische öffentliche Meinung und die Regierungskreise selbst a
spornen.

Ob die Notwendigkeit zur Aufmunterung überhaupt erforderlich ist, inde
man irrtümlich die kühle, berechnende englische Gleichgültigkeit als das wah
Gesicht betrachtet, muß bezweifelt werden. Im Gegenteil, die amtlichen Äuß
rungen lassen darüber keinen Zweifel. Sie sind der öffentlichen Diskussion zw
unbekannt und auch nicht an die öffentliche Meinung gerichtet, sondern an d
Eigentümer-Adresse selbst. Es handelt sich um die Protokolle der zwar sch
um 12 Jahre zurückliegenden Neuen Hebriden-Konferenz vom 10. Juni 1914, d
wegen Ausbruch des Krieges vorzeitig am 6. August desselben Jahres abgeschloss
wurde. Die neuen Vereinbarungen dieser Konferenz wurden erst 8 Jahre spät
am 18. März 1922 ratifiziert.

Das Protokoll dieser Konferenz wurde im Auftrage der Australischen Bunde
regierung im Juli 1923 veröffentlicht. (The Protocoll respecting the New Hebrid
Convention of 1914 and papers relating to it. Albert J. Mullett, Governme
Printer Victoria. — No. 24. — F. 8292.)

Die Engländer hatten für diese Konferenz ein umfangreiches Programm b
treffs weitgehender Verbesserungen in Verwaltungsangelegenheiten ausgearbeite
besonders auch das Gerichtswesen betreffend und in bezug auf beschleunigte A
wicklung der in Grundbucheintragungen schwebenden vielen und leidenschaf
lichen Reklamationen der Eingeborenen.

Vergleicht man die Konferenzergebnisse mit den ursprünglichen Programm
forderungen der Engländer, die besonders auf eine Verwirklichung des bislan
vernachlässigten Gemeinschaftsgedankens hinzielten, so ergibt sich ein ausge

prochener Mißerfolg dieser Absichten. Das englische Protokoll bemäntelt diese Tatsache mit dem Hinweis, daß die Verschiedenheit parlamentarischer Gebräuche s den französischen Delegierten unmöglich gemacht habe, derartig weitgehende Zugeständnisse zu machen, die nach französischem Gesetz nicht nur der Ratifizierung seitens des Parlaments bedurft hätten, sondern auch vorher einer ausdrücklichen Regierungsdiskussion. Der wirkliche Grund der französischen Zugeknöpftheit während dieser Konferenz war der, daß die Franzosen wünschten, die Zukunftsfrage der Inseln aufgeworfen zu sehen. Der neukaledonische Generalgouverneur und sein Administrator in Port Vila hatten Monate vor Konferenzbeginn mehrfach in öffentlich kommentierten Reden, auf die Konferenz hindeutend, betont, daß die französische Regierung die Zeit für gekommen erachte, ihre Selbständigkeitsforderungen eines ausschließlich französischen Protektorates über die Inseln geltend zu machen, da es offenkundig sei, daß, was wirtschaftliche Interessen angehe und das über zweifache Übergewicht französischer Kolonisten berücksichtigend, die gemeinschaftliche Verwaltung mit den Engländern ein unbilliges Verlangen wäre, um so mehr, da die Inseln schon rein geographisch zu dem benachbarten französischen Neu-Kaledonien gehörten.

Die Engländer parierten dies, indem sie rechtzeitig für öffentliche Bekanntgabe der amtlichen Instruktionen an ihre Delegierten sorgten. Diese Instruktionen des damaligen Außenministers E. Grey, datiert unterm 9. Juni 1914, lauten die französischen Selbständigkeitspläne betreffend, wie folgt:

„Sie sind nicht ermächtigt, irgend solche Vorschläge, sofern sie gemacht werden, zu diskutieren, da dies schwere Probleme zeitigen würde — (as grave issues would be involved), — die vorherige sorgfältige Besprechungen zwischen den Regierungen Seiner Majestät mit den Regierungen Australiens und Neu-Seelands erfordern würden; indessen sollen Sie sorgfältige Kenntnis von ihnen nehmen und mir diese berichten."

Dieser Wink, besonders zu Zeiten der sich zuspitzenden europäischen Krise genügte, doch quittierten die Franzosen mit der Ablehnung oder doch Abschwächung sämtlicher Programmpunkte, die auf eine Betonung des mehr gemeinsamen Verwaltungsgedankens in Verwirklichung des Kondominiums hinstrebten.

Bemerkenswert nun, im Zusammenhang mit obigem ist ein bei Übersendung jenes Konferenz-Protokolls beigefügter Despatch des damaligen englischen Unterstaatssekretärs für die Kolonien, L. Harcourt, datiert vom 21. September 1914 und adressiert an den australischen Generalgouverneur. Es heißt darin, die englisch-australische Regierungsansicht festlegend, wie folgt:

„Keine der beiden Konventionsparteien von 1906 war bereit, ihre Rechte und Interessen an den Neuen Hebriden zugunsten der anderen Partei aufzugeben, und die Akquisition unter vollständige Oberherrschaft seitens einer der Mächte oder ein ungeteiltes Protektorat war deshalb undurchführbar. Kein Vorschlag

betreffs einer Teilung der Inseln unter den beiden Mächten wurde zwischen ihre betreffenden Regierungen beratschlagt und ebenso wurde kein ähnlicher Vor schlag seitens der beiden Delegationen während der Konferenz diskutiert. Währen es zugegeben werden muß, daß eine Teilung der Inseln viele Schwierigkeiten die jetzt die Verwaltungsarbeit in den Neuen Hebriden behindern, aufhebe würde, so würde dies wiederum nur neue Schwierigkeiten sehr ernsten Charakter heraufbeschwören. Es ist möglich, daß es sich letzten Endes als das Beste ode gar als die einzige Lösung aus den von mir erwähnten Schwierigkeiten heraus stellen möchte. Indessen Seiner Majestät Regierung würde erheblich mehr Infor mationen benötigen, als sie ihr zur Zeit zur Verfügung stehen und ebenso rei lichere Überlegung geben müssen, als ihr das bislang in Anbetracht der dam verbundenen vielen Folgerungen möglich war, ehe sie bereit sein könne, mit de französischen Regierung wegen irgendeines Teilungprojektes der Neuen Hebride in Diskussion zu treten. — Es wurde deshalb notwendig, das bestehende System unter dem die Neuen Hebriden eine gemeinschaftliche Einflußsphäre bilden, m allen sich aus diesem System offenkundig ergebenden Nachteilen als die Grund lage der Diskussionen hinzunehmen und die Arbeiten der Konferenz auf die Be mühung zu beschränken, diese Schwächen herabzumindern, usw. usw."

Dieser Despatch dürfte nicht einfach als zusammenfassender, formeller Begleit brief des Protokolls auszulegen sein; man geht wohl nicht fehl, anzunehmen, da er zwar an den australischen Generalgouverneur adressiert, aber an die Fran zosen selbst gerichtet ist und mit Aufmerksamkeit zwischen den Zeilen gelese werden soll.

Seitdem sind nun 12 Jahre verstrichen, doch die englisch-australische Besitzbestrebungen dürften nur zugenommen haben, zumal die Problem des Ostens immer akuter geworden sind.

Die im Ausbau befindliche Singapore-Flottenbasis als Kern- un Stützpunkt zwischen Indien, Ceylon, Hongkong, Australien und Neu Seeland, zieht auch die benachbarten, bisher unwesentlicheren Insel gebiete intimer in die wachsende Interessensphäre britischen Besitze So betrachtet, gewinnen auch die Neuen Hebriden mit ihren verschiedenen Natur häfen an strategischer und verkehrswirtschaftlicher Bedeutung, zumal di Verkehrsprobleme selbst, zu Wasser, Luft und Land, bei der sich überbietende technischen Entwicklung immer gegenstandsloser werden. Deshalb würden di Inseln, falls in französischem Besitz, ein fehlendes, wichtiges Glied in der englisch australischen Verbindungskette sein.

Wie alle ihre verzettelten, unwirtschaftlichen Kolonialgebiete, so gelten auc die Neuen Hebriden den Franzosen lediglich als Prestige und, da der Neu-Kaledoniengebiet so eng benachbart, in diesem Falle mit besonderer Be tonung. Im französischen Budget und mehr noch in privatwirtschaftlicher Bezie

nung stellen sie seit langem eine schwere Belastung vor, die zum Gegenstand selbst in gar keinem Verhältnis steht. Das schuldenbedrückte, am Inflationsabgrunde schwankende Frankreich wird eben umlernen müssen, um einzusehen, daß es sich den Luxus derartig entlegener Objekte der Prestige nicht länger leisten kann und daß es ein günstiges Schicksalsgeschenk ist, Tauschobjekte in der Hand zu haben, die in Anbetracht anderweitiger Nachfrage Zugkraft und Wert besitzen. Es erscheint fast undenkbar, daß die geschäftsschlauen Briten bei den kürzlichen Rückzahlungsverhandlungen mit Frankreich derartige Abschreibungsopfer brachten, ohne sich nicht unter Ausnutzung der Lage die gewünschten Konzessionen in dieser doch einmal zur Austragung kommenden Teilungsfrage gesichert zu haben. Vielleicht, daß das Schicksal längst besiegelt ist und daß man nur noch den günstigen Zeitpunkt der formellen Bekanntgabe abwartet.

Wie auch immer, die in einem, zwar schon weit zurückliegenden Leitartikel des australischen „Sydney Morning Herald“ vom 16. Oktober 1913 ausgesprochene Ansicht dürfte heute mit nur noch größerem Nachdruck die maßgebliche englisch-australische Meinung vertreten:

„Die überwiegende Vorherrschaft Großbritanniens im Pazifischen Ozean gibt uns eine Position, die sich nicht fortleugnen läßt, und das sollte ausschlaggebend sein . . . Britischer Einfluß und Unternehmungsgeist im Stillen Ozean sind von wachsender Bedeutung; dasselbe läßt sich von den Franzosen nicht sagen, und das unvermeidliche Ende muß unser eignes, alles andere überlebende Recht sein, was auch für Zugeständnisse wir immer bereit sein möchten, den Rechten Frankreichs einzuräumen.“

Maximilian Esterer:

DIE IDEE CHINAS

Der Verfasser versucht im Gegensatz zu den unmittelbar am politischen Leben Jung-Chinas beteiligten Mitarbeitern der „Geopolitik“ in Ostasien die Idee Chinas, das dauernde Antlitz herauszuarbeiten. Wir haben ihm gerade deshalb gerne Raum gegeben und empfehlen unsern Lesern, diesen Aufsatz der Aufsatzfolge Gustav Amanns über Sun Yat Sens Vermächtnis (in den Jahrgängen 1925/27) nun bewußt gegenüberzustellen, und sich klarzumachen, daß nur aus der früheren oder späteren Vereinigung der Dauerlinie und der Erneurungsbewegung ein junges China mit positiven Vorzeichen entstehen kann, aus dem der Wood-be-Westler und Studenten-Dauerrevolutionär genau so verschwinden muß, wie der Mandschu-Höfling der Kaiserin-Regentin.

Karl Haushofer.

I. Werden und Wesen der chinesischen Idee

In den Anfängen der Zivilisation traten die Menschen im engen Verbande ihres Stammes auf. Die Kultur schuf später den weiteren Verband der Nation. Nation bedeutet: die Hervorgegangene, die Geborene. Die Gebärende ist hierbei

die Idee, welche die Menschen sich über Lebensbedeutung und Lebensziel zu eigen machen.

In den Kampf- und Wanderjahren der Menschheit, in denen es nur um Lebensunterhalt und Wohnstätten ging, schuf also den Zusammenhalt die Blutsbande; im Streben nach der Verwirklichung der Idee schlossen seelische Bande zusammen. Dem biogenetischen Grundgesetz kann man ein psycho-genetisches anreihen, denn auch wir stehen im Kreise von Eltern und nächsten Blutsverwandten, solange wir Unterhalt und Versorgung brauchen; sobald in uns aber die Ideen frei werden, tritt das Blutsband zurück und Neigung und Freundschaft treten vor.

In den Zeiten höchster Kultur werden die Stammesbande am schwächsten, ja verschwinden gänzlich. In der hohen Zeit deutscher Kultur entstand ein Drang, die Grenze der Nation zu verwischen und Weltbürgertum zu erstreben.

Ein Überblick über die Völkergeschichte lehrt uns, daß die Kulturgemeinschaft der Nation die größten Kräfte schafft, die darüber hinausgehende Entwicklung zum Weltbürgertum aber den Verlust innerer Kräfte bedeutet. Ein höheres Gesetz scheint nicht zuzulassen, daß ein „All Eins" entsteht. Der transzendente Grund hierfür dürfte im allgemeinen Naturgesetz der Differenzierung, der Aufrechterhaltung verschiedenen Potentials liegen: der Menschenverband muß gegen den Menschenverband im Streben und Streiten liegen. In diesem Kampf um ihre Idee entwickelt sich allein die kraftvolle Volksseele, eben die Idee des Menschenverbandes, und sie schafft sich den Körper, welchen wir Staat nennen. Alle unsere Urteile über eine Nation entstehen in Wirklichkeit nur an ihrem Körper, dem Staat, den sie bildet.

Die Idee einer Nation vermögen wir in der Gegenwart, oder gar vorausschauend, schlecht zu bewerten. Die stolze Überzeugung von unserer eigenen „deutschen Idee" war durch den beispiellosen Aufstieg des Staates entstanden und erwies sich als falsch. Sobald unsere ungeheuren materiellen Kräfte an der Übermacht der feindlichen Zusammenballung ein Halt geboten fanden, brachen wir seelisch zusammen. Das folgende und heute noch andauernde Chaos überzeugt uns jetzt, daß schon vor dem Kriege der Körper Staat der deutschen Idee mehr Halt gab als die Seele dem Staate. Wahrscheinlich sind die „Ideen" unserer Gegner nicht minder krank; alsdann haben wir die Erkenntnis und das Streben nach Gesundung voraus.

Die Bewährung in den Wechselfällen des äußeren Geschickes ist uns ohne Zweifel der beste Prüfstein für ein Urteil über eine Nation. Wenden wir diesen Prüfstein auf die chinesische Nation an, so zeigt uns ein flüchtiger Blick auf die Entstehung dieser Nation ein überraschendes Ergebnis, und die wirksamen Komponenten treten so klar hervor, daß wir leichter als bei anderen Nationen den Weg zur „Idee Chinas" finden können.

Geschichte und sagenumwobene Tradition dienen für eine solche Forschung

gleich gut, denn die Tradition ist nichts anderes, als eine Verklärung des Willens der Nation selbst. In der Tradition und Sage zeigt sich die Idee eines Volkes unverzerrt von Hemmungen und Störungen des Geschickes, also so, wie das Volk sich erleben will.

Tradition und geschichtliche Anhaltspunkte weisen uns um 3000 v. Chr., also in der Zeit der geschichtlichen Dämmerung der Erde, eine chinesische Völkerschaft am mittleren Hoangho als Ackerbauer nach. Ihr ganzes Sinnen und Trachten ist darauf gerichtet, den Boden zu bestellen und fruchtbar zu machen. Alle kriegerischen Züge fehlen. Aller Kampf richtet sich nur auf den Schutz des urbar gemachten Bodens gegen Menschen und Naturgewalten, und das große chinesische Urepos ist kein indischer Mahabarata, keine griechische Odyssee und kein Nibelungenlied: es ist ein Sang auf die Urbarmachung der Erde. Der Held des Epos ist Yü. Alte Steine mit kaum entzifferbaren Inschriften auf den heiligen Bergen Chinas, vor allem dem im Herzen Chinas gelegenen Yo-lu-shan, singen und rühmen, wie er die feindlichen Wasser bändigte, Vögel nisten machte, wo giftige Sümpfe Tod aushauchten, und menschliche Hütten mit Familienglück erstehen ließ, wo der Boden vorher jeden Samen mordete. Der Sang auf Yü ist der alte Adelsbrief für das Bauerntum und machte es bis heute zum ersten Stande im Staate. Die Steintafeln mit dem Preise Yüs sind das Kredo der chinesischen Nation. Himmel und Erde erscheinen als miteinander ringende Mächte. Spätere Aufzeichnungen erläutern den Himmel als das zeugende Prinzip, das Yang, und die Erde als das empfangende und gebärende Prinzip, das Yin. Aus der jährlich wiederkehrenden Vereinigung im Frühling entsprießt dem Boden in des Sommers Höhe die Ernte als Folge der Vermählung. Das Menschengeschlecht ist als Priestertum in das Weben des Überirdischen und Irdischen eingeschaltet, als Dienerin des Himmels, ihm die Erde näherzubringen. Seinen obersten Auftrag gegenüber den Menschen hat der Himmel dem Kaiser als seinem Sohne anvertraut, und er ist verantwortlich für die treue Pflichterfüllung der Menschen, welchen durch fruchtbare Jahre und freundliches Geschehen in der ganzen Natur Lohn und Dank wird, über deren ungenügende Erfüllung der Pflicht aber der Himmel seinen Zorn durch Mißernten, Fluten und strafende Naturereignisse ausdrückt.

Die sittliche Aufgabe des Kaisers ist, dem Volke durch sein bloßes Wesen ohne Taten, „durch Handeln ohne Wirken“ Vorbild zu sein. Seine Ergebenheit gegenüber dem Himmel und seine Verbundenheit mit der Erde drückt der Kaiser aus, wenn er in der ersten Frühlingssonne den Pflug durch die Äcker des Ackerbautempels führt und im Herbst nach geborgener Ernte auf dem hohen weißen Marmoraltar des Himmelstempels Feldfrüchte im Feuer opfert. Es ist ein Dienst der Fruchtbarkeit, eingestellt auf die geheimnisvolle Einheit des Zeugenden und Gebärenden, des Yang und Yin.

So ewig wie diese Wechselwirkung und gleich ungeteilt ist dieses Priestertum in der Familie. Die Familie und nicht der einzelne Mensch ist die kleinste Zelle der Nation. Der Vater geht am Ende seines Lebens hinüber zu den „gelben Quellen“, der ruhenden Heimat alles Werdens; von dort wirkt er aber in seinem Sohne weiter, und sein Segen bestimmt des Sohnes Erfolg. Über den Himmel kommt der Vater wieder in ewiger Wiederkehr.

Diese Religion duldet keine Selbstsucht, sondern verlangt selbstlose Eingliederung ins Ganze. Der Einzelne ist nichts, die Generation alles, und die Natur wird in ihrer Vernichtung des Einzelwesens nicht als feindlich betrachtet, denn die Gattung erhält sie in unverbrüchlicher Treue.

Die Auffassung der Familie als Bauzelle des Lebens gegenüber der Bewertung der Persönlichkeit bildet den grundlegenden Unterschied zwischen der chinesischen Kultur und unserer griechisch-römischen Kulturwelt. Es ist für uns unfaßbar, wie leichten Herzens der Chinese für das tatsächliche oder vermeintliche Wohl seiner Generation das Leben hingibt, und die gleiche Unterordnung des Ich's wie im Familienleben gilt im Staatsleben. Schon vor Yü treten in der Überlieferung die Gestalten Yao und Shun als heilige Vorbilder für Lebensführung hervor. Yao erkennt trotz eigener hohen Tugenden Shun als den besseren und fähigeren zur Führung des Volkes und tritt ihm freien Sinnes die Leitung des Reiches ab.

Während Yao, Shun und Yü als mythische Idealgestalten neben unseren Helden des Nibelungenliedes stehen, also nur als Träger der Idee des Nationalwesens Wahrheit besitzen, zeigt die später beginnende Geschichte der politischen Tatsachen ein nüchterneres Gepräge. Wir sehen die Chinesen durch die Kraft des Pfluges und ihrer Weltanschauung langsam in die bestellbaren Gebiete des heutigen Chinas vordringen, mit dem Pfluge erobernd und mit dem Schwerte die Fluren sichernd, die arbeitswilligen eingesessenen Völkerschaften aufsaugend, die kriegerischen in die Berge zurückdrängend. Das Reich wird nur so weit ausgefüllt als der Bodenbau geht. In Gebirgsstöcken, die nur Jagd und Weideland bieten, sitzen heute noch unbestimmbare Rassen tributär oder völlig unabhängig und leben ungestört von den mächtig gewordenen Chinesen, solange sie die Felder des Bauern unbehelligt lassen. Eine getreue politische Karte von China würde das überraschende Bild zeigen, daß innerhalb der Reichsgrenzen weite freie Gebirgsländer liegen, von denen die kriegerischen mit Wachtürmen oder hohen Ummauerungen in Bann gehalten werden.

Das sich von Norden nach dem Süden vorwärts ackernde Chinesentum überschritt erst etwa 1000 v. Chr. den Yangtse. Um Christi Geburt, zur Zeit der Han-Dynastie, füllt es etwa die heutigen Staatsgrenzen des eigentlichen China aus, wobei der ganze volkreiche Süden fast nur durch die Assimilationskraft des chinesischen Wesens und der chinesischen Kultur angeschlossen wird.

Um diese Zeit ist das Land bereits reich und groß geworden und das mächtigste Reich der Erde. Der Überfluß wird angewendet, große gepflasterte Straßen für Verwaltungs- und Verkehrszwecke Tausende von Kilometern quer durch das Land zu ziehen, und gegen die Begehrlichkeit der nordischen Turkvölker die chinesische Mauer zu bauen. Die weitere Geschichte bis auf unsere Tage zeigt dann ein ewig wechselndes Auf und Nieder; Erscheinen kraftvoller neuer Dynastien, Niedergang bis zum Erlöschen des „Mandates des Himmels“ im Kaiser, dem Sohne des Himmels, mit Hungersnöten, Überschwemmungen und jahrzehntelangen Wirren, bis auf unsere Tage. China ist siegreich aus allen diesen Zeiten der Unrast und des Leidens hervorgegangen, und die heutigen Erscheinungen sind weder nach Umfang noch nach Dauer etwas Besonderes. Der Einbruch der Hung-niu (Hunnen) war nach Umfang und Dauer nicht unbedeutender, als der heutige Ansturm des Westens. Der Geist des Volkes, seine Seele, blieb unbeeinflußt und wird unbeeinflußt bleiben. 395 Millionen Bauern leben auch heute abseits von allen Kriegswirren, in welche das Geschick von 5 Millionen verstrickt wird. Neue Kräfte sind jetzt im Erstehen, welche in der Stille den Kampf gegen Westeuropa vorbereiten und das Land aufs neue abschließen wollen, nachdem sie durch 60 Jahre Zeit hatten, die äußere Wucht unserer westlichen Kultur als Gefahr für ihre eigene erkennen zu lernen. China hat in dieser Zeit der Demütigung von uns die militärischen Abwehrwaffen zu seiner Verteidigung erhalten. Es will der Industrialisierung, soweit sie über die engsten Bedürfnisse und über die Forderungen besseren Verkehrs hinausgeht, Halt gebieten, und die rasche Verminderung des europäischen Einflusses seit 20 Jahren droht in einen neuen vollständigen Ausschluß der Europäer durch friedliche Mittel überzugehen.

Welches sind nun die Kräfte, welche China seinen Bestand durch die Jahrtausende gaben und ihm Fortbestand und Weiterentwicklung mit größerer Gewähr voraussagen, als wir sie für unsere eigene westliche Kultur besitzen?

II. Die Ethik des Chinesen

Die Wurzeln der chinesischen Weltanschauung und Religion berührten wir bereits bei der Erwähnung der Heroen Yü, Yao und Shun. Die in der Jugend des Volkes entstandenen und ausgereiften Ideen und Kräfte faßte um das Jahr 500 v. Chr. Kung Fu-tze, ein hoher Staatsbeamter des kleinen Herzogtums Lu in der heutigen Provinz Schantung, zusammen. Kung, von uns Konfuzius genannt, ist als echter Chinese keine Neues bringende Persönlichkeit, kein Schöpfer, sondern seinen eigenen Worten gemäß nur Ausleger der Volksseele. Er kräftigte aber durch seine Sammlungen und Auslegung des chinesischen Wesens die Sitten und die Ethik des Volkes in solchem Maße, daß in ihm alles Gute verkörpert gesehen wird. Konfuzius ist der Träger der chinesischen Idee. Im Lun-Yü, den Gesprächen mit seinen Schülern, brachte er das Alltagsleben in feste Formen, wobei er die

Frage nach jeder Verbindung mit dem Jenseits einem seiner Schüler durch die Antwort abschneidet: Was fragen wir nach dem Jenseits, da wir mit dem Diesseits so schwer fertig werden! — Die Lehren über das Leben im Diesseits enthalten aber genug, um gut vorbereitet in das Jenseits einzugehen, und dadurch erübrigte sich eigentlicher Gottesglaube.

Die Grundlage der konfuzianischen Ethik sind die „Fünf Beziehungen"; es sind das die Beziehung:

1. zwischen Fürst und Beamten,
2. „ Vater und Sohn,
3. „ Bruder und Bruder,
4. „ Mann und Frau,
5. „ Freund und Freund.

Diese fünf Beziehungen, die jedem Kinde von frühester Jugend an eingeimpften „Wu-Hsiao", bedeuten für den Übergeordneten nur Pflichten, für den Untergeordneten fast nur Rechte. Sie schließen die Kette zwischen Himmel und Erde innerhalb des Lebens und ordnen die Menschen in das Yang-Yin ein. Der Begriff des Himmels, des Tien, ist vieldeutig und für uns schwer erfaßbar. Er hat nichts mit einem Orte der Seligkeit und nichts mit einem Gottesbegriff zu tun, sondern er ist gleichbedeutend mit der unpersönlichen Höchsten Macht. Der Wille des Himmels ist auf Erden im Kaiser, dem Tien-tze oder Himmelssohn, verkörpert. Es entsteht dadurch die Beziehung: Himmel — Kaiser. Da der Himmel gut ist, so muß auch der Kaiser gut sein, solange er wahrer Beauftragter des Himmels ist. Ist aber der Kaiser gut, so sind es auch seine Beamten, und das Reich hat Freunde und Blüte. Ist der Beamte gut, so wirken auch im Untertanen gute Kräfte, denn der Mensch hat in seiner Wurzel nichts Böses. Das erste Schulbuch des Chinesen, das San-tze-Ching beginnt: „Die Menschen sind von Natur aus gut und einander nahe; das Leben führt sie auseinander und verdirbt ihr Herz." Am Leben des jungen Meng-tze, des bekannten großen Weisen zeigt diese Vereinigung von Bibel und Katechismus den Einfluß der Lebensgewohnheiten und der Umgebung auf das Wesen des Menschen im Guten und Schlechten.

Wie für das äußere Leben, gilt die Macht des Vorbildes auch für das innere, und es ist die letzte Höhe der chinesischen Ethik, die eigene Natur so zu veredeln, daß sie durch bloßes Dasein, ohne zu handeln, auf die Mitmenschen veredelnd und segensvoll wirkt. Hierin liegt der scharfe Gegensatz zwischen dem christlichen Mitleid und der Vollbringung guter Werke, und der chinesischen Selbstvervollkommnung. In diesem Gegensatz liegt auch unsere Fremdheit gegenüber der Ethik der Chinesen. Für den Chinesen ist jeder Mensch durch sein Wesen der Bildner seines Schicksals, welches also als bloße äußere Erscheinung des inneren Seins abläuft, und in dessen Ablauf der Nächste nicht ohne weiteres handelnd eingreifen darf. An die Stelle des tätigen Mitleides tritt die Treue gegen

e mit ihm durch die fünf Beziehungen Verbundenen, und auch hierfür erwar-
t der Chinese weder im Diesseits noch im Jenseits einen Lohn, sondern einziger
ohn für die erlangte Vollkommenheit ist die eigene Brust, das Wissen um den
rtbestand seiner Familie als gutem Glied des Ganzen. In der Arbeit an sich
lbst wird nur das vom Himmel Gewollte, die Pflicht erfüllt. Es wäre aber
lsch, damit Wärme und Herzensgüte aus dem Leben des Chinesen ausgeschaltet
glauben. Allerdings zeigt sich die Güte im gewöhnlichen Leben wohl mehr
s Unterlassung des Bösetuns, innerhalb der fünf Beziehungen tritt aber die tat-
äftigste, aufopferndste und dabei selbstverständlichste Nächstenliebe als Folge
anszendenter Verantwortlichkeit auf.

Für uns scheinen die Auswirkungen dieser Verantwortlichkeit herb und hart:
er Kaiser wird entthront, wenn die Erde keinen Segen trägt und Mißernte,
berschwemmungen und Hungersnot kommen. Die Zensoren und Weisen des
andes warnen den Kaiser und bitten ihn, in sich zu gehen, den Ernst ihrer
ahnung häufig mit Selbstmord siegelnd. — Der Beamte, in dessen Verwaltungs-
biet die Sitten niedergehen und Gewalttaten einziehen, wird angeklagt und
gesetzt. Vater, Mutter und Geschwister von Kindern, die unmenschliche Ver-
echen begehen, werden ausgerottet, denn es haben sich „Stamm und Wurzel
s verderbt und schlecht erwiesen“. Der Freund trägt die Verantwortung für
e Lebensführung des Freundes, und es hat kein Geiz Platz, wenn es gilt ihm
helfen, insbesondere wenn Dankesschuld abzutragen ist.

Die Durchführung dieser Idee der Verantwortlichkeit bedingt eine von der
nseren völlig verschiedene Erziehung und Bildung. Für Wissens- und Fach-
ldung ist dabei kein Platz, und die eigentliche Bildung des Wesens ist alles. Die
nterlagen dafür sind die klassischen Bücher, welche die Lebensweisheiten und
ehren der alten Zeiten enthalten. Wer sich diesen Besitz völlig erworben hat,
er ist fähig zur Ausübung jedes Amtes im Reiche. Er ist heute Erzieher der
aiserlichen Prinzen, verwaltet morgen die Reichsfinanzen und ist übermorgen
eldherr. Der Chinese ist mit dieser Bildung in seiner Geschichte gut gefahren,
nd viele Beispiele beweisen, daß solche Besten im Staate mit Erfolg den größten
efahren steuern konnten.

Heute ist diese alte Erziehungs- und Bildungsform verlassen, jedoch sie wohnt noch
ef im Volke, denn noch im letzten Jahrhundert hat ein stiller Gelehrter, Tseng-Kuo-
ng, siegreich jene Revolution geendet, welche von 1850—1867 in einem Ausmaße
nd mit inneren Triebkräften, welche nur der russischen Revolution zu vergleichen
nd, das Land in Aufruhr versetzte und 50 Mill. Menschen vernichtete. Dabei
hrten zugleich europäische Mächte Krieg gegen China. Trotzdem geleitete Tseng-
uo-fang den Staat nicht nur geschlossen aus der Krisis hervor, sondern auch bereit,
neuer Größe aufzusteigen, wenn nicht in der Folge die überlegenen Waffen
uropas den Staat unaufhörlich geschwächt und gedemütigt hätten.

In tiefem Zusammenhang mit der Bewertung des inneren Menschen steht di äußere Einordnung der menschlichen Tätigkeit. Es ist schon gesagt, daß der ers Stand im Reiche der Bauernstand ist. Neben ihm als gleichwertig steht nur de Gelehrte, denn wie der Bauer Werte für das Leben und Bestehen des Volke schafft, so versorgt der Gelehrte seine Seele mit geistigen Werten. An den Bauer schließt sich an der Bergmann, als Heber der in der Erde gelagerten Bodenschätze Ihre Bedeutung wird aber nicht nur weit unter die Gewinnung der Feldfrüch gestellt, sondern die Hebung der Mineralien wurde zu allen Zeiten durch streng Gesetze eingeschränkt, von manchen der besten Kaiser sogar völlig verboten, da mit nicht „unbrauchbarer Reichtum und Luxus“ Platz griffen. Als dritter Stan folgt der Gewerbetreibende im weitesten Sinne: Handwerker, Ingenieure un Naturwissenschaftler gehören gemeinsam in diese dritte Klasse der Kung-jen, de Arbeitsamen. Ihre Tätigkeit wird aber nur als mittelbare für den Dienst gegen über Himmel und Erde angesehen, denn sie schaffen nicht selbst, sondern ve arbeiten nur, was die Erde gegeben hat. Eine große Stufe unter dem dritte Stand steht der vierte, der des Kaufmannes. Der Kaufmann vermittelt nur, wa die drei ersten Stände gegeben haben, ohne selbst zu verarbeiten. Der größt Reichtum bringt den Kaufmann im Range dem Bauern nicht näher, wie der reich Bankier im einstigen Deutschland zum Offizier stand.

Mit dem Kaufmann ist die Reihe der ehrlichen Stände abgeschlossen, denn di übrigen vernichten und zerstören, was gewachsen und geboren wurde. Zu ihn gehören Schlächter, Barbier, Soldat, Henker und Schauspieler. Der Schauspiele weil er als Lügner und charakterlos gilt, so gern auch das Volk seine Dar stellungen sieht; indem der Schauspieler dabei die verschiedensten menschliche Charaktere annimmt, spricht man ihm einen wirklichen eigenen Charakter un die Möglichkeit seiner Vervollkommnung ab.

III. China und wir

Die Betrachtung des Chinesentums und seiner Idee zeigt uns unzweifelhaft groß und hohe Werte. Wir sind nicht imstande gewesen, davon Gewinn zu ziehen, den unsere ganze Kultur ist zu verschieden und die chinesische Kultur zu sehr in sic geschlossen, als daß eine Entlehnung möglich wäre oder Nutzen böte. China ha seinerseits unsere wahre Kultur zurückgewiesen. Die Entsendung von Missionare muß bei näherer Überlegung gegenüber einer Ethik von tausendjähriger Be währung als ein hochmütiger Versuch angesehen werden, Brauchbares zu geben Der gebildete Chinese sah zu jeder Zeit geringschätzig und unwillig auf ein Missionstätigkeit herab, welche keine Einheit zwischen Lehre und Ausübung in Leben aufzuweisen hatte; für ihn ist unsere Kultur nur eine „Maschinenkultur“ welche hinter ungeheuren äußeren Kräften ein innerliches Chaos aufweist. Ei großer chinesischer Gelehrter sagte in den letzten Jahren über China in seinen

gensatz zum Westen: „Unsere Zivilisation ist die älteste der Erde. Sie muß halb noch nicht die beste sein, doch kann man kaum daraus folgern, daß sie schlechteste sei. Gerade dieses Alter hat eine Beharrlichkeit der Einrichtung eugt, die für uns nur Bestätigung bedeutet, und die wir bei allen Nationen ropas vergeblich suchen. Unsere Zivilisation ist aber nicht allein eine beharr-he, sondern sie verkörpert auch ein ethisches Gesetz. In der eurigen hingegen nnen wir nur ein ökonomisches Chaos erblicken. Ich mag auch nicht darüber eiten, ob eure Religion besser als die unsrige ist. Eines ist sicher: sie hat weit-s weniger Einfluß auf eure Gesellschaft. Eure Kultur war, wiewohl ihr euch als risten bekennt, doch niemals eine christliche. Die unsrige ist aber durch und rch Konfuzianisch. Konfuzianisch bedeutet, daß sie sittlich ist, oder doch zu-ndest die Sittlichkeit ihr Leitsatz ist. Bei euch hat es aber für uns den An-hein, daß an erste Stelle wirtschaftliche Erwägungen gesetzt sind, auf welche r dann gerade nur soviel Sittlichkeit aufpropft, als die wirtschaftlichen Er-gungen zulassen."

Diese Worte eines bedeutenden Mannes lassen die heutigen Vorgänge in China beachtet abseits liegen und wohl mit Recht. Die chinesische Idee ist vom esten nur gestört worden, und wir sehen den Kampf der Abwehr, um zu sich bst zurückkehren zu können: die Idee Chinas wird weiterleben. Eine Rück-hr zu sich selbst und Ablehnung der westlichen Kultur dürfte der Inhalt des heimen Testaments Sun Yat-sens sein.

WALTER KNOCHE:

AS NUMERISCHE VERHÄLTNIS DER GESCHLECHTER IN CHILE I

In der Anthropogeographie kaum behandelt scheint ein Punkt größter Be-eutung für die Kulturentwicklung der Menschheit, nämlich die räumliche Ver-ilung der Geschlechter; wäre es möglich, diese Betrachtung in historischer erspektive vorzunehmen, so würde sie an Vertiefung gewinnen. Ist doch mit ieser Verteilung in engster Weise das sexuelle Problem verknüpft, und nach em Selbsterhaltungstrieb müssen wir wohl der Sexualität den hervorragendsten influß auf die Entwicklung unserer Gesellschaft zuweisen. Ganz zweifellos werden ewisse Auswirkungen dieses Triebes sich in verschiedener Weise äußern, je nach-em, ob das männliche Geschlecht in einer gewissen Landschaft oder einer poli-schen Einheit überwiegt, dem weiblichen gleich oder ihm unterlegen ist. Bis einem gewissen Grade wird die Relation der Geschlechter sicher durch das ndschaftliche Milieu im engeren und weiteren Sinne bestimmt, und es ist viel-

leicht für die Anthropogeographie eine der verlockendsten Aufgaben, dieser Er-
scheinung nachzugehen.

Zu untersuchen ist, ob es naturbedingte Landschaften gibt, welche einen Ein-
fluß auf das Verhältnis der Geschlechter ausüben, oder ob nur kulturbeding
Landschaften dazu imstande sind, ganz abgesehen von dem Einfluß der Mensche
selbst, der nach Belieben die Fähigkeit hat, das eine Geschlecht künstlich zu be-
schränken. Eine derartige Beschränkung kann wiederum aus der Landschaft er-
klärt werden. Man betrachte z. B. gewisse Teile Chinas, dessen Bevölkerungsdicht
im Verhältnis zur Ökonomie eine weitere Vermehrung der Bevölkerung nicht zu-
läßt.

Die Lebensführung besonders in sexueller und hygienischer Hinsicht dürft
gleichfalls eine Rolle spielen; desgleichen psychorassiale Anlagen. Auch die
können bedingt sein durch die landschaftliche Umgebung einer vergangen
Epoche, Einflüsse, welche als Erbmasse in eine neue Umgebung übertragen werde
Ob Matriarchat und Patriarchat allein von der Art der Bodenkultur im Sinn
Eduard Hahns und ähnlichen Faktoren abhängig sind, oder ob nicht eine un-
gleiche Verteilung der Geschlechter und damit Wertung von Mann und Frau zu-
einander eine Rolle spielen, ist heute kaum festzustellen, da statistische Angab
in dieser Hinsicht fast völlig fehlen oder, wo sie vorhanden sind, irreführen könne
Für die Osterinsel wird beispielsweise dauernd von allen Reisenden seit der Ent-
deckung durch Roggeveen bis in die neueste Zeit ein Minus an Frauen ange-
geben. In der Tat scheint aber das Verhältnis des weiblichen zum männlich
Geschlecht insgesamt ungefähr normal zu sein, während aber mehr erwachsen
Männer als erwachsene Frauen vorhanden sind. Sollte dies richtig sein, so müß
ein Faktor bestehen, welcher die Mädchen schnell hinwegrafft. Möglicherwei
ist es der zu frühzeitig einsetzende geschlechtliche Verkehr, der diese Wirkun
ausübt, also ein Faktor psychisch-rassialer Natur; dieser könnte dadurch bedin
sein, daß die Osterinsulaner, von denen wir wissen, daß sie aus dem Inselgebi
des heutigen französischen Polynesiens auswanderten, in diesem für sie dama
autochthonen Gebiete mit einem wärmeren Klima schneller heranreiften, so da
was ursprünglich organisch berechtigt war, später in einer neuen klimatisch
Umgebung für sie zu einem schweren Schaden wurde.

Finden sich in einer abgeschlossenen Gruppe nur wenige Frauen, so werde
dieselben immer einen Seltenheitswert gewinnen, nur daß dieser Wert in ve
schiedenartiger Form seine Einschätzung erhält. Bei rohen, triebhaften Völker
wird es unter den Männern zu lebhaften Kämpfen kommen und der Stärkste sic
des Weibchens bemächtigen. Im übrigen wird sie umworben werden, und d
Frau, sich dieses Umworbenseins bewußt, wird in der Lage sein, ihre Stellung
jeder Hinsicht zu verbessern, sich von schwerer Arbeit freizuhalten u. a. Sie wi
in einem kleineren oder größeren Kreise Herrscherin sein und bis zu eine

wissen Grade im öffentlichen Leben durchdringen. Da, wo die Frau in der ehrzahl ist, wo also das Gegengeschlecht eine vollkommene Befriedigung seiner ünsche findet, wird die Lage der Frau sich ungünstiger gestalten; der Mann ist chst begehrt und wird, dieses Zustandes bewußt, die Frau unterdrücken und vor allem zur Arbeit zwingen. Die Frau wird unter derartigen Verhältnissen einem Vermögensobjekt werden und nur vorzüglich in dieser Hinsicht Wertung fahren, eine Wertung, die aber immer nach der Versklavung gerichtet sein wird. Ein ausgezeichnetes Beispiel hierzu bietet die Republik Paraguay nach dem ldenhaften Vernichtungskriege, den sie gegen die Tripelallianz Argentinien, Braien und Uruguay führte (1865—1870). Während vor diesem Ereignisse Männer d Frauen allem Anscheine nach in etwa gleichem Verhältnis vorhanden waren, obei die Frau die ihr in allen südamerikanischen Staaten zukommende Stellung, enn auch in der Abgeschlossenheit der Familie, innehatte, trat nach dem Ergnisse eine vollkommene Änderung ein, als auf acht Frauen nur noch ein Mann zählt wurde. Der Mann wurde das begehrteste Objekt, der eine schrankenlose ahl ausübte, so daß die Ehe als soziale oder kirchliche Institution aufhörte, ährend eine durch keine Gesetze eingeengte Vielweiberei in Erscheinung trat ne Gewohnheit, die erst in der neuesten Zeit, lange nach Ausgleich der Gehlechter, allmählich zurückgeht. Die Frau wurde das Arbeitstier und schaffte r den Mann, welcher an geistigen Werten verlor. So wandelte sich der kleine aat trotz seiner Abgeschlossenheit — und in jener so verkehrsarmen Zeit — aus nem kulturell und zivilisatorisch hochstehenden Gebilde zu der bedeutungssesten Nation Ibero-Amerikas, in der auch heute noch das weibliche Geschlecht as männliche an Gehalt übertrifft.

Im Falle des Überwiegens des männlichen Geschlechtes wird die amilienkonstitution sich gelegentlich den gegebenen Verhältnissen anpassen nd — wie etwa in Tibet — zu einer (in diesem Land auf die Brüder beschränkten) olyandrie führen; oder aber es wird die Frau zur Herrscherin.

Nehmen wir weiterhin einen typischen Fall der menschlichen Kulturentwicklung eraus: nämlich die Kolonisierung bewohnter oder leerer Räume. Es ist der hysisch stärkere Mann, welcher als Eroberer auftritt; sind die Räume leer, um en Boden durch harte Arbeit in Kulturland zu wandeln; oder aber, ist das Geet besetzt, die Ureinwohner zu unterdrücken resp. auszurotten. Je nach der asse der Eroberer wird das eine oder das andere der Fall sein.

Betrachten wir als typische Beispiele die neuen Erdteile Australien und die eiden Amerika; Nordamerika zum größten Teil und Australien wurden von ermanischen Völkern besiedelt. Dis Ureinwohner wurden in beiden Gebieten fast ernichtet, und in dem dann leeren Raume begann die kolonisatorische Arbeit. Schon unter den ersten Ankömmlingen überwiegen naturgemäß die Männer, nd in dem Maße, wie die Kolonisation im Kampfe gegen eingeborene Völker, gegen

die Unbilden eines harten Klimas und einer herben, unerschlossenen Natur in Nor amerika nach Westen vordringt, wurde der Anteil der Frauen unter den neu Siedlern spärlicher; nur harte Männerfaust konnte die Wälder roden und urb machen, konnte über die unwegsamen Rocky Mountains den Großen Oze erreichen. Erst in der neuesten Zeit ist — trotzdem unter den zahlreichen, a allen Völkern zusammengesetzten Einwanderern das männliche Geschlecht in d Überzahl blieb — eine Parität der Geschlechter erreicht worden.

Von der Besiedelung an konnte also die Frau eine besondere Wertung erfahre die sich in einer Bevölkerung nordischen Ursprungs und voll tief empfunden Religiosität darin äußern mußte, daß dem Weib, nicht nur als Frau und Mutte sondern als Mädchen, als dem von allen Jungleuten begehrten Wesen, eine u endliche Hochachtung, ein grenzenloser Respekt entgegengebracht wurde. Hie her gehören die grausamen Bestrafungen, die schwarze oder weiße Frauenschänd durch Volksurteil erfuhren; bis in die heutige Zeit blieb den Bewohnern d angelsächsischen Nordamerikas dieser Respekt, wenn auch oft nur als äuße Form; die Polizeigesetze vieler Staaten der Union sind bis zu einer lächerlich Weise gegen den Mann, zugunsten der Frau, eingestellt, wie überhaupt die Fr vor Gericht eine ungebührliche Bevorzugung erfährt.

Weiter hat sich im Laufe der Zeit der Charakter dieser verwöhntesten Frau des Erdballs im Gefühl ihres Wertes derart geändert, daß man von einer Rüc kehr zum Matriarchat oder besser Gynäarchat*) sprechen kann. Nicht nur d Prohibitionismus einer ganzen Nation geht auf die Herrschaft der Frau zurüc sondern auch die Abkehr von der Mutterschaft. Die Amerikanerin, für die d Mann ein verdienendes Neutrum wurde, verwendet oft ihre Zeit ausgiebig z Pflege der Schönheit, so daß sie einerseits die Gefahr für ihren Körper durch Au tragen eines Kindes scheut, andererseits sich dem sportlichen Betriebe zuwende zu bemerken ist, daß der Sport, im Gegensatz zu einer mütterlichen Kons tution, ephebenhafte Formen begünstigt.

In übertriebenem Maße hat sich die während der Kolonialzeit natürliche Wer schätzung der Frau in der Neuzeit ausgewirkt. Ein großer Teil der Frauen in d Vereinigten Staaten ist bereits in sexueller Hinsicht der aktiv-wählende geworden** Eng damit zusammen hängt der Niedergang der Ehe, gekennzeichnet durch eine u verhältnismäßig hohe Anzahl von ein- und mehrmaligen Ehescheidungen und d geringe Einschätzung der Jungfernschaft. In dieser Hinsicht können wir in d Vereinigten Staaten von einer (nur verdeckten) Polyandrie sprechen. Da d Vereinigten Staaten aber heute — bedingt durch ihren natürlichen Reichtum, d in einer wunderbaren geographischen Einheit enthalten ist, und als Folge des We

*) Vgl. Ad. Halfeld, „Amerika und der Amerikanismus". (Eugen Dieterichs, Jena, 1927) das K pitel Kulturfeminismus, S. 209—227. — **) Vgl. Graf Keyserling, „Das Ehebuch", Über die no amerikanische Ehe.

ieges, bei einer jetzt absolut schon hohen Bevölkerungszahl — auf unserer Erde e beherrschende Macht geworden sind, so hat sich ihr Einfluß bereits auf Europa id die gesamte europäisierte Welt ausgewirkt, und wenn auch der „Untergang es Abendlandes" im Sinne Spenglers durch Altern organisch bedingt ist, wird doch nicht zu vergessen sein, daß die Wiederentdeckung Amerikas ırch Kolumbus einen Keim gelegt hat in der eben angegebenen Entwick- ngslinie, europäische Kultur in den Zustand der Verwesung überzu- ıhren. Die „Frau" in den Vereinigten Staaten ist demnach nicht nur ein nord- nerikanisches Problem, sondern ein Weltproblem geworden, da die Emanzipation er Frau — und dies ist kein Zufall — von den Vereinigten Staaten ausging: eute, in dem Zeitalter des Verkehrs und der ungeheuren suggestiven Massen- beeinflussung durch alle Mittel der Technik (Film, Telegraphie, drahtlose Tele- honie, Zeitungswesen usw.) hat diese Emanzipationsbewegung weitergegriffen ch über die ganze Welt ausgedehnt und allenthalben, oft vielleicht künstlich, ne Frauenherrschaft geschaffen.

Obgleich ursprünglich die Wertschätzung der „seltenen" Frau auf geschlecht- cher Basis beruht, ist die Wertung heute auf Zonen übertragen worden, wo rauenüberschuß herrscht, da z. B. der Weltkrieg für kurze Zeit Bedingungen eschaffen hat, in denen Männer mannbaren Alters fehlen.

Es ist unter diesen Bedingungen nicht ausgeschlossen, daß eine rückläufige Be- egung unter den westlich orientierten Völkern einsetzt gegen eine Vormundschaft es Weibes, die heute sinnlos geworden ist und die, wie wir sahen, genetisch in den taaten zur Entwicklung kommen mußte. Werden einerseits die Völker des Ostens ivilisatorisch verwestlicht, so sind kulturelle Einflüsse des Ostens auf den Westen orzüglich gegenüber dem Problem „Weib" wahrscheinlich. Jedenfalls dürfte der Intergang des Abendlandes als eine Folge der zwangsläufigen Verrohung der itten nicht an letzter Stelle bedingt sein durch eine heute zügellos gewordene Ierrschaft der Frau. Interessant zu untersuchen wäre es, ob derartige völker- sychologische Zyklen, beruhend auf einer Verschiebung der Geschlechter, nicht chon in anderen Perioden der Menschheitsgeschichte bestanden haben, und welches ie genetischen Zusammenhänge waren.

Selbstverständlich hätte die soziale Entwicklung, soweit sie durch das Verhält- is der Geschlechter bedingt ist, in Europa einen völlig anderen Verlauf ge- ommen, wenn beispielsweise die „States" von katholischen Romanen besiedelt vorden wären. Nicht umsonst finden wir unter den ibero-amerikanischen taaten, die von den Bewohnern der Pyrenäischen Halbinsel, einem kaum zur assialen Einheit gelangten europäisch-asiatischen Mischvolk, erobert wurden, viele Republiken, in denen das indianische Element mit oder ohne Erhaltung der Sprache ominiert, wie in Mexiko, in Zentralamerika, den nördlichen Randrepubliken Süd- merikas, Peru und Bolivien. Auch in Chile ist in den unteren Ständen, d. h. der

Masse des Volkes, das indianische Element stark vertreten; in dem Tropenland
Brasilien wurde der Indianer durch den Neger ersetzt, und diese Republik be-
findet sich zu einem großen Teile in einem Zustande völliger Mulattisierung. In
allen diesen Gebieten, wo sich der Eroberer unbekümmert mit den Töchtern
des Landes oder den Frauen eines farbigen Ersatzes mischte, trat naturgemäß
ein spezifischer Frauenmangel nicht auf. Im Grunde ist dieses Resultat zurück-
zuführen auf das mangelnde Rassenbewußtsein eines Volkes, das in in sich hetero-
genste Elemente, wie semitisches, iberisches und germanisches Blut, noch un-
organisch vereinigte, und auf dessen Katholizismus, der nicht nur übernational,
sondern auch überrassial eingestellt ist. — Der arabische Anteil der Eroberer hat
überdies eine gewisse Eingeschlossenheit der Frau in Ibero-Amerika bewirkt, die
emanzipationswidrige Eingeschlossenheit der Frau des Orients, die in der Kolonial-
zeit charakteristisch war und bis in die neue Zeit hineindauert.

Auch in den Staaten existiert ein Negerproblem, aber als ein abgeschlossenes
Element in einem Volke, das bewußt hiergegen und gegen die farbigen Rassen
überhaupt Front macht. Nur in den Südstaaten war auch eine Mulattisierung
aufgekommen: der Sezessionskrieg war die Folge! Es darf aber nicht vergessen
werden, daß bei den nordisch eingestellten Völkern es nicht nur der absolute
Frauenmangel war, welcher zur Frauenherrschaft führte, sondern speziell der Mangel
an weißen Frauen. Doch besteht in den Staaten die große Gefahr der Ver-
negerung als Folge der oben betonten Abwehr der „Weißen“ vor der Mutter-
schaft; während der Volksanteil des schwarzen Elements nur 10 % beträgt, be-
läuft sich sein Geburtenanteil auf 40 %!

Es ist ein beinahe tragisches Geschick, daß die beiden Wege der Koloni-
sation, der nordischen wie der iberischen, zum Untergange der weißen
Rasse in den eroberten Ländern führen, wobei die nordische Kolonisation
noch besonders schwerwiegende Folgen für die europäischen Mutterländer hat.

Eine historisch-geographisch vergleichende Darstellung des zahlenmäßigen Ver-
hältnisses der Geschlechter in den Vereinigten Staaten, in den ibero-amerikanischen
Republiken und überhaupt auf der Erde wäre ohne Zweifel eine wertvolle Arbeit,
die hoffentlich bald in Angriff genommen wird; der augenblickliche Zustand in
abgeschlossenen nationalen Einheiten ist nicht nur theoretisch, sondern auch prak-
tisch von Bedeutung.

Die Demographie, Soziologie, Kriminalistik u. a. m. werden an derartig sta-
tistisch-vergleichenden und am besten kartographisch aufgenommenen Darstel-
lungen außerordentliches Interesse haben.

Ich habe mich in meiner Darstellung auf Chile beschränkt, das besondere Ver-
hältnisse zeigt.

Fortsetzung folgt.

OSKAR MEISTER:

DIE AUSWANDERUNG GERICHTLICH VERURTEILTER IM LICHTE DER GEOPOLITIK I

I.

Seit alters spielt der Gefangene eine geopolitische Rolle.

Besiegte Feinde, die in Trupps oder Stämmen nach fremden Landen verschleppt wurden, haben ihr Blut und Wesen mit dem der Bodenständigen vermischt, schließlich die Sieger bezwungen oder dem Herrscher nur eine Scheingewalt belassen. Geächtete, durch Richterspruch des Rechts und der Heimat beraubte Nordländer sollen die ersten Europäer gewesen sein, die die Neue Welt betraten. — In der antiken Geschichte tritt der „Verbannte“ oft führend auf. Die Römer kannten ursprünglich nur die „freiwillige Verbannung“, später folgte ihr das Interdikt. An Sagen und Berichten über Männer und Sippen, die strafverfangen, büßend oder flüchtend Neuland suchten und besetzten, nimmt der Strafrechtler gleichen Anteil wie der Geopolitiker.

Fortschreitende Kultur, aufstrebendes Volks- und Völkerrecht ändert die Form, nicht den Inhalt des Vorganges. Des Kolumbus Begleiter stammten großenteils aus Kerkern und nahmen um der möglichen Freiheit willen den möglichen Untergang in Kauf. Der große Entdecker mußte noch bei der dritten Reise (1497) Verbrecher heuern, da freie Leute die Fahrt ins Ungewisse, Unbekannte scheuten. Tausende von Desperados sind an der Küste der Neuen Welt gelandet, haben dort Sippen gegründet und sich fortgepflanzt. Mancher tat auch drüben nicht gut, manchen jedoch läuterte die Not, mancher, dessen Selbstbewußtsein und Tatendrang im engen Daheim Anstoß erregt hatte, zeigte sich brauchbar, als er seine Kräfte nach freiem Willen und gegenüber harten Hemmnissen nutzen durfte. — Es ist leider müßig, zu fragen, wie sich die Geschichte Amerikas (und damit auch diejenige Europas), wie sich die Kolonialgeschichte überhaupt gestaltet hätte, wenn unter den Entdeckern und Besiedlern die braven Durchschnittsbürger in beherrschender Überzahl gewesen wären. Denn die Durchschnittsbürger genossen daheim ihr Brot, litten weder unter Abenteuerdrang noch Goldhunger, vermochten sich wenig unbequemen Verhältnissen anzupassen und ihr Leben wies keinen schwarzen Fleck auf, der die freiwillige oder zwangsweise Auswanderung veranlaßte.

Rassenkunde und Kriminalbiologie mögen die Frage näher untersuchen. Sie gibt aber auch dem Geopolitiker Stoff zum Nachdenken. Man erwäge nur die Einwände, die gegen eine Deportation erhoben werden, welche eine ungefestigte Zivilisation in den Kolonien bedroht. Wir behandeln die Deportation meist im strafrechtlichen Sinne und zeigen die Anstalten, die ihrer Durchführung dienen,

oder fügen Angaben über strafweise Verschickung einem Abriß der äußeren Kolonialgeschichte ein. Der Vorgang gehört aber auch der Bevölkerungslehre an; seine Untersuchung liefert Bausteine zur Kenntnis des Einzelmenschen, der Rasse, der Volks- und Staatsgemeinschaft. Unter den Sammelbegriff „Gerichtlich Verurteilte“ fallen Entartete, Gemeinschädlinge wie Leute, die brauchbar und sittlich geblieben sind (gewisse politische Verbrecher, die zeitweise eine große Auswanderergruppe stellen). Kriminell sind anderseits auch Leute, die dank besonderer Geschicklichkeit den heiß gewordenen Heimatboden verließen, ohne daß sie verurteilt worden wären, ja ohne daß ihnen ein Haftbefehl nachlief. Welch reiches kriminalbiologisches Material — das Wort ohne jede moralische Bewertung genommen — liefern z. B. die Fremdenlegionäre! Dieser „freien“ Gruppen denkt die Kolonialkunde wenig; selten fragen wir auch, ob solches Ausscheiden aus dem Heimatverbande irgendwie auf die Zurückgebliebenen einwirkt.

Keinesfalls darf man das Dasein aller dieser Verdächtigen, Unbotmäßigen, verurteilten und strafflüchtigen Verbrecher mit dem Sprichworte abtun: „Er lebte, nahm ein Weib und starb.“ Ihr Wirken erstreckt sich vielmehr auf Mit- und Nachwelt, sie bilden lose oder geschlossene Massen, die in Wirtschaft und Gesellschaft mitentscheiden. Um so bedauerlicher ist es, daß selbst die wenigen statistischen Ziffern und Jahreszahlen, die uns über Deportation vorliegen, einander widersprechen, ein Zeichen, daß man die hier angeregten Fragen bisher wenig beachtete. Wir können das Gesagte genauer ausführen, wenn wir uns die wichtigsten Daten der kolonialen Deportation vergegenwärtigen. Solche bieten u. a. die nachstehenden Werke:

Alfred Zimmermann: Kolonialpolitik (Grundrisse der Volkswirtschaft und Staatswissenschaft). Berlin 1905. (Vom Standpunkte des Staatswissenschafters.)

Alexander Supan: Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien. Gotha 1906. (Vom Standpunkte des Geographen.)

Veit Valentin: Kolonialgeschichte der Neuzeit. Tübingen 1915. (Vom Standpunkte des politischen Historikers.)

Hiernach befinden sich schon in den ersten Expeditionen der Spanier und Portugiesen „Kreuzritter und Raubritter, Ritter und Räuber“. Cortes gilt als Held, Pizarro als ein aus der untersten Volksschicht emporgekommener Abenteurer. Namentlich die portugiesische Siedlungsgeschichte ist lehrreich. Wir sehen schon in Portugiesisch-Indien, daß staatliche und kaufmännische Beamten durch den Reichtum des Landes und das Fehlen jeder Aufsicht entsittlicht werden, was hier wie anderwärts zu Justizskandalen führt und die Kolonisierung erschwert. Wir sehen weiter, daß seit Entdeckung des Goldreichtums in Brasilien (1728) der Verfall des Mutterlandes beginnt. „Die leichte Art, womit mancher in Brasilien in kurzer Zeit reich wurde, lockte viele tausend tätiger Menschen aus Portugal fort, man vernachlässigt sichtbar sein portugiesisches Eigentum und vertröstet

ch auf die Zukunft, in Brasilien alle Verluste wieder ersetzen zu können.“ upan). Dieser Vorgang hat selbstverständlich für das alte wie das neue Land irtschaftliche und vor allem kriminalpolitische Folgen. Portugal verwendete ckfällige Missetäter in Westafrika, seit etwa 1550 auch in Brasilien zu Siedlungs-beiten. Nach Brasilien verbannte es auch Juden. Auf sich angewiesen, verlassen, er frei, haben diese Gruppen ihre Aufgabe gut erfüllt. — Wir zeigten, daß der ufenthalt in den Kolonien verbrecherische Anlagen wecken kann. Aber die Ent-eckungen haben sogar neue Delikte geschaffen. So verboten die Portugiesen den erkauf ihrer Seekarten unter Todesstrafe und die Holländer wagten erst Ent-eckerfahrten, als ihnen ein Portugiese um 1600 trotz des Verbotes fünfund-vanzig Seekarten verkauft hatte. Im allgemeinen sahen die Portugiesen in der eportation „ein Mittel zur Kolonisierung“. Nach Einbuße des größten Teiles res überseeischen Besitzes sandten sie Verbrecher nach Afrika, zwischen 1837 nd 1864 jährlich durchschnittlich 275 Leute, später etwas mehr. Eine moderne esetzliche Regelung erfolgte erst 1852, 1867 trat die Deportation an Stelle der odesstrafe und wurde auf 8—10 Jahre verhängt. Nach Strafverbüßung bleiben e Deportierten meist in den Kolonien und bekleiden hier selbst öffentliche Ämter, as sich wenig bewährt.

Spanien verschickte schon 1497 Verbrecher als Zwangsarbeiter. Nach einigen ahren wurden sie meist in Freiheit gesetzt, soweit sie nicht vorher entsprungen aren. Daneben kamen viele Kriminelle freiwillig, aus Abenteuerlust, verlockt urch phantastische Berichte über die Reichtümer der Neuen Welt in die spa-schen Kolonien. Diesen Einwanderern wird die Ausrottung und Vergewaltigung er Ureinwohner und die Verrohung der Sitten in vielen Niederlassungen zur ast gelegt. Gegenwärtig sendet das Land leichte Missetäter auf die Balearen nd Kanarischen Inseln, wo sie bloß unter Polizeiaufsicht stehen, schwerere uf Zeit oder lebenslang in marokkanische Strafanstalten (Arbeitshäuser). Für gentliche Kolonisierungszwecke werden die Deportierten, deren Unterhalt der egierung sehr hoch kommt, nicht verwendet.

Gleich Portugal sandte auch Frankreich seine Verbrecher schon im 16. Jahr-undert nach Übersee, um die Kolonien zu erschließen. Die berüchtigte Missis-ppi-Kompanie des Abenteurers Law brachte zwangsweise viele Verbrecher und ettler nach Louisiana (1717), die bald den ganzen französischen Kolonialbesitz ihrer verwegenen Weise „bearbeiteten“. Choiseul versuchte nach dem Ver-ıste von Nordamerika die Kolonisation Guayanas und schickte 250000 zusammen-elesene Bettler hinüber. „Fast alle gingen zugrunde in einem wahren Hexen-abbat von Krankheiten, Mord, Diebstahl und Ausschweifungen aller Art. Dreißig Iillionen Franken kostete dieses Unternehmen, eines der sinnlosesten und frivol-ten der Kolonialgeschichte“ (Valentin). Ein Abenteurer und dunkler Ehren-ann, der polnische oder ungarische Graf Benyowszki, der als Verschwörer

in Rußland gefangen gewesen war, wollte um dieselbe Zeit Madagaskar fü Frankreich erobern. Sein Heer mag dem des Choiseul geglichen haben un erntete keine Lorbeeren.

Zur eigentlichen strafgesetzlichen Deportation ging Frankreich erst in de Revolution über. Zunächst sollten rückfällige Verbrecher auf Lebensdauer ver schickt werden (1791); man gedachte nun dadurch das Mutterland von Unver besserlichen zu befreien. Zwei Jahre später wird Landstreicherei und Betteln im Rückfalle mit acht Jahren Deportation bedroht. Die konstituierende Nationa versammlung hat also den alten Kolonisationszweck angesichts der dauernde Mißerfolge aufgegeben und erläßt nun Deportationsgesetze, sonderbarerwei ohne in dem verbliebenen Kolonialrest eine Deportationsstation zu besitzen ode einzurichten. Wohl wurde 1793 Madagaskar als Verschickungsort bezeichne doch verhinderte der Seekrieg mit England die Verschiffung der Häftlinge. Gan vergessen war jedoch die ursprüngliche Absicht keinesfalls. „Es gibt keine Kolo nie, in deren Verwaltung die leitenden Gedanken so schroff und schnell sich ab gewechselt haben wie in Algerien. Man hat um 1830—1850 Soldaten, Hand werker, Bauern, politische Verbrecher und gescheiterte Existenzen angesiedelt (Valentin). Auch unter dem zweiten Kaiserreich wollte man politisch Unruhig und sozial Überflüssige in dieses Land abschieben und nochmals versuchte ma es nach 1870, Elsaß-Lothringer, die für Frankreich optiert hatten, darunte nicht durchweg lautere Staatsbürger, dort anzusiedeln — mit dem gleichen Miß erfolge, der den früheren Versuchen beschieden gewesen war.

Die echte Deportation hatte auch der Code Napoleon von 1810 vorgesehen Allein erst 1851 wurde sie tatsächlich eingeführt. Im gleichen Jahre verschickt die Regierung 3350 politische Verbrecher nach Algerien und Guayana. Dies kehrten jedoch sobald als möglich in die teure Heimat zurück. 1852 erginge neue Vorschriften. Wer zwei Jahre in der Strafanstalt Französisch-Guayanas ge arbeitet hatte, durfte sich Privaten als Arbeiter verdingen oder um eine Land konzession bewerben, die binnen zehn Jahren sein Eigentum werden sollte. We aber zu mehr als achtjähriger Deportation verurteilt worden war, dem sollte di Rückkehr verwehrt sein. Darauf meldeten sich 3000 Sträflinge zur Deportation denen nach dem Dezemberaufstand weitere folgten. Auch Frauen können be Eignung deportiert werden. Obwohl die Regierung 1854 auf Grund amtliche Prüfungen, die jedoch den Klimaunterschied nicht erwähnten, die französische Strafkolonien als den englischen gleichwertig erklärt hatte, erlagen in den nächste zwei Jahren vierzig vom Hundert der Sträflinge in Guayana tropischen Seuchen Da es deshalb zu Meutereien kam, überdies die freien Kolonisten klagten, da die Behörden die Sträflinge für Privatarbeiten verwenden und dadurch den Land wirten unlauteren Wettbewerb bereiten, ließ man in Guayana nur arabische asiatische und afrikanische Deportierte und schaffte die übrigen nach Neu

aledonien. Von 1852—1866 waren 13400 gemeine und 1200 politische Ver-
echer nach Guayana gebracht worden.

Neukaledonien war die größte und bekannteste Strafkolonie Frankreichs. Außer
emeinen wurden seit 1848 auch politische Verbrecher dorthin geschafft. Letztere
gneten sich jedoch wenig für dauernde Ansiedlung. Unverbesserliche wurden
einer Strafanstalt beschäftigt. Verschiedene Gesetze regeln den Landerwerb
urch Deportierte. Die Deportation wurde auch als Polizeimaßnahme für mehr-
ch Verurteilte verhängt (Gesetz von 1885), wobei allerdings nur unbemittelte
elegierte nach Kaledonien oder Guayana kamen, während sich Bemittelte die
olonie auswählen durften, in der sie unter Polizeiaufsicht gestellt wurden. Nach
eukaledonien sind von 1864—1894 20400 Sträflinge geschafft worden.
7000 ha des besten Bodens waren von Deportierten und Relegierten besiedelt.
eitweise war ein Zwanzigstel der 20000 qkm großen Insel Zuchthausgebiet, und
n Zehntel seiner Bewohner Zwangsbevölkerung. In den genannten Jahren betrugen
ie Vollzugskosten 100 Millionen, ungefähr ebensoviel wie in Guayana. Das Urteil
ller Kenner lautete absprechend, obwohl die Sterblichkeit von 20 auf 5% herab-
edrückt worden war. Die Sträflinge seien mehr Landstreicher denn Kolonisten,
ürden aber dank ihrer Verschlagenheit besser behandelt als die Freien.

In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde die Strafkolonie
eukaledonien aufgehoben, seitdem dient nur mehr Guayana (Cayenne) und seit 1911
ie Insel Nou bei Neukaledonien als Deportationsstation. Von 12000 Weißen sind
ier 6000 Sträflinge. Frauen werden seit 1907 nicht mehr deportiert.

England hat als erster Staat erkannt, daß man die Kolonien verwenden könne,
m das Mutterland von Landstreichern und Verbrechern zu säubern. Francis
acon warnte allerdings in der Schrift „De plantationibus populorum": „Sie
erden rauben, immer als Schelme leben, faul sein und ihrem Vaterlande
chande machen." Unter anderem kamen 1619 hundert Dirnen nach Virginien.
päter werden des Lesens kundige Verbrecher statt zum Tode zur Verbannung
erurteilt. Die gleiche Strafe trifft seit 1677 Vagabunden und religiöse Sektierer (!),
eit 1678 politische Aufrührer, seit 1717 Diebe. Der Urteilsvollzug oblag den
rafschaftsämtern. Diese machten ein Geschäft mit den Reedern, welche gern
olche Arbeitskräfte nach Amerika verfrachteten; manchmal zahlten die counties
och auf, um unerwünschte Gaugenossen loszuwerden und Haftkosten zu sparen.
Meist erlegten jedoch die Frächter zwanzig Pfund für jeden Häftling, der dann
uf sieben Jahre einem Farmer verdingt wurde. Die Schiffer mußten sich ver-
flichten, Vorsorge zu treffen, daß kein Verbannter je zurückkam. Ob dieser
uzug den Kolonien nützlich und willkommen war, wurde nicht gefragt. Ein
ericht von 1724, der die Reise englischer Arbeiter nach Virginia behandelt, sagt,
aß die Verbrecher viel Unheil anrichteten, rauben, morden und die anderen
Bedienten" verderben. „Aber sie finden häufig das Ende, das sie zu Hause ver-

dient haben.“ — Wenn jedoch ihre Strafzeit um war, konnten sie sich freiwillig ver-
dingen oder selbst Farmer werden. Erst als sich Amerika gegen diesen Zuzug,
der noch durch viele Flüchtlinge verstärkt wurde, wehrte und endlich von Eng-
land abfiel, mußte die Regierung den zweitausend Untertanen, die sie bis dahin
jährlich in Nordamerika untergebracht hatte, ein neues Reiseziel anweisen. Si
dachte zuerst an Afrika und Indien, konnte jedoch lange keinen Entschluß treffen
Von einigen Trupps, die nach Afrika gegangen waren, starb die Hälfte, der Res
verschwand im Busch.

Zahlreiche gescheiterte Existenzen waren auch freiwillig nach Amerika ge-
gangen, zumeist aus England, doch auch aus anderen Ländern. Solchen Kolo-
nisten dankt z. B. Georgia in Neu-England seinen Ursprung (1732), doch siedel-
ten sich hier auch Salzburger evangelische Emigranten und mährische Brüde
an. In Pennsylvanien fanden Mennoniten, die ihres Glaubens willen aus Deutsch-
land verwiesen worden waren, bei den glaubensverwandten Quäkern Unterkunft
Wir gewahren also Verbrecher wie religiöse Schwärmer als Stadt- und Staaten-
gründer. Wohl galten die „Sektierer“ nach den Gesetzen ihres Landes als Ver-
brecher, aber eine Verbrecherseele wohnte gewiß nicht in ihnen. — Nordkarolin
wieder wurde 1663 von Leuten besiedelt, denen die Gesetze anderer Kolonien z
hart waren. Diese Ankömmlinge kamen wohl freiwillig hierher, ob ihnen jedoch
die Harmlosigkeit der Mennoniten eignete, ist fraglich. Daß sie auch den Vor-
schriften der neuen Heimat auswichen, gibt dieser Kolonisationsgruppe beson-
deren Ton.

Australien bot der Besiedlung besondere Schwierigkeiten. Das Klima is
trocken, dem Lande mangelte es an Nutztieren, die Urbevölkerung legte Feind-
schaft an den Tag. Die Deportation in diesem Erdteil war besonders stark un
beeinflußte kräftig die Geschicke des Landes. 1787 landeten die ersten Sträfling
— 550 Männer, 200 Weiber — in Neusüdwales. Die geschilderten Übelständ
veranlaßten beispiellose Meutereien, an denen sich namentlich weibliche Gefan-
gene beteiligten. Entsetzliches erduldeten die Schotten und Iren, die als politisch
Verbrecher mit verworfenem Gelichter zusammengebracht worden waren. Di
schwache Aufsichtsmannschaft meuterte selbst und ergab sich der Trunksucht
Mit Gewalt wurde der Aufstand niedergerungen, die Behörden verhängten Prügel-
strafen und setzte die Rädelsführer auf einsamen, unwirtlichen Inseln aus, vo
wo schon die umherschwimmenden Haifische eine Flucht unmöglich machten
Allein in Neusüdwales selbst war für die Aufnahme der Sträflinge nicht gesorg
worden. Die Gründung der Stadt Sydney (1788) ist ein Werk der Deportierten
Die harten Lebensverhältnisse verwischten den Unterschied zwischen Sträflinge
und freiwilligen Kolonisten. Dies geschah um so leichter, als die Regierung de
Sträflingen nach der Entlassung, ja sogar noch während der Strafzeit Grund-
stücke anbot. Mancher ging durch eine Fälschung im Strafregister vorzeitig fre

urde Farmer oder verdingte sich bei einem solchen. Allenthalben gedieh Will-
ir und Grausamkeit. Die Regierung bedachte aber nur, daß die Vollzugskosten
Australien die Hälfte der altenglischen betrugen, und zeigte sich gegen alle
edenken taub, die schon 1800 von einsichtigen Beamten geäußert wurden.
Veder die große Sterblichkeit auf den Transportschiffen noch der sittliche Nieder-
ang des Landes machte auf das Parlament Eindruck. Die einzige Reform bestand
der Erbauung von Kerkern. Überdies stellte ein Gouverneur entlassene Sträf-
nge im öffentlichen Dienste an, um ihre Gleichberechtigung darzutun. Freilich
ermochte er nicht, gleichzeitig ihr Wesen zu verbessern. Valentin schreibt es der
assenhaften Depravation zu, daß die australische Gesellschaft eine gewisse Skrupel-
osigkeit und Roheit aufweist, die Eingeborenen gleich Freiwild abschoß und den
eldpunkt niederträchtig betonte. 1806 verfügen in Neusüdwales 405 Sträflinge
ber 17700 acres Land: Ihr Besitz erreicht noch nicht den der freien Kolonisten.
hre agrarischen Leistungen stehen nicht durchweg auf der Höhe. „Man kann
icht aus Taschendieben Farmer machen“, sagt ein Zeitgenosse und bestätigt
amit die Erfahrungen, die auch Frankreich gemacht hat. Im gleichen Jahre sind
n ganz Australien erst 9762 Weiße, rund 5000 Männer, 700 Frauen, 2600 Kin-
er. Diese Zahlen verraten schon die Schwierigkeiten der Familienbildung und
helichen Fortpflanzung. Wenn viele Frauen Eingeborener in jener schrecklichen
Zeit der Prostitution zum Opfer fallen, haben gewiß die Verbrecher daran star-
ken Anteil. Einmal bitten westaustralische Ansiedler sogar um Vergrößerung der
weiblichen Sträflingstransporte! 1820 zählt Australien 39000 weiße Ansiedler,
ie Hälfte davon sind Sträflinge oder ihre Nachkommen.

1803 errichtet die Regierung eine weitere Strafkolonie in Van-Diemens-Land
(Tasmanien). Hier treten die Kinderkrankheiten der australischen Kolonien be-
onders stark auf. 1827 bedroht eine Meuterei die ganze Siedlung. 1831 wohnten
dort neben 5000 freien Kolonisten über 10000 Deportierte. Ebenso gefährlich wie
die Eingeborenen waren entlaufene Sträflinge und sonstige Buschläufer; sie wurden
erst um 1830 ausgerottet.

Im ganzen waren nach Neusüdwales zwischen 1788 und 1839 51092 Männer
und 8706 Weiber, nach Tasmanien zwischen 1803 und 1853 56042 Männer und
11613 Weiber deportiert worden. Weitere Angaben über die Zahl der nach Van-
Diemens-Land während der Jahre 1864—1877 verschickten Sträflinge, ihrer Voll-
zugskosten, der Strafkosten im ganzen und auf den Kopf berechnet, des Wertes
der Sträflingsarbeit bietet Zimmermanns „Kolonialpolitik“. Nach diesem Werke
wurden zwischen 1811 und 1824 jährlich 2500 Verbrecher nach Australien ver-
schickt, zwischen 1825 und 1831, als die freien Kolonisten schon die Abschaffung
der Deportation forderten, noch immer jährlich 400. Deportationen erfolgten außer
nach den nächsten Ländern auch nach Westaustralien, Queensland, Norfolk Island,
den Bermudas. Gegenüber den eben erwähnten Beschwerden der freien Ansiedler

klagten wieder die Behörden, daß die Kolonisten keine Freigelassenen mehr be-
schäftigen wollten. In England selbst erwuchs um 1830 den Kolonisten im Erz-
bischof von Dublin ein Anwalt, der die Deportation als nationales Verbrechen
brandmarkte. Aber alle Wünsche, Klagen, Vorwürfe hätten die Kolonial- und
Strafpolitik der Regierung kaum geändert, wenn nicht schließlich das finanzielle
Bild der Deportation seines Glanzes beraubt worden wäre. Die Gefängnisse, von
deren Errichtung wir sprachen, forderten immer größere Zuschüsse und bereiteten
der Selbstversorgung der Häftlinge ein Ende, der Gedanke, daß selbst der Ver-
brecher menschlich zu behandeln sei, setzte sich durch und belastete das Justiz-
etat mit früher unbekannten Ausgaben, man durfte nicht mehr die Deportations-
schiffe mit lebender Fracht vollpfropfen, ohne Rücksicht darauf, daß die Hälfte
der Reisenden den Härten der Reise erlag, und schließlich blieb es der Öffent-
lichkeit nicht verborgen, daß trotz der Deportation die Zahl der englischen Ver-
brecher nicht abnahm, während in Australien immer ärgere Zustände einrissen.
Mußten doch in Neusüdwales 1833—1835 400 Todesurteile vollstreckt, in einem
einzigen Monate des Jahres 1833 245 Sträflinge mit 9874 Hieben bestraft werden.

Wohl hatte die Regierung noch 1837 die Todesstrafe bei vielen Verbrechern
durch die Deportation zu ersetzen versucht, allein unter dem Sturme, den diese
Maßnahme erregte, mußte sie schon im nächsten Jahre versprechen, die Depor-
tation nach Neusüdwales und den besiedelten Gegenden Tasmaniens sobald als
möglich einzustellen. Die Verwirklichung dieses Gedankens brachte noch manches
lebhafte Zwischenspiel, wie dies bei der Natur unseres Gegenstandes zu erwarten
ist, eine Schilderung der nun folgenden Geschehnisse bringt uns jedoch dem Ziele
unserer Arbeit nicht näher. Wir erwähnen daher bloß, daß einzelne Gebiete das
Aufhören der Deportation bedauerten, weil nun Mangel an billigen Arbeitskräften
eintrat, in anderen sich die freien Arbeiter gegen die Konkurrenz, die ihnen Eng-
land durch neue Sträflingstransporte bereitete, handgreiflich wehrten, und daß
tatsächlich in Australien eine schwere Wirtschaftskrise ausbrach, obwohl die
Deportation keineswegs mit einem Schlage beseitigt wurde. So sandte England
noch zwischen 1853 bis 1868 9718 bedingt begnadigte Verbrecher nach West-
australien, und erst der ununterbrochene Einspruch der übrigen australischen
Staaten machte diesem Vorgehen ein Ende. Noch 1870 gab es in Westaustralien
unter 8000 Männern fast 6000 Strafverschickte. Südaustralien und Viktoria blieben
dank des Wirkens der von E. G. Wakefield gegründeten englischen Kolonisations-
gesellschaft von der Deportation verschont, was diesen Staaten sehr förderlich war.
Neuseeland diente nie Deportationszwecken, doch hielten sich daselbst viele Ver-
brecher auf, so daß auch dieses Gebiet die Übelstände einer Strafkolonie kennenlernte.

1858 hat England die Strafdeportation aufgehoben, doch waren selbstverständ-
lich damit die Wirkungen um so weniger getilgt, als eine gemilderte Exilierung
bestehen blieb, zu deren Ziel u. a. auch Indien bestimmt ward.

Gerade als Australien von der Deportation befreit wurde, entdeckte man da-
lbst die ersten Goldfelder. Auf die Nachricht hievon strömten wieder viele
benteurer diesem Erdteile zu; sein sittlicher Stand blieb also im ganzen großen
nverändert. Freilich wechseln die Goldgräber viel rascher den Aufenthalt als die
wangsansiedler.

Besonders bekannt und berüchtigt ist die russische Deportation. Sie weist
e Eigentümlichkeit auf, daß sie auf dem Landwege erfolgt. Schon 1582
erden Militärpersonen und Kriegsgefangene nach Sibirien verschickt. Das Ge-
tzbuch des Zaren Alexis von 1684 sieht eine Zwangsniederlassung als Neben-
rafe vor. Allmählich werden eigene Straf-Etappenstraßen nach Sibirien und der
kraine angelegt; der Kolonisationszweck tritt in den Vordergrund, weswegen
e Regierung auch die freiwillige Abwanderung alter Soldaten usw. begünstigt.
Während des 18. Jahrhunderts dachte man öfter an Auflassung der Deportation,
a sich in Rußland Arbeitermangel einstellte. Doch wurde 1750 die aufgehobene
Todesstrafe durch Zwangsarbeit in Sibirien ersetzt. Von den verschiedenen Arten
nd Graden der Haft und Zwangsansiedlung erwähnen wir nur die administrative
erbannung, deren Opfer ohne Urteil bloß auf Verdachtsgründe hin nach Sibirien
eschickt wurden. Sie galten nicht als Verbrecher und fristeten als Bureauangestellte
der Ansiedler ihr Dasein. Unter ihnen befanden sich viele geistig Hochstehende.
bwohl 1834 die Todesstrafe neu eingeführt wurde, blieb die lebenslängliche
der mehrjährige Deportation aus Kolonisationsgründen bestehen. Bis 1845 wurden
ährlich durchschnittlich 7000 Strafgefangene verschickt. Westsibirien, wo freie
iedlungen sich mehrten, dient seit 1859 nicht mehr als Deportationsland. Von
807—1886 sollen über 700 000 Leute nach Sibirien deportiert worden sein, dar-
nter ein starkes Zehntel im Verwaltungswege. Sachalin ist eine echte Depor-
tionsinsel, da hier ursprünglich nur Verbrecher lebten, die ihre Strafe abbüßten
der abgebüßt hatten. Freie Einwanderer wurden nicht zugelassen. Die Klagen
ber Trägheit, Landstreichertum und Arbeitsscheu wollten hier nicht verstummen.

Schließlich hat Rußland die Deportation nach dem größten Teil Sibiriens auf-
ehoben, um die freie Kolonisation nicht zu hemmen. Seit 1917 kennt das Gesetz
berhaupt keine Strafverschickung mehr, wohl aber verfügt die bolschewikische
egierung sie mitunter.

Unter den älteren Kolonialreichen ist noch Holland zu nennen. Dieses hat
ch jedoch mit der Strafverschickung wenig befaßt. Wohl aber entwickelten
ich viele Kaufleute, die in die Kolonien gingen, zu Betrügern, Aussaugern, wie
vir dies auch bei ihren portugiesischen Zunftgenossen sahen.

Deutschland schließlich nimmt eine eigentümliche Stellung ein. Nachdem
ie Versuche des großen Kurfürsten, Kolonien zu gewinnen, aufgegeben worden
waren, besaß es bis Ende des 19. Jahrhunderts kein Kolonialland. Dennoch müssen
wir es erwähnen. Bekanntlich war schon während des 17., noch mehr während

des 18. Jahrhunderts die Auswanderung beträchtlich. Zahlreiche Emigrantes hatten eine Strafe hinter sich oder gedachten einer solchen zu entgehen. Unte den Abenteurern, die Law 1717 nach Louisiana brachte, waren Tausende vo Pfälzern. Ein virginischer Händler schreibt 1769 einem Geschäftsfreunde i Rotterdam: „Ich weiß nicht, auf wie lange die Pfälzer verkauft werden, die di Überfahrt nach Philadelphia nicht bezahlen, aber hier werden sie auf vier Jahr verkauft . . . Wenn Ihnen diese Preise passen, würde ich ziemlich jedes Jahr zwe Schiffsladungen (!) auf diesem Flusse absetzen können." Die deutsche Menschen fracht geht demnach in die Tausende. Da zahlreiche Auswanderer nicht einma das Geld zur Überfahrt haben und dafür auf mehrere Jahre ihre Freiheit ver kaufen, läßt sich ermessen, daß viele dem Strafrichter entgehen wollten ode nach einer Strafe der Heimat den Rücken kehren. Verbannung wird weiter geradezu von rechtswegen verhängt. Wir gedachten schon der Deutschen un Österreicher, die ihres Glaubens wegen aus der Heimat vertrieben wurden un zum Teil nach Amerika gingen, und noch um 1846 verurteilen die Gerichte politisch Verbrecher zur Auswanderung. Preußen erwog 1801 sogar den Erwerb eine Strafkolonie und sandte im Einverständnis mit der russischen Regierung zunächs 58 Verurteilte nach Sibirien. Da aber 39 Mann durchgingen und in Grauden eine Diebesbande gründeten, verbat sich das Zarenreich weitere Nachschübe Hamburg erwog noch 1836, mit Hilfe einer australischen Kolonialgesellschat Sträflinge in jenem Erdteil anzusiedeln. Als Deutschland Kolonialreich geworde war, hat es die Deportation nicht eingeführt. Der deutsche Juristentag sprach sich 1898 gegen die Deportation als Strafmittel aus und auch die Entwürfe zum Strafgesetzbuch verwarfen sie. Immerhin zählt die Deportation hier wie in Öster reich bis in die neueste Zeit auch Anhänger.

Neben der Deportation zeitigt auch die freiwillige Auswanderung Krimi neller kolonialgeschichtliche und kolonialpolitische Folgen.

Schon bei den Kämpfen der europäischen Staaten um den Kolonialbesitz spieler Flibustier oft entscheidenden Anteil. Holländische und englische Piraten besetzer um 1600 Guayana. In den Kämpfen zwischen England und Spanien leisteten See räuber vorwiegend den ersteren Beistand. Als Britannien den Sieg errungen hatte trachtete es, sich dieser nun überflüssigen und jedenfalls unbequemen Verbün deten zu entledigen, und als es diese 1718/19 auf den Bahamas ausgerottet hatte erhielt die westindische Räuberromantik den Todesstoß (Supan). In Beluge (Zentral amerika) und anderwärts wurden die kühnen Freibeuter nun Holzfäller, um de Schutz der englischen Regierung zu erlangen. Sie haben mit diesem Berufswechse kaum auch ihre moralischen Eigenschaften von Grund auf geändert, aber immer hin traten sie, die vordem Kolonialgebiet nur besetzt hatten, nun auf eine höher Stufe der Siedlungstätigkeit und bereiteten die Kultivation jener Ländereien vo Auch der Staat São Paolo wurde auf ähnliche Art gegründet und hat die Unab

ngigkeit durch Freischaren erkämpft, die 1653 den Jesuitenstaat Paraguay be-
egten.

Die Besetzung der Pitcairn- und Paumotu-Gruppe (Südsee) erfolgte 1790 durch
euterische Matrosen. Die Geschichte der am Äquator gelegenen, zu Südamerika
hörigen Galápagos-Inseln bietet weitere Beispiele. (William Beebe „Galápagos,
s Ende der Welt", Brockhaus, Leipzig 1926.) Alexander Selkirk, der historische
obinson, der um 1708 wegen eines Streites mit seinem Kapitän ausgeschifft
urde, hat hier kolonisiert, und noch 1835 wurden 80 begnadigte Soldaten, die
rsprünglich erschossen werden sollten, angesiedelt. Leider wurde ihre wie
anche andere Kolonie dieses Gebietes später wegen Arbeitermangels in eine aus-
esprochene Strafkolonie verwandelt, was Unzuträglichkeiten herbeiführte. Jeden-
lls haben vorwiegend Kriminelle die Galápagos erschlossen.

Die verstärkte Einwanderung, die z. B. aus Anlaß von Gold- und Diamanten-
nden in gewisse Länder (Alaska, Klondyke, Südafrika usw.) erfolgt, bringt
var auch zahlreiche Kriminelle mit. Allein die Einwanderer denken selten an
auernden Aufenthalt, weswegen ihre kolonisatorische Tätigkeit weniger ins Ge-
icht fällt.

K. HAUSHOFER:

PHYSISCHE ERDKUNDE" ALS GRUNDMAUER DER GEOPOLITIK

Männer von anerkannter Geltung in der praktischen wie theoretischen Geopolitik
aben im ausklingenden Jahr 1927 durch inhaltreiche, gediegene Bände vorbildlich
ezeigt, was sie unter wissenschaftlichem Heraufmauern vom sicheren und stand-
sten Baugrund der physischen Erdkunde bis zu geopolitischen Ausblicken verstehen,
elche enorme geographische Arbeitsleistung sie in die Grundmauern steckten, bis
e sich ihren festen Standpunkt auf der Höhe des Gesamtbaues für ausreichende
eopolitische Sehweite und durchdringende Blicktiefe erarbeitet hatten.

Ein solches Beispiel gab Erich Obst mit seinen Mitarbeitern, als er die „Physische
rdkunde" seines Schwiegervaters Supan erneute, ihr dabei den alten, von so vielen
rprobten Wert erhielt und sie doch bis an die Schwelle zur Anthropogeographie in
ie letzten verfolgbaren bodenwüchsigen und erdbestimmten Züge emporführte.

Sie haben so — lange nach ihrer öffentlichen geopolitischen Tätigkeit — noch
inmal einen Scheinwerfer zurückgerichtet auf den mühevollen Arbeitsweg ihrer Vor-
ereitung dafür, wie auf den breiten, sicheren, rein naturwissenschaftlichen Unterbau
res Könnens. Beispiel wirkt mehr als Lehre! Das Vorbild musterhafter Arbeiten
om festen, sicheren, untersten Grunde der anorganischen Erdkunde herauf — wie
e keiner besser bewältigen kann — gibt zugleich still und vornehm die Antwort
uf kleine wissenschaftliche Streitschriften, die am besten durch schöpferische Taten
iderlegt werden.

Mache doch jemand anders Supans Physische Erdkunde neu, und besser als Obst!
estalte er das treue Leitwerk um, das als Schlüssel zu einer unter vielen Entbeh-
ungen in kargen Freistunden erworbenen Erdkunde, als Unterbau eines redlich er-
ienten Weltbildes in so mancher werdenden Bücherei zuerst als einziger Führer

stand; von den Sparpfennigen des jungen Werkstudenten, des von seinem Gehal lebenden Leutnants, des sich emporringenden Handlungsgehilfen und strebenden jungen Werkmeisters gekauft, die den Marschallstab des Wehrgeographen Moltke oder von Lord Clive (der ja auch als Kommis anfing), den Lorbeer von Stamford Raffles Ratzel oder Schliemann in ihrem Tornister spürten oder sich vom Reiseteufel Sven Hedins geritten fühlten.

So ist Supans Physische Erdkunde vielen ein geweihtes Buch und die Frage seines Fortlebens eine Herzenssache gewesen. Gespannt frugen sie sich, ob dieses einst so lebendige Buch, von dem sie sich doch nicht trennen konnten und wollten, zum Veralten verurteilt sei oder ob es doch jemand zu erneuen vermöchte. Sie alle wissen nun Obst und seinen Freunden Dank für das mit Pietät und Schöpferkraft zugleich vollbrachte Werk der Verjüngung.

Wenn ich in begreiflicher Spannung, ob es erneut noch das alte an Wert sei, die erste Neubearbeitung des ganz alten Supan durch den Meister selbst, die zweite umgearbeitete und verbesserte Auflage von 1896, das abgegriffene, doch immer noch einen Ehrenplatz in der Handbücherei haltende ehrwürdige Werk neben den neuen Halbband halte, so fällt natürlich äußerlich der größere Umfang auf. Im Band I der 7. Auflage ist auf fast dem doppelten Raum nur der Erdkörper und die Grundzüge seiner Oberflächengestaltung, die Lufthülle und in richtiger Zusammenfassung das Wasser im Ganzen: das „Meer“ und „Das Wasser des Festlandes“ behandelt. Im Band II erst folgt das Land mit seinen formenschaffenden Kräften und Vorgängen, dem Formenschatz der Erdoberfläche, der Pflanzendecke und der Tierwelt; und in zwei weiteren äußerlich ähnlich aufgebauten Bänden soll die Anthropogeographie folgen, der Mensch das Maß aller Dinge werden.

Ein großer Wurf! Rühmend muß zuerst vom Verlag Walter de Gruyter gesagt werden, daß er den glänzend ausgestatteten Band erstaunlich preiswert für nur 22 Mk. herausbrachte. Wie in dem Vorwort (das in diesem Fall gelesen werden sollte) mit Recht gesagt wird, konnten einige Karten, früher einzig im „Supan“ zu finden, heute fortgelassen werden, weil sie, dank Supans Anregungen, nun in jedem Schulatlas, jedem Haus zu finden sind; andere sind als Textfiguren gebracht; dafür sind eine Reihe neuer Buntdrucktafeln hinzugefügt, die dem Leser allerdings höchst willkommen sind, darunter die Klimate der Erde nach Köppen, die „Landhöhen“ mit ihrer vorbetonten Zusammenfassung der Festlandräume, und die „Meerestiefen“, die in edler, wohltuender Verschwendung das Gegenbild der ozeanischen Weltanschauung bringen: mit ihren drei deutlich im Raum veranschaulichten Ozeanen vielleicht das inhaltreichste, dem kontinental eingestellten Deutschen nötigste Blatt des ersten Bandes.

Wenn etwas geeignet ist, angesichts mancher Ungeduld, die noch raschere Erfolge wünschen möchte und einstweilen zu kühnen Arbeitshypothesen greift, die absolute Größe der Fortschritte der Geophysik zu erweisen, so ist es eine rückschauende Vergleichung der langsamen und pietätvollen Wandlungen eines solchen Werkes. Und dennoch tut der Herausgeber durchaus recht daran, die Hypothesen wenigstens kurz zu umschreiben — wenn sie noch so gewagt, aber landläufig sind, wie die von Hörbiger, oder sie leichtfaßlich darzulegen, — wenn sie, wie die geistvollen Gedanken von Wegener, mindestens eine fruchtbare Arbeits- und Vorstellungshilfe aus schöpferischer geistiger Werkstätte mit sehr ernster wissenschaftlicher Begründung bieten.

Aber selbstverständlich standen in den drei Hauptbereichen des I. Bandes unausgesetzte Versuchungen zur Verbreiterung des Werks vor dem streng auswählenden, im Geiste Supans verfahrenden Herausgeber. Dennoch hat sich Supans damalige Einlei-

ng, heute Obsts I. Teil, mehr als verdoppeln müssen, soviel reicher sind die In-
lte geworden! Und dazwischen mußte Raum für eine so feine und im tiefsten
ahre Betrachtung gewonnen werden, wie die über eine Selbstbehauptung Europas
s „geographisches Individuum höchster Ordnung“, die es nicht als rein „geogra-
hischer“, sondern nur als „kulturgeschichtlicher“ Begriff zu erhalten vermag —
amentlich seit es praktisch die weiten Räume der Sowjetbünde in Asien verlor. Ver-
ert es diesen kulturgeschichtlichen Daseinsgrund — und es ist näher daran, als es
aubt —, so fällt morphologisch die Scheidewand zwischen Europa und Asien, und
e Alte Welt besteht geopolitisch nur mehr aus zwei Festländern: Eurasien und Afrika!
Wie nachdenklich kann in diesem Zusammenhang nur eine einzige Zahl stimmen,
ie die aus der Tafel S. 71 der rohen Küstenlänge Europas mit 37 200 km nach
agner, der sicher noch das Europäische Rußland einschloß, im Vergleich mit mehr
s 41 000 km Küstenentwicklung des Japanischen Reiches allein, oder dem (mit den
ordamerikanischen Seen zusammen) Europas Küstenanteil gleichfalls übersteigenden
er Vereinigten Staaten. Sicher ist die Zahl der Küstenentwicklung, des freien See-
tritts gerade angesichts des „Hauptproblems der physischen Erdkunde“ eine der
ufschlußreichsten für die Zukunftsaussicht von Teilräumen innerhalb der Entwicklung
er Menschheit in den nächsten drei Jahrhunderten, die entscheidend für sie sein wird.
„Einige wenige Striche“ nennt Obst die Grundtatsachen, die sich aus den Grund-
igen der Gestaltung der Erdoberfläche für das Leben und Wirken des Menschen er-
eben, die er auf wenigen Seiten (ab S. 81) aufs höchste konzentriert zusammen-
ellt. Aber sie verdienen Wort für Wort gewogen zu werden, ganz wie die sparsamen
nthropogeographischen Lichter aufgefaßt werden müssen, die Supan selbst in der
hysischen Erdkunde überall, wie feine Lichtstreifen an Kanten, einfügte, etwa wie
as, was Obst über die „Tropensehnsucht im Leben aller Völker und Staaten in ge-
issen Entwicklungsperioden“ sagt. Aber auch die Verdrängung vom Meer, vom
üstenzutritt, wie sie Innereuropa erfuhr, ist ein tragisches Motiv mit verwandter
Virkung — nur mit negativem Vorzeichen.

Noch sparsamer vielleicht als im I. und III. Teil des I. Bandes sind die anthropo-
eographischen und geopolitischen Lichter im II. eingestreut; man würde gern
. B. in Georgiis feiner Gesamtdarstellung des Klimas — trotz der Problematik, die
ie noch umgeben mag — Hellpachs „Geopsychische Erscheinungen“ erwähnt und
eurteilt gefunden haben. Aber es mußte eben auch bei der Betrachtung der Luft-
ülle ein Riesenstoff in gedrängte Form gepreßt werden; und gerade hier war es be-
reiflich, daß der Physiker mehr über den Anthropogeographen, damit auch über
ie geopolitische Betrachtungsweise siegte und den alten Stil der physischen Erd-
unde am strengsten und starrsten festhielt. Vielleicht ist es einem besonderen Pfleger
es indopazifischen Gebiets mit seinen starken Monsuneinflüssen nicht zu verargen,
enn er die mächtigen Einwirkungen gerade dieses Windsystems ins geopolitische
ebiet, oder solche Arbeiten, wie die von Wilhelm Krebs über „die politische Kom-
etenz der Klimatologie“ in Indien und Ostasien gerne erwähnt gesehen hätte. Viele
erden die Darstellung und Aufnahme der Polarfronttheorie, die vielen Hinweise auf
chmauß besonders gern begrüßt haben, andere dagegen die „Lokalwinde“ allzusehr
erkürzt finden, z. B. die Wirkung der Föhnstreifen auf die Wanderungen der Rebe,
nd andrer mediterraner Einwirkungen suchen, wie sie etwa Karl Troll in seinem
flanzengeographischen Beitrag zum Rhein-Werk so überzeugend erörtert. Freskenhaft
eradezu sind, vom Wendepunkt der Köppenkarte an, die „Klimaschwankungen“
eschildert und im Anschluß an sie die „Klimaänderungen höchster Ordnung“. Daran

anknüpfend an sie sind, von S. 261 an, auf schmalem Raum, anthropogeographische Folgerungen von großer Feinheit gezogen.

Im ganzen Zuge des I. Teils fühlt man deutlich durch, wie sehr es im Sinne des Herausgeber wäre, — vielleicht noch mehr, als es Supan selber gewünscht hätte — mit dem Stift in der Hand immer die anthropogeographische Weiterführung der Linie durchzuziehen, die aus dem physischen Untergrund herangeführt wird. Wenn sich diese selbstverständliche Heranführung so weiter im II. Teile steigert, wie sie schon im Meer und im Wasser des Festlandes sich anbahnt, dann ist auch für weitere Zukunft eine Erneuerung des alten, treuen Führers und Freundes so vieler Geschlechter gelungen, für die wir gerade von der Seite der Geopolitik her nur tief dankbar sein können. Denn es ist der Fluch jeder neuen, großen, mit starkem Widerhall in breiten Kreisen aufgenommenen Bewegung — namentlich wenn sie aus verschiedenen Wissensgebieten zusammenbauen will, weil sie zusammenbauen muß — daß ihre Urheber weiter gedrängt werden, als sie selbst den Weg schon für hinreichend geklärt und gefestigt halten. Dagegen schützt nichts besser, als solche Mauern vom Grunde herauf, wie sie Obst und seine Mitarbeiter am erneuerten Supan als gesunde Basis, aber auch als Abwehrdamm errichtet haben!

Natürlich ist es fast unmöglich, auf sechs Seiten (340—346) anderes, als Umrisse unter der Inschrift: „Der Mensch und das Meer" zu geben, auf zweien (S. 366—369) die Bedeutung des Bodenwassers in der menschlichen Wirtschaft zu erschöpfen, trotz aller Darstellungsgewandtheit eines Gerhard Schott und Fritz Mahatscheck, der die Symbiose des Menschen mit dem fließenden Wasser, dem Fluß und Strom, namentlich in der „anthropogeographischen Bedeutung der Flüsse" (391—395) in einem kleinen Meisterstück für sich herausgearbeitet hat. Jeder Satz hat hier geopolitischen Eigenwert. Nur 15 Seiten hatte die erste Umarbeitung Supans am eigenen Werk den Seen eingeräumt: 40 erwiesen sich bei der Raumverteilung von Obst dafür als unentbehrlich. Darin kommt die ganze Entwicklung der Seenkunde in der Neuzeit zum Ausdruck, und dabei zeigt der anthropogeographische Schlußabsatz, daß hier erst ein Anfang gemacht ist, daß noch weite, gerade politisch- und kulturgeographisch wichtige Beobachtungsgebiete offen stehen. Wie unerschöpflich ist allein die Soziologie und Wirtschaftskunde des Zürichsees in ihrer Durchprüfung von H. Wehrlis Schülern, oder die in Wasserburg am Bodensee von Gams u. a. geleistete Arbeit. Aber welche Möglichkeiten der politisch-geographischen Auswertung des „Wassers des Festlandes" verrät erst noch Rudolf Kjelléns Behandlung des Problems der drei Flüsse Mitteleuropas, Rhein, Weichsel, Donau oder die Verfolgung seiner Analogie in der Mandschurei, Amur, Yalu, Liauho; und was wird, trotz aller bienenfleißigen Vorarbeit von Oberhummer, Sieger u. a. Mahatscheck bei solcher Einstellung in Wien noch aus den Donaufragen an Staatslehren herausholen können. Die eisbedeckte Anökumene schließt den I. Band mit seinem reichen Inhalt ab, den ja eine so flüchtige Beschreibung nur ganz oberflächlich skizzieren konnte.

Aber der alte wie der neue Supan haben — bei aller schlichten Vornehmheit des buchtechnischen Gewandes und verhaltener, würdiger Zurückhaltung in Fassung und Stil — nur freilich immer eine große Forderung an den Leser erhoben und erheben sie noch heute wie zuvor: sie wollen eben nicht durchflogen, nicht nur im landläufigen Sinne gelesen, sondern durchpflügt, studiert werden, in unausgesetzter Prüfung des eigenen Wissens- und Weltbildbestandes an seinem gediegenen und streng durchgewogenen Gehalt.

Daß der monumentale Ansatz zur Erneuerung eines der besten und sichersten

ßstäbe wirklich gediegener Kenntnisse, den wir besaßen, sich die bleibenden Werte Alten zu erhalten vermochte und dennoch als Werkzeug auf die feinsten Forungen der Gegenwart und nächsten Zukunft abgestimmt ist, das danken wir der ammenfügungsarbeit von Erich Obst. Und wir danken ihm gerade an dieser Stelle über hinaus für die ernste Forderuug, die er als Grundlage geopolitischer Bechtungsweise, als eine Art Aktivlegitimation in Gestalt gediegenster physisch-geophischer Vorkenntnisse als Eingangsschranke zur Geopolitik damit errichtet.

Wer sie — nach redlicher Vorbereitung, mit all dem Schweiß, den die Götter vor Palme des Erfolgs setzen —, gesprungen hat, nur der möge sich in der geopolihen Arena schöpferisch tummeln; — wer es aber bisher nicht tat, der erweise zuchst dem Wissen vor dem Können und seinem Grundgehalt im Supan seine Reverenz!

WALTER VOGEL:

KARL KOGUTOWICZ / EINE UNGARISCHE KARTE ALS KAMPFMITTEL GEGEN DEN TRIANON-FRIEDEN

gyarország Néprajzi Térképe, Ethnographical Map of Hungary, (Publications of Hungarian Frontier Readjustment League II, Statistical Data of the Homogeneous Hungarian German Enclaves in the Succession States) Budapest 1927, Victor Hornyánszky Co. Ltd., Printer to the Royal Court.

Der Kampf gegen den Frieden von Trianon hat in Ungarn schon früher zu berkenswerten kartographischen Leistungen geführt, so zu der großen ethnographischen rte des Königreichs in seiner früheren Ausdehnung im Maßstabe 1:300000, 1919 unter der Ägide des Grafen Teleki von Siegmund Bátky und Karl Kogutowicz rgestellt worden ist.

Professor Karl Kogutowicz (jetzt an der Universität Szegedin) hat nun eine neue nographische Karte von Ungarn im Maßstab 1 : 1 000 000 herausgebracht, die in sehr genartiger Weise die ethnographische Verteilung der Bevölkerung, die Verteilung d Dichte der Siedlungen und die Volksdichte zugleich zu veranschaulichen sucht. grunde gelegt ist die ungarische Volkszählung von 1910. Die geschlossenen Siedngsgebiete der Nationalitäten (es sind deren 10 verschiedene angeführt, dazu eine . Signatur für „Andere“) sind zunächst in zarterer gleichmäßiger Flächenfarbung halten (Magyaren rot, Deutsche Orange, Rumänen violett usw.). Die einzelnen edlungen sind in der gleichen Farbe, doch in kräftigerer Tönung angegeben, so ß sie sich deutlich als Flecke abheben. Die Form dieser Flecke entspricht ungefähr m Umriß der wirklichen Siedlung, nur sind sie, um besser hervorzutreten, mehrch im Maßstab vergrößert, wie man vermuten darf, etwa der Bevölkerungszahl tsprechend (ausgenommen bei den größten Städten, wie Budapest, wo das natürlich cht möglich ist). Auf diese Weise ergibt sich ein sehr wirksamer Eindruck sowohl r Siedlungsverteilung, z. B. des eigenartigen Nebeneinander von großen Städten d kleinen „Tanyas“ in der Donau-Theiß-Tiefebene, der vielen dünnbesiedelten er ganz unbesiedelten Gebiete in Siebenbürgen, Karpatho-Russinien usw., wie auch r Volksdichte im ganzen. Ein- und Ausschlüsse der verschiedenen Volkstümer sind enso behandelt, Minderheiten sind meist durch farbige Kreise gekennzeichnet; wo ine Nationalität eine ausgesprochene Mehrheit besitzt, sind die Bezirke weiß gessen und die verschiedenen Nationalitäten gleichfalls als farbige, der Zahl entrechend verschieden große Kreise nebeneinandergesetzt.

In diese Karte ist nun die Grenzlinie von Trianon eingetragen, und da sprin deren Ungerechtigkeit und ihr willkürlich zu ungunsten Ungarns gezogener Verl freilich handgreiflich in die Augen. Sowohl an der Grenze der Tschechoslowakei der Rumäniens und Jugoslaviens (in der Batschka) sind breite Streifen rein o fast rein ungarischen Volkstums, die dessen geschlossenem Siedlungsgebiet angehör dem fremden Staate angegliedert worden, ganz abgesehen von der großen fast r ungarischen Exklave der Szekler in Siebenbürgen, die ohne Umstände vom rumänisch Staat verschluckt worden ist. Besondere Aufmerksamkeit hat Kogutowicz diesen Gren gebieten sowie den Übergangsgebieten mit starker Mischung der Nationalitäten gewandt. Auf einem Deckblatt sind diese Bezirke nach einem bestimmten Syst klassifiziert, um in dem englisch geschriebenen Begleittext näher erläutert zu werd Kogutowicz kommt dabei auch zu neuen Gesamtzahlen für die an die Nachbarstaat abgetretenen Mengen magyarischer (und deutscher) Bevölkerung, die von den bish bekannten Zahlen abweichen, d. h. über sie, oft wesentlich, hinausgehen. Selbstv ständlich stimmen diese Zahlen nicht mehr durchweg mit der heutigen Nationa tätenverteilung überein, da vielfach Abwanderungen oder mehr oder weniger gewa same Aussiedlungen stattgefunden haben. Indessen konnte Prof. Kogutowicz gar kei andere Grundlage für seine Karte wählen als die ungarische Volkszählungsstatis von 1910, da er ja gerade zeigen will, wie der Bevölkerungsstand vor den Friede schlüssen war; zudem unterliegt die Zuverlässigkeit der Nachkriegszählungen d Staaten der kleinen Entente bekanntlich den größten Bedenken. Ganz einwandf ist freilich die ungarische Volkszählung von 1910 (wie auch z. T. die früheren) nich wie hier nicht verhehlt werden darf. Sie hat dem Bestreben, die nichtungarische B völkerung durch Schule und Verwaltung zu magyarisieren — ein Prozeß, der si vielfach auch ganz natürlicherweise und von selbst vollzog — stellenweise vorgegriffe wie z. B. aus der sprungweisen Änderung der Nationalität ganzer Gemeinden herv geht, wofür A. Rieth in seinem Buch über die geographische Verbreitung des Deutsc tums in Rumpfungarn (Stuttgart 1927) S. 22f. und öfter, einige, z. T. ergötzlic Beispiele anführt (die Nationalität der Gemeinden änderte sich nämlich auch g legentlich rückwärts, zur alten zurück!). — Jedoch dieser Vorbehalt trifft nicht d Autor der Karte, der sich an die gegebene statistische Grundlage halten mußte*), u er ändert nicht das geringste an der Beurteilung der Grenzziehung von Trianon, d durch diese Karte abermals eine höchst wirksame Kritik erfährt und in ihrer bö willigen Ungerechtigkeit aufs empfindlichste bloßgestellt wird.

Erwähnt sei noch, daß die Karte in der Serie „Publications of the Hungari frontier readjustment League" als Heft 2 (Budapest 1927) veröffentlich ist. Heft (The Hungarian minorities in the Succession States) behandelt die meist recht trauri Lage der Ungarn in den abgetretenen Gebietsteilen in politischer, kultureller u wirtschaftlicher Hinsicht, Heft 3 (The Letter of envoy and the Delimitation Co missions) zeigt, wie völlig ergebnislos die in dem Begleitbrief Millerands an d ungarische Friedensdelegation gemachte Zusage, eine Berufung gegen offenkundi Ungerechtigkeiten der Grenzziehung zuzulassen, geblieben ist, ausgenommen an d österreichischen Grenze. Es ist nützlich, daß solche Dokumente, wie jener Begle brief, immer wieder abgedruckt werden. Er gibt Ungarn einen Rechtstitel. Daß

*) Beanstanden möchte ich nur die Darstellung der Stadt Ödenburg (Sopron), die dem Prin der Karte widerspricht, da hier die Deutschen durch einen Orangekreis in rotem Felde als M derheit gekennzeichnet sind, während sie in Wirklichkeit auch jetzt noch in der Stadt die Me heit bilden.

eifellos nicht ehrlich gemeint war, ändert daran nichts, und gerade die Hinterltigkeit, die in diesem Verfahren lag, die feste Absicht zu den gröbsten Ungerechkeiten mit dem Schein der Gerechtigkeitsliebe zu umkleiden, wird immer wieder e elementarsten Instinkte der Empörung wachrufen; die Diplomaten der Entente ben darin den Ungarn (wie auch uns Deutschen) unschätzbares Agitationsmaterial gen ihr eigenes Werk geliefert.

Hermann Lautensach:

ITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

. Haushofer, Grenzen in ihrer geographien und politischen Bedeutung. Berlin-Grunewld 1927. Kurt Vowinkel Verlag. 351 S. Geb. 18,—. Die rastlose geopolitische Arbeit Karl ushofers währt, die Kriegszeit eingerechnet, in die Feder mit dem Schwert getauscht wurde, nmehr 15 lange Jahre und läßt ein imponiendes Wachsen nicht nur in die Höhe der Darllung und Tiefe der Zusammenhangseinsichten, ndern auch in die Weite des von der Forung beherrschten Raumes erkennen. Beschränk sich das 1913 erschienene Frühwerk „Dai hon" im wesentlichen auf eine feinfühlige Anae der geopolitischen Struktur des japanischen rnlandes, so entrollte die erste große Nachkriegsbeit: „Das Japanische Reich in seiner geographien Entwicklung" (1921) schon die erdgebunnen Leitlinien eines Wachsens, das nach N bis he an den 60. Breitenkreis, nach S bis zum uator, nach W bis weit in den asiatischen ntinent hinein reicht. 1923 zeigte uns Hausfer dann in gedrängter Kürze, aber mit der r seine Art so ungemein charakteristischen berfülle an Tatsachenanspielungen und aufs feinhligste erschauten Zusammenhängen den „Wieraufstieg Südostasiens zur Selbstbestimmung" d gab uns damit die leitenden geopolitischen ige eines Raumes, in dem rund die Hälfte der enschheit wohnt. Die „Geopolitik des Pazifischen eans" (1925) weitete das Blickfeld auf die älfte der Oberfläche des Erdballs, und kaum Jahre darauf ist schließlich der letzte Schritt tan. Mühevollste, tagtägliche Durchsicht der eltpresse, sorgfältigstes Studium der Weltlitetur nicht nur geopolitischen und geographihen, sondern auch historischen, strategischen, künstlerischen und philosophischen Inhalts, kurzum eine vielseitige Belesenheit, die der oft bewunderten Ratzels gleichkommt, hat Haushofer in den Stand gesetzt, nunmehr das geopolitische Bild der ganzen Erde mit einem Blick zu überschauen. Indem er damit zum ersten Mal von der regional beschränkten zur erdumspannenden und systematischen Betrachtung übergeht, sieht er sich, um den schier unerschöpflichen stofflichen Reichtum in einem Bande spannen zu können, gleichfalls zum ersten Male zu einer sachlichen Einschränkung veranlaßt. Unter dem wuchtig-kurzen Obertitel „Grenzen", der mich noch prägsamer dünkt als Ténots „La Frontière" und Fawcetts „On frontiers", finden wir einen Inhalt, den der gleichbetitelte Aufsatz Carl C. v. Loeschs den Lesern unserer Zeitschrift in seinen Hauptzügen mitgeteilt hat. (Z. f. G. 1928, S. 178—181). Wir können in diesem Literaturbericht jedoch über das neue Werk Haushofers, wohl das größte, das er uns überhaupt geschenkt hat, nicht hinweggehen, ohne auf einige weitere, uns gerade in diesem Zusammenhang wesentlich erscheinende Hauptzüge aufmerksam zu machen.

Haushofers Grundauffassung vom Wesen der Grenze ist biologisch-dynamisch und damit naturwissenschaftlich. Die Grenze ist für ihn ein dreidimensionales Gebilde, ein peripherisches Organ, ein Kampfraum. Mit vollem Recht betont er, daß allein diese Auffassung dem Wesen der Grenze gerecht wird und geeignet ist, praktische Mißgriffe schwerster Art zu verhindern. Er erkennt daher den reinen Geisteswissenschaften die Fähigkeit ab, biologisch richtige Grenzen zu schaffen: „Das Rechtsideal, der Rechtsbuchstabe möchte sie (die Grenze) am liebsten

zur mathematischen, möglichst körperlosen Linie machen, mindestens zum linear auf der Karte, auf dem Papier eintragbaren Begriff, mit Buchstaben und Zahlen möglichst unverrückbar zu umschreiben und zu beschreiben. So aber fanden wir in der Wirklichkeit des Lebens, von seinen Erscheinungen hin und her geschoben, die Grenze nicht, nirgendwo und nie, an keinem Orte und zu keiner Zeit“ (S. 19). Von diesem Standpunkt aus fordert er angesichts der nach formalen, diktatorischen Gesichtspunkten erfolgten Verstümperung und Verstümmelung von Innereuropa, Mittel- und Zwischeneuropa eine „Untersuchung der am meisten in Spannungen unnatürlicher, antibiologischer Grenzen gezwängten Erdräume“ (S. 99). Und damit kommen wir zu einem Kardinalpunkt von Haushofers Schaffen überhaupt: der Einstellung auf die furchtbare Not des deutschen Volkes. Er will ihm Waffen schmieden, geistige Waffen für den Kampf um Grenzen, die seinen zusammengepreßten Millionen Licht, Luft und Betätigungsraum geben, er will „Werkzeuge schaffen zum Aufbau besserer und haltbarerer Grenzen für die Teilräume eines Zukunftsheimes der Menschheit“, „in einem Erdenhause, wo nicht die ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubten Millionenmehrheiten alter Kulturvölker als beständiger Ankläger, als Bettler und Beraubte vor verschlossenen Glückstüren, verbauten Grenzen und verbotenen Wegen in eine Zukunft stehen, die dann auch für die jetzt scheinbar Glücklichen, Besitzenden bedroht und gefahrumdüstert bleibt“ (S. XV). Aus diesem Gesichtspunkt heraus gipfelt der Anstieg seiner Arbeit zur vollen Höhe ihres Problems in der Schicksalsfrage: Gibt es eine Erziehung zum Grenzgefühl? (S. 107—116). Er bejaht sie, und kommt auf sie in den drei letzten Kapiteln (S. 242—273) zurück. Hier gelangt er zu der tiefschmerzlichen Feststellung, daß gerade in unserm Lebensraum die Binnengrenze und der Stammeswille zu ihrer Bewahrung fast überall stärker ist als der natürliche Außenschutz, das physische Organ der Außenhaut und das peripherische Schutzgefühl des Reiches. Aber er vermag uns trotzdem einen Strahl lichterer Zukunftshoffnung zu geben mit der Feststellung, daß bei mehrtypischen Völkern, wie es das deutsche ist, die Verjüngungsmöglichkeiten der Volkheit viel intensiver sind a bei eintypischen, so daß Steine, die jahrhundert lang als zu störrisch und ungefüge von de Bauleuten verworfen waren, einmal zu Eckstein werden können, die Grenzen erhalten, auf dene der sehr notwendige Neubau Europas und vo nehmlich seiner Mitte in künftigen Jahrhunde ten und Jahrtausenden wohlbewahrt ruht! (S. 26

Von jener biologischen Grundauffassung au gehend, stellt Haushofer eine völlig neue Type bildung auf, die mir in systematischer Hinsic eine der zukunftswichtigsten Ergebnisse sein Grenzforschung zu sein scheint (S. 151—157 Angriffsgrenzen (deutlich vorschreitend, zum Grei organ geworden), Lauergrenzen (hochorganisie verkehrsdurchdrungen, jederzeit zum Vorschre ten entwickelbar), Gleichgewichtsgrenzen, (d beiderseits gleich instinktsichere oder gleich b wußte Lebensformen zugleich scheiden und ve binden), Schutzgrenzen (im Abwehrstande, o mit starken Verteidigungsanlagen beiderseits, m einer gewissen Neigung zur Förderung verkehr feindlicher Züge), Zersetzungsgrenzen (entwehn der Durchdringung und Unterwanderung prei geben, durchdrungen von fremden Wachstum spitzen und Verkehrsköpfen), Trägestauungsgre zen (zum Grenzverkehr so gut wie gar nicht re zend, erstarrt), Reizgrenzen (sie liegen in de Nähe von Bodenschätzen, Verkehrs- bzw. Verte digungsmöglichkeiten, die die Begehrlichkeit de Gegenseite wachrufen).

Die ungeheuren Tatsachen- und Ideenfülle de Grenzenbuches steht vor allem unter dem Ge sichtspunkt der dynamischen Beziehung der po litischen Grenzen zu den Grenzen der Element der natürlichen Landschaften, der Geofaktoren wie Sölch sie genannt hat. Nach ihm ordne sich die Kapitel: Die Wasserlaufgrenze; die Hö henform, der Landaufriß und die Wasserscheid als Grenze; Pflanzen als Scheide; Leitpflanzen grenzen der Weltwirtschaft; Grenzen von Tie und Menschenrassen. In allen diesen von geist reichen Vergleichen durchwobenen, bis in fein ste Einfühlungen vorgetragenen Ausführunge vereint sich der Geopolitiker, der Geograph, de Historiker, der Stratege, der bis in die tiefste Wurzeln seines Seins deutsche Mensch mit dem Künstler und Philosophen: „So rührt ein Versuch

Grenze in ihrer geographischen und politi-
hen Bedeutung und Erscheinung zu erfassen,
wendig an die letzten Grenzen der mensch-
hen Erkenntnis, die uns gezogen sind. Das
r die Hauptverlockung, aber auch die Gefahr
ses Versuches — gerade vom innereuropäi-
en Standpunkt aus —, der mit dieser Vor-
rnung seinen Weg gehen mag, an der Grenze
ischen Wissenschaft und Kunst, Kultur und
cht, Abgründe zeigend und Brücken schlagend,
ugründe gegenseitiger Erkenntnis ebnend —
er besseren Zukunft entgegen, als sie die Ge-
nwart hoffen läßt, aus deren Not diese wissen-
haftlich-künstlerische Notbrücke entstanden ist."

. Hettner, Die Geographie, ihre Geschichte,
Wesen und ihre Methoden. Breslau 1927.
rdinand Hirt. 463 S. Geb. M. 22,—. In diesem
ttlichen Bande, von dem Hettner sagt, daß er
mancher Beziehung sein Lebenswerk sei, dessen
halt er größtenteils nicht bloß zusammenge-
en, sondern erlebt habe, wird den Geographen
hochwichtiges Standwerk geschenkt, wie es
Nachbarwissenschaften, z. B. die Geschichte
der Methodik von Bernheim, schon lange
saßen, und wie es der Geographie, die immer
fahr gelaufen ist, in ihrem Wesen sehr ver-
hieden gefaßt zu werden, doppelt not tut. Es
ginnt mit einer Geschichte der Geographie
. 1—109), die in ihrer knappen Fassung nichts
deres sein will als eine geschichtliche Ein-
tung in das Verständnis der Gegenwart, aus
r im methodischen Schrifttum unserer Tage
nicht genügend beobachteten Einsicht her-
s geboren, daß diese Gegenwart immer nur
s der Geschichte ganz verstanden werden kann.
ist immer noch eine ganz gewaltige Fülle von
off, die in diesem ersten Teil in ruhiger Klar-
it, mit kluger Abwägung des Urteils geboten
rd. Vielleicht hätte das durch Schultens
eichnamiges Werk bekannt gewordene Gedicht
s Festus Avienus „Ora maritima" eine kurze
ürdigung von so berufener Seite verdient. Der
tzte Unterabschnitt des historischen Teils, „Die
eographie der Gegenwart" betitelt, leitet über
dem Kern des ganzen Werkes. Er ist in den
ichern zwei bis vier enthalten, die sich „Das
esen und die Aufgaben der Geographie", „Die
eographische Forschung" und „Die geographi-
sche Begriffs- und Gedankenbildung" betiteln.
Hettner geht von Comtes Einteilung der Erfahrungswissenschaften in abstrakte und konkrete aus und betont, daß innerhalb der konkreten Wissenschaften „die chronologische oder geschichtliche und die chorologische oder räumliche Betrachtung gleichberechtigt neben der systematischen oder dinglichen Betrachtung stehen" (S. 117). Er lehnt es mit Recht ab, die Geographie als eine allgemeine Erdwissenschaft anzusehen. Sie ist ihm vielmehr die chorologische Wissenschaft von der Erdoberfläche in ihrer verschiedenen Ausbildung und damit ein notwendiges Glied in einem vollkommenen System der Wissenschaften. In diesem Sinne gefaßt kann die Geographie ihre Einheitlichkeit nicht aus der Einheit des Landschaftsbildes, sondern nur aus dem inneren Wesen der Länder, Landschaften und Örtlichkeiten gewinnen. Dieses Wesen beruht nach Hettner auf zwei Verhältnissen. Das eine ist die Verschiedenheit von Ort zu Ort nebst dem räumlichen Zusammenhange der nebeneinander liegenden Dinge, also das Vorhandensein geographischer Komplexe und Systeme, das andere ist der ursächliche Zusammenhang der an einer Erdstelle vereinigten Naturreiche und ihrer verschiedenen Erscheinungen. Diesen zweiten Gesichtspunkt näher erläuternd, fährt Hettner fort: „Erscheinungen, die eines solchen Zusammenhangs mit den anderen Erscheinungen derselben Erdstelle entbehren, oder deren Zusammenhang wir nicht erkennen, gehören nicht in die geographische Betrachtung" (S. 129). „Allerdings setzt bei dieser Auffassung die Stoffauswahl eine vorangegangene Überlegung über den ursächlichen Zusammenhang der Erscheinungen voraus; mit dem Fortschritt der Erkenntnis können ganze Tatsachenreihen der Geographie gewonnen werden oder verloren gehen, und je nach der subjektiv verschiedenen Einschätzung der ursächlichen Zusammenhänge wird der Umfang der geographischen Betrachtung verschieden gefaßt werden" (S. 130). Wie ich schon vor dem Erscheinen von Hettners großem, methodischem Werk in der Einleitung zum ersten Band des Stielerhandbuches sowie dessen anthropogeographischem Teil und kürzlich gemeinsam mit den anderen Herausgebern dieser Zeitschrift in den „Bausteinen zur

Geopolitik“ ausgeführt habe, kann ich mich der Auffassung Hettners, daß der Gesichtspunkt der raumorganischen Verflechtung — um mit Maull zu reden — darüber zu entscheiden habe, ob ein Gegenstand geographisch sei, nicht anschließen. Bedeutung gewinnt dieser Unterschied der Auffassungen nur in der Sphäre der Menschen. In dieser geht meiner Meinung nach die Reichweite der raumorganischen Verflechtung teilweise über die der Geographie hinaus, teilweise bleibt sie hinter ihr zurück. Die Wiener Kunst z. B. steht sicher in innigem Zusammenhang mit der Wiener Landschaft, aber sie ist eine überaus komplexe Erscheinung, die gleichzeitig aus sehr vielen anderen Quellen fließt, nicht zum wenigsten aus dem metaphysischen Rätsel der Persönlichkeit der einzelnen Künstler. Eine Analyse dieser Zusammenhänge ist unmöglich, wenn nur die Fäden verfolgt werden, die raumorganische Bindungen sind; sie muß vielmehr vom Kunsthistoriker in vorurteilsloser mühevoller Arbeit, die stets den Gesamtbereich der Wiener Kunst im Auge behält, durchgeführt werden. Man wird daher wohl kaum die Züge jenes feinen Gewebes, die raumorganisch gefärbt sind, als geographisch, die übrigen als ungeographisch bezeichnen wollen. Andererseits sind Industrielandschaften, modern ausgebaute Verkehrsräume, Millionenstädte doch nach allgemeiner Auffassung geographischer Betrachtung nicht nur fähig, sondern auch bedürftig, obwohl auch bei ihnen es nie gelingen wird, ihr Dasein in allen seinen fein gegliederten Teilen rein raumorganisch aufzulösen und wieder zu verflechten. Ich glaube für diese Auffassung in Hettners eigenem, gewaltigem Lebenswerk Belegstellen zu finden. Hier seien nur einige aus dem zur Besprechung stehenden Buch angeführt: „Es war ein verfehlter, ja beinahe unmöglicher methodischer Gedanke, einer Wissenschaft als Gegenstand statt einer bestimmten Tatsachenreihe die Betrachtung von Wirkungen einer anderen Tatsachenreihe zuzuweisen, die doch immer nur einen Teil der vorhandenen und beobachteten Tatsachen ausmachen und aus diesen erst durch analytische Untersuchung herausgesucht werden müssen. Damit würde die Wissenschaft ja auf die Beschreibung ihrer Gegenstände verzichten, ohne die die ursächliche Auffassung in der Luft schwebt; sie hätte eine unvollständigen, zerfaserten Tatsachenschatz vo[r] sich“ (S. 126). „Die Geographie nimmt die einzelne[n] Tatsachen nicht etwa erst auf, wenn sie dere[n] geographische Bedingtheit erkannt hat, sonder[n] stellt ihre geographischen Verhältnisse von vorn[e] herein beschreibend fest, ehe sie an die ursäch[-] liche Untersuchung herantritt, und es kann leich[t] vorkommen, daß sie Tatsachen anführen mu[ß,] deren ursächliche Zusammenhänge ihr noch un[-] klar sind“ (S. 130). „Einflüsse als solche könne[n] nie den Gegenstand der wissenschaftlichen Be[-] trachtung ausmachen“ (S. 149). Diese Sätze sche[i-] nen mir das Wesen der Sache ganz ungeme[in] klar und treffend herauszuarbeiten, sie scheine[n] aber auch zu zeigen, daß das raumorganisch[e] Prinzip, so ungemein groß auch seine Bedeutun[g] in der Geographie ist und bleiben wird, doc[h] nicht zum eigentlichen Kriterium der Zustän[-] digkeit oder Nichtzuständigkeit der geographi[-] schen Wissenschaft gemacht werden kann.

Das dritte und vierte Buch enthalten die e[r-] kenntnistheoretische Grundlegung der geogra[-] phischen Arbeit. In ihnen schenkt uns Hettne[r] Ureigenes, im Laufe eines langen Gelehrtenleben[s] mühevoll aus dem Nichts Erarbeitetes. Ganz be[-] sonders grundlegend sind die Abschnitte: di[e] Untersuchung der ursächlichen Zusammenhäng[e,] die Konstruktion der räumlichen Zusammenhäng[e] (d. h. die Ausfüllung der Beobachtungslücken[)] die Unterscheidung zwischen wirkenden Ursache[n] und bloßen Bedingungen, die der Sonderung de[r] physikalischen Kräfte in treibende Kräfte un[d] Zwangskräfte entspricht, die gründliche Wür[-] digung der teleologischen Erdeinteilung Kar[l] Ritters. Im folgenden Buch werden „Karten un[d] Ansichten“ als integrierende, die Sprache notwen[-] dig ergänzende Teile der geographischen Ge[-] samtdarstellung gewürdigt. Anschließend wir[d] die sprachliche Darstellung selbst unter eine[r] Reihe von wesentlichen Gesichtspunkten bespro[-] chen. Der Abschnitt „Die Geographischen Eigen[-] namen“ ist besonders beherzigenswert, wobe[i] bemerkt sei, daß der Name Iberische Halbinse[l] heute nicht nur in Portugal, sondern auch i[n] Spanien in gebildeten Kreisen so geläufig ist[,] daß man den Studierlampengeruch, der ihr früher wohl einmal angehaftet haben mag, kaum

ch gewahr wird. Die letzten Bücher schließ-
n widmen sich der geographischen Bildung
allgemeinen sowie der geographischen Schul-
d Hochschulbildung im besonderen.

ch glaube, es werden's in Zukunft noch viele
chen wie ich, der das Hettnersche Buch mit
f eine halbjährige Forschungsreise nahm und es
mer wieder zu Rate zog, wenn die Fülle des an-
irmenden Stoffes im Gelände oder am Schreib-
ch die geographische Auslese und Sichtung
schwerte. Sicher wird die praktische Auswer-
ng dieses Werkes die Aufgabe eines ganzen
enschenalters sein.

W. Büttner, Ingenieur, Volk und Welt. Leipzig
927. Hesse & Becker Verlag. 312 S. M. 8,—.
as tiefschürfende Buch versucht die wichtigsten
enschlichen Tätigkeitsgebiete, wie wissenschaft-
che Forschung, Politik, Wirtschaft, Erziehung,
it den Augen des Ingenieurs kritisch zu be-
achten und auf Grund solcher Kritik bestimmte,
harf umrissene Forderungen zu stellen. Es ist
it umfassenden Kenntnissen auf allen Gebieten
er Natur- und Geisteswissenschaften, in glänzen-
er, an selten gelesenen Zitaten reicher Dar-
ellung geschrieben und zeigt ein reiches Ein-
ehen auf die großen politischen Probleme der
egenwart (Versailles, Völkerbund, Paneuropa).

Th. Heuss, Politik. Meyers Wörterbücher. Hal-
erstadt 1927, H. Meyers Buchdruckerei. M. 4,50.
ieses „Nachschlagebuch für Theorie und Ge-
hichte", in einem Verlage erschienen, der sehr
rnst zu nehmende soziologische Arbeiten ver-
ffentlicht, ist in jeder Beziehung anders, als wir
dem deutschen Volke gönnen möchten: auf
as reine Formale, Diplomatische, Parlamentari-
che, Persönliche gestellt, dabei nicht gerade auf
ohem Niveau gehalten. Es enthält wohl die
tichworte Alterspräsident, Jungfernrede, Schatulle,
gt aber über Geopolitik nur belanglose Unklar-
eiten, über Grenzen gar nichts.

W. Huber, Politische Geographie. München
nd Berlin 1927. R. Oldenbourg. Eine mit dem
ildnis Ratzels geschmückte, sorgfältig zusammen-
estellte und geschickt gruppierte Auswahl von
ektürestücken, vorwiegend aus Ratzels Politi-
cher Geographie. Die einzelnen Ausschnitte sind
ur, der herrschenden Mode solcher Quellenbücher
olgend, viel zu kurz (38 Stücke auf nur 85 Seiten).
Das erzieht leicht zur Oberflächlichkeit, erschwert
jedenfalls die Versenkung in die einzelnen Probleme stark.

E. Würzburger und E. Roesner, Hübners Geographisch-statistische Tabellen aller Länder der Erde. 69. Jahrgang. Wien 1927, L. M. Seidel & Sohn. M. 7,—. Die neue Auflage des an dieser Stelle schon wiederholt besprochenen bekannten Tabellenwerkes baut in der ersten Abteilung die bisher unter „Einzelne Angaben" geführten Zahlen über Stand und Bewegung der Bevölkerung zu einer besonderen Rubrik aus und gibt für viele Staaten die Länge der Land- und Seegrenzen; in der zweiten Abteilung ist der Außenhandel, nach Herkunfts- und Bestimmungsländern geordnet, zu einer eigenen Rubrik gemacht und ein besonderer Abschnitt „Viehbestand, Landwirtschaft und Bergbau" angefügt worden.

Gothaisches Jahrbuch für Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft. 165. Jahrgang. Gotha 1928. Justus Perthes. Diese altberühmte periodische Veröffentlichung, von der wir im weltumspannenden Literaturbericht schon mehrere Jahrgänge gewürdigt haben, weist einen von Jahr zu Jahr erfreulicheren Ausbau auf, der sie für geopolitische Zwecke immer unentbehrlicher macht. Dieser Ausbau geht in der Richtung immer ausführlicherer Angaben über die staatliche Entwicklung, die Verfassung, die Gliedstaaten von Bundesgemeinwesen, die wirtschaftliche Erzeugung und in der Richtung zusammenfassender Übersichten für die Großmächte und sonstigen Kolonialmächte sowie der Ausschmückung mit farbigen Beigaben. Der vorliegende Band setzt diese Entwicklung mit zielsicherer Energie fort. Die farbigen Beigaben beziehen sich dieses Mal auf Gegenstände von besonders starkem geopolitischem Interesse. Sie sind gewidmet der eigenartigen mittelalterlichen Verwaltungsform der englischen Kanalinseln, den staatlichen Hoheitsbeschränkungen und -erweiterungen im östlichen Mittelmeer, der britischen politischen Beaufsichtigung des Persischen Meeres, dem vom Südpol bis zum Äquator sich erstreckenden, seebeherrschenden Machtbereich Neuseelands — einer der interessantesten in der Stille erwachsenen Neubildungen, die dem sich nördlich anschließenden japanischen Machtbereich in ihrer geopolitischen

Struktur auffallend ähnelt —, und schließlich der neuen Flagge der südafrikanischen Union, die so viel von der derzeitigen geopolitischen Struktur des britischen Empire erzählt. Die Literaturübersicht des Anhangs ist jetzt auf 22 Seiten erweitert, so daß sie nicht mehr so stark als Fremdkörper wirkt wie bisher.

M. Langhans-Ratzeburg, Karte des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Pet. Mitt. 1926. S. 1—9 (mit farbigen Karten).

M. Langhans-Ratzeburg, Herrschaftsverteilung und Herrschaftsformen auf der Erde 1914 und 1927. Pet. Mitt. 1927. S. 257—259 (mit farbigen Karten).

Die beiden Kartetafeln nebst ihrem Begleittext bilden mit der an dieser Stelle schon gewürdigten Karte der „Rechtlichen und tatsächlichen Machtbereiche der Großmächte" ein zusammenhängendes Ganzes. Die Karte das Selbstbestimmungsrechtes unterscheidet 2 Hauptgruppen: I. Völker mit und II. Völker ohne selbstbestimmende Staaten. Als selbstbestimmender Staat wird dabei betrachtet, wer sich als selbstbestimmender Staat geriert. Hauptgruppe I ist in die 3 Stufen gegliedert: 1. Volle Selbstbestimmung nach außen und innen (z. B. Großbritannien, U. S. A., Frankreich, Spanien). 2. Überwiegende Selbstbestimmung nach außen bei voller Selbstbestimmung im Innern (z. B. Persien, China). 3. Teilweise Selbstbestimmung nach außen bei voller Selbstbestimmung im Innern (z. B. Deutsches Reich, Ägypten). II enthält die Stufen: 4. Überwiegende Fremdbestimmung nach außen bei voller Selbstbestimmung im Innern (die britischen Dominien vor der Empireverfassung vom November 1926). 5. Volle Fremdbestimmung nach außen bei voller Selbstbestimmung im Innern (z. B. Ukraine, Haidarabad, Sarawak). 6. Volle Fremdbestimmung nach außen bei überwiegender Selbstbestimmung im Innern (z. B. Verbündete Malaienstaaten, viele Staaten Vorderindiens, Grönland). 7. Volle Fremdbestimmung nach außen bei teilweiser Selbstbestimmung im Innern (Britisch-Indien außerhalb der Eingeborenenstaaten, Ostpatagonien, Alaska). 8. Volle Fremdbestimmung nach außen und nach innen (z. B. Westpatagoni[illegible] Niederkalifornien, Deutschböhmen 1926, Deuts[illegible] Südtirol). Die Karte stellt sämtliche Erdteile [illegible] dazu besonders wichtige Gebiete in vergrößert[illegible] Maßstab in Nebenkarten und ist geopolitisch [illegible] ganz hervorragender Bedeutung.

Die andere obengenannte Veröffentlichung g[illegible] 2 Erd- und 2 Europakarten und stellt die V[illegible] fassungen des Erdballs 1914 und 1927 dar, [illegible] der Hauptgliederung: A. Souveräne Staaten. I. E[illegible] herrschaften. II. Volksherrschaften. III. Rätestaat[illegible] B. Gebiete ohne souveräne Staatsgewalt. C. Staa[illegible] gemeinschaftsgebiete. Die Volksherrschaften w[illegible] den geschieden in ein nordamerikanisches, sü[illegible] amerikanisches, englisches, deutsches, französisch[illegible] und schweizerisches System. Die Vergleichung [illegible] staatsrechtlichen Zustandes 1914 und 1927 g[illegible] ungemein interessante geopolitische Aufschlüs[illegible]

Internationale Studiengesellschaft z[illegible] Erforschung der Arktis mit dem Lu[illegible] schiff (Aeroarctic). Verhandl. I. ordentl. V[illegible] samml. Berlin 9.—13. Nov. 1926, herausgeg. v[illegible] Dr. L. Breitfuß. Pet. Mitt. Erg.-Heft 191. Go[illegible] 1927. Justus Perthes. 115 S. u. XII Tafeln. [illegible] Hauptteil dieses durch ein Geleitwort Nansens ei[illegible] geführten Verhandlungsberichtes gibt den Inh[illegible] der 15 Vorträge der 1. Versammlung der Gese[illegible] schaft mit den Diskussionen wieder. Unter ihn[illegible] sind die von V. Bjerknes über die Polarfro[illegible] theorie (mit den 28 außerordentlich lehrreich[illegible] Kärtchen der Tafel IV) und von Schereschew[illegible] ky-Wehrlé über die südliche Polarfront von ga[illegible] besonderem meteorologischem und klimatolog[illegible] schem Interesse. Die Gesamtheit der Verhandlung[illegible] berichte bietet wichtige Unterlagen für die B[illegible] urteilung der politischen Probleme der Polarländ[illegible]

W. Schmidt, Rasse und Volk. München 192[illegible] Josef Kösel und Friedrich Pustet, K.-G. 67 S. D[illegible] Ethnologe Pater W. Schmidt beleuchtet in ei[illegible] facher, klarer Sprache kritisch die Lehren d[illegible] modernen Anthropologie und bekämpft mit Rec[illegible] scharf die gefährlichen Auswüchse, die sich in d[illegible] rassenkundlichen Büchern H. F. K. Günthe[illegible] finden.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannov[illegible] Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Ma[illegible] Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 25 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohe[illegible] zollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

Sonderausgaben für Bezieher: Die Nachfrage nach diesen billigen Sonderausgaben war teilweise so stark, daß die Vorräte einzelner Werke zur Neige gehen, da ich verständlicherweise nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Auflage für diese Vergünstigung zur Verfügung stellen kann. Um den bisherigen Beziehern noch eine letzte Möglichkeit zum Bezug zu geben, füge ich dem heute beiliegenden Berechtigungsschein zum Bezug zweier Neuerscheinungen eine Aufstellung der bisher erschienenen Sonderausgaben bei. Lieferungsmöglichkeit muß ich mir jedoch vorbehalten.

Gustav Amann: Sun Yatsens Vermächtnis. Mit Vorworten von Prof. Dr. Karl Haushofer und Professor Dr. Engelbert Krebs. 8°. 272 Seiten, 18 Abbildungen, 2 Karten, Leinen M. 8.50 (Sonderausgabe M. 7.50) ist eins der eigenartigsten Bücher meines Verlages. Es geht schon aus der Tatsache hervor, daß sich im Vorwort mit diesem Werk eines der eifrigsten Helfer der Kantonregierung neben Professor Dr. K. Haushofer der bekannte, gerade auf dem Gebiet der Chinamission sehr bewanderte katholische Theologe Professor Dr. E. Krebs kritisch auseinandersetzen. Das Buch wird Aufsehen erregen; man wird es aber vor allem als zuverlässigen, mit Bildern und Karten gut ausgestatteten Führer durch die chinesischen Wirren begrüßen. Daß es daneben ein erstaunlich gut geschriebenes, fesselndes Buch geworden ist, erhöht seinen Wert.

Die *Europäische Revue* hat ihr Maiheft zu einer Festgabe ausgestattet, die dem Reichsaußenminister Dr. *Stresemann* zum 50. Geburtstag gewidmet ist; sie erscheint gleichzeitig als Sonderausgabe kartoniert für M. 2.50. Aus dem Inhalt: Hellpach, Deutsche Politik — William Martin, Friede in Europa — Wickham Steed, Pax americana — Paul Scheffer, Weltfriede und Weltrevolution — Friedrich Bergius, Naturwissenschaft, Technik und Weltpolitik.

Berlin-Grunewald, Anfang Mai 1928. *Kurt Vowinckel Verlag GmbH.*